



Arbeitskreis deutscher  
Bildungsstätten e.V.

# Jahres- Bericht **2006**



## Politische Bildung stärken





**Herausgeber:**

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)  
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: 030-400 401 00

Fax: 030-400 401 22

E-Mail: [info@adb.de](mailto:info@adb.de)

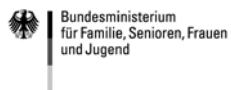
Internet: [www.adb.de](http://www.adb.de)

Redaktion: Ina Bielenberg (AdB)

Layout: LayoutManufaktur, Berlin

Druck: Gottschalk Druck & Medien, Berlin

Berlin, Juni 2007



Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)  
wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend gefördert

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort – Ziele und Schwerpunkte im Überblick. . . . .</b>	<b>3</b>
<b>Aktivitäten – Erfahrungen und Ergebnisse</b>	
Verbandsentwicklung und jugend-, bildungs- und förderungspolitische Aktivitäten des AdB . . . . .	5
Bundeszentrale Aufgaben des AdB im Rahmen des KJP . . . . .	7
Projekte . . . . .	9
Fachkommissionen. . . . .	10
Fach- und Fortbildungstagungen . . . . .	13
Internationale Bildungsarbeit. . . . .	18
Fachpublikationen und Öffentlichkeitsarbeit . . . . .	25
Mitwirkung in bundeszentralen Gremien . . . . .	27
Kooperationen und Mitgliedschaften in Gremien . . . . .	29
Gender Mainstreaming im AdB . . . . .	29
<b>Schlussfolgerungen und Perspektiven . . . . .</b>	<b>31</b>
<b>Anhang 1</b>	
Anschriftenverzeichnis der Mitgliedseinrichtungen, Mitglieder der Gremien, Mitarbeiter/-innen der Geschäftsstelle . . . . .	33
<b>Anhang 2</b>	
Positionspapiere des AdB . . . . .	51



# Vorwort – Ziele und Schwerpunkte im Überblick

Die Aktivitäten des AdB im Jahr 2006 waren geprägt von der innerverbandlichen Diskussion über Bedeutung und Aufgaben politischer Bildung unter den aktuellen Bedingungen und Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels.

Fünf Jahre nach dem Beginn des „Quo-vadis-AdB?“-Prozesses, der im Verband eine intensive Auseinandersetzung über die strategischen Ziele der Arbeit, geeignete Wege zu mehr innerer Geschlossenheit und äußerer Effizienz in der Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit angestoßen hatte, konnte bilanziert werden, was inzwischen erreicht wurde, was aber auch noch getan werden muss, um die einst gesteckten Ziele zu verwirklichen.

Ein Ergebnis unserer Beratungen ist eine von der Mitgliederversammlung 2006 verabschiedete Stellungnahme, in der die Notwendigkeit politischer Bildung für den Erhalt der Demokratie und die Entwicklung der demokratischen Kultur unter sich verändernden Bedingungen begründet wird. Die Leistungen politischer Bildung als Begleiterin von Modernisierungsprozessen werden resümiert, die verlässliche Absicherung durch öffentliche Förderung und politische Unterstützung wird angemahnt.

In einer weiteren Stellungnahme „Mit politischer Bildung den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ verdeutlichte die Mitgliederversammlung, weshalb die Bevölkerungsentwicklung und die damit einhergehenden Probleme und Herausforderungen das AdB-Jahresthema 2007 sein sollen. Die der Mitgliederversammlung vorausgehende Jahrestagung hatte die wesentlichen Aspekte des Themas zur Diskussion gestellt.

Im Jahr 2006 fand wieder eine Reihe von Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen und für sehr verschiedene Zielgruppen statt, die zentral vorbereitet und in Zusammenarbeit mit den gastgebenden Mitgliedseinrichtungen realisiert wurden.

Unter anderem zu nennen ist hier exemplarisch das Bildungspolitische Werkstattgespräch, das unter der Beteiligung von Expert/-innen aus Bildungspolitik, Bildungspraxis und Erziehungswissenschaft seit 2003 einmal jährlich stattfindet, um ein bestimmtes Thema aus verschiedenen Blickwinkeln zu erörtern. Im Jahr 2006 wurden unter der Fragestellung „Wie viel Struktur braucht informelles Lernen?“ die Bedeutung des informellen Lernens im Prozess des

Lebenslangen Lernens verdeutlicht und bildungspolitische Initiativen zur Diskussion gestellt, die auf die Dokumentation und Anerkennung informell erworbener Kompetenzen gerichtet sind.

Weiter möchte ich hinweisen auf die Sommerschule, die vom AdB, dem Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, dem Bundesausschuss Politische Bildung und der Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam veranstaltet wird. Sie greift aktuelle Themen der politischen Bildung auf, in Workshops werden beispielhafte methodische Zugänge für die praktische Bildungsarbeit vorgestellt, die diskutiert und vor allem erprobt werden.

Mögliche Kooperationsformen mit dem Bereich Schule bestimmten einen wesentlichen Teil unserer Diskussion über die Entwicklung der politischen Jugendbildung. Ein Ergebnis unserer Beratungen war die Teilnahme an dem GEMINI-Projekt „Politik und Partizipation in der Ganztagschule“, das zum Ziel hatte, im Rahmen des bundesweiten Ausbaus von Ganztagschulen modellhafte und kontinuierlich stattfindende Angebote der politischen Bildungsarbeit im Schuljahr 2005/2006 zu unterbreiten. Etwa zwölf Projekte waren bis zum Schuljahresende an dem bundesweiten Projekt beteiligt.

Auch die Querschnittsaufgabe Gender Mainstreaming wurde auf der Ebene des AdB weiter vertieft. Der Verlauf des Gender-Prozesses innerhalb des Verbandes wurde in unterschiedlichen Publikationen dokumentiert, die auf reges Interesse stießen. Das Modellprojekt „Gender-Qualifizierung für die Bildungsarbeit (GeQuaB)“ des Forschungsinstituts Arbeit Bildung Partizipation e.V., Institut an der Ruhr-Universität Bochum, mit den Partnern AdB, Arbeit und Leben, Deutscher Volkshochschul-Verband und ver.di, ermöglichte neben einer weiteren Qualifizierung der direkt daran Beteiligten auch den Beginn eines Transfers in die Mitgliedseinrichtungen zur Entwicklung einer gendergerechten Bildungsarbeit.

Ein zentraler Schwerpunkt des AdB war auch im Jahr 2006 die internationale Arbeit. Hier hebe ich besonders hervor:

- die Fortsetzung des deutsch-russischen Hospitationsprogramms „Jugend und Demokratie“ mit der Moskauer geisteswissenschaftlich-sozialen Universität MGSU, bei dem es im Jahr 2006 um die Themenbereiche Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Kompetenz, die Partizipation von Jugendlichen und „Interkulturelles Lernen“ ging;

- das Qualifizierungsseminar für regionale politische Führungskräfte der „Bewegung der Frauen Russlands“ zum Thema „Von gleichen Rechten zu gleichen Chancen – ein Vergleich von Frauenförderung und Frauenpolitik in Deutschland und Russland“;
- die Fortführung von DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe, einem europäischen Netzwerk, dessen Gründung und Entwicklung maßgeblich vom AdB beeinflusst wurde, das aktuell 36 Mitgliedsorganisationen in 26 Ländern umfasst und von der Europäischen Union im Rahmen des Grundtvig-Programms gefördert wurde, und last but not least
- das deutsch-mongolische Fachprogramm „Jugend und Demokratie“, das mit der Stadt Ulaanbaatar und der NRO „Sunrise“ gestaltet wurde und im Jahr 2006 auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken konnte. Im Rahmen dieses vom BMFSFJ geförderten Mentorenprojektes wurden seit 1996 in Einrichtungen des AdB rund 90 mongolische Fachkräfte der Jugendarbeit im Arbeitsfeld „demokratische Jugendbildung“ ausgebildet. In den jeweils darauf folgenden Symposien in der Mongolei wurden zwischen 600 und 700 weitere Fachkräfte qualifiziert, die nach Auskunft unserer mongolischen Partner in den zehn Jahren etwa 10.000 Menschen erreichten. Die Symposien fanden in sieben von 21 Aimags (Provinzen) statt und gaben die entscheidende Anregung für die Gründung von „Zentren für Bildung und Entwicklung“.

Das Jahr 2006 stand im Zeichen des bevorstehenden Ausscheidens der bisherigen Geschäftsführerin Mechthild Merfeld und der Referentin für die internationale Arbeit, Dr. Hannelore Chiout. Beide verlassen Anfang 2007 nach jeweils über 30-jähriger Tätigkeit den Verband, um in den Ruhestand bzw. die Ruhephase der Altersteilzeit einzutreten. Mit Ina Bielenberg als neuer Geschäftsführerin und Georg Pirker als Referenten für die internationale Arbeit ist es gelungen, zwei ausgewiesene Fachkräfte für die Nachfolge zu gewinnen.

Ich nehme gern die Gelegenheit wahr, auch im Rahmen dieses Vorworts Mechthild Merfeld und Hannelore Chiout im Namen des AdB für die in den vielen Jahren geleistete ausgezeichnete Arbeit herzlich zu danken. Beide haben diesen Verband wesentlich geprägt und sein Ansehen innerhalb und außerhalb der Mitgliedschaft gemehrt. Wir wünschen beiden alles Gute für den nun beginnenden Lebensabschnitt und hoffen, dass sie uns so verbunden bleiben wie wir ihnen.

Peter Ogrzall

Vorsitzender des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten

# Aktivitäten – Erfahrungen und Ergebnisse

---

## Verbandsentwicklung und jugend-, bildungs- und förderungspolitische Aktivitäten des AdB

---

### Entwicklung der Mitgliedschaft

Im Jahr 2006 gab es im AdB wieder viele Anlässe zum Feiern. Der Jugendhof Vlotho beging mit einer eindrucksvollen Feier sein 60-jähriges Jubiläum. Das Bildungszentrum Schloss Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wesseling, das Europahaus Aurich und die Jugendbildungsstätte Juist wurden 50 Jahre alt. Die Akademie Frankenwarte in Würzburg lud zum 40-jährigen Bestehen der Einrichtung ein. Die Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille und die Europäische Akademie Bayern blickten auf 30, die Akademie Biggensee in Neu-Listernohl auf 25 und das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund auf 20 Jahre erfolgreiche Bildungsarbeit zurück.

Viele Gäste aus Politik und Verwaltung von der Bundes-, Länder- und kommunalen Ebene, Kooperationspartner aus dem In- und Ausland, Verantwortliche aus den Gründergenerationen, Freundeskreise, ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Teilnehmerinnen und Teilnehmer wirkten an der Gestaltung der Festprogramme mit und brachten ihre Anerkennung für die geleistete Arbeit und ihre Verbundenheit mit den Bildungsstätten sowie ihre guten Wünsche für die Zukunft der Einrichtungen zum Ausdruck.

Neben diesen erfreulichen Ereignissen gab es 2006 aber auch wieder Anlass zur Sorge. Aus unterschiedlichen Gründen schieden vier Mitglieder aus dem AdB aus. Das Haus der Zukunft begründete seine Kündigung in erster Linie mit der inhaltlichen Neuorientierung seiner Arbeit. In der Heimvolkshochschule Gensungen wurde die Bildungsarbeit nach dem Ausscheiden des bisherigen Leiters eingestellt. Die Jugendbildungsstätte Juist kam aufgrund interner Überlegungen zu dem Schluss, dass ihr neues Profil immer weniger zum AdB als Verband außerschulischer politischer Bildung passe. Die Akademie für Ost-West-Kooperation in Lüneburg schließlich sah sich gezwungen, Insolvenzantrag zu stellen und den Trägerverein aufzulösen.

In der persönlichen Mitgliedschaft des AdB gab es 2006 wieder einige Wechsel – meist wegen des Ausscheidens der bisherigen Vertreterinnen und Vertreter aus ihren Einrichtungen.

### Mitgliederversammlung 2006

Die Mitgliederversammlung tagte vom 29. bis 30. November 2006 im Europäischen Bildungs- und Tagungshaus in Bad Bevensen.

Im Mittelpunkt der inhaltlichen Beratungen stand die Diskussion über Bedeutung und Aufgaben politischer Bildung unter den aktuellen Bedingungen des gesellschaftlichen Wandels. Dazu verabschiedete die Mitgliederversammlung eine Stellungnahme, in der die Notwendigkeit politischer Bildung für den Erhalt der Demokratie und die Entwicklung der demokratischen Kultur unter sich verändernden Bedingungen betont wird. Die Leistungen politischer Bildung als Begleiterin von Modernisierungsprozessen wird resümiert, die verlässliche Absicherung durch öffentliche Förderung und politische Unterstützung angemahnt. (s. Anhang)

In einer weiteren Stellungnahme „Mit politischer Bildung den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ (s. Anhang) begründete die MV die Entscheidung, die Bevölkerungsentwicklung und die damit einhergehenden Probleme und Herausforderungen zum AdB-Jahresthema 2007 zu machen. In das Thema hatte die der Mitgliederversammlung vorausgehende Jahrestagung eingeführt.

Der Information und Aussprache über die Verbandsarbeit des abgelaufenen Jahres folgten Berichte und Diskussionen über aktuelle bundespolitische Entwicklungen in der Jugend- und Erwachsenenbildungs- sowie Förderungspolitik, über die neue Generation der einschlägigen EU-Programme und die für die Lage der Mitgliedseinrichtungen relevanten landespolitischen Entscheidungen und Perspektiven.

Klaus-Ulrich Nieder und Jürgen Wittmer wurden zum Kassenprüfer bzw. stellvertretenden Kassenprüfer wiedergewählt.

In einer informellen Feier wurden die Geschäftsführerin des AdB, Mechthild Merfeld, und die Referentin für Internationale Arbeit und Kommissionen, Dr. Hannelore Chiout, deren Ruhestand bzw. Freistellungsphase der Altersteilzeit

bevorstanden, im Kreis der Mitglieder verabschiedet. Die neue Geschäftsführerin des AdB, Ina Bielenberg, stellte sich der Mitgliederversammlung vor.

## Schwerpunkte der Arbeit des AdB-Vorstands

Nach seiner Wahl durch die Mitgliederversammlung am 01. Dezember 2005 kam der AdB-Vorstand 2006 in der neuen Zusammensetzung zu fünf regulären Vorstandssitzungen zusammen – im Januar, April, Juni, September und November in Berlin, Aurich und Bad Bevensen. Hinzu kamen zwei Sondersitzungen im Juni und Dezember, bei denen mit den Bewerber/-innen um die Stellen der Geschäftsführung bzw. des Referenten/der Referentin für Internationale Arbeit des AdB Auswahlgespräche geführt wurden.

Am Beginn der neuen Sitzungsperiode standen die Arbeitsplanung des Vorstands und die partielle Neuverteilung der Aufgaben auf insgesamt acht statt bisher sechs Personen. So wurden folgende Zuständigkeiten für die Jahre 2006-2007 festgelegt:

- Interessenvertretung gegenüber Regierung und Parlament: Peter Ogrzall, Ulrike Steimann und alle Vorstandsmitglieder
- Öffentlichkeitsarbeit: Peter Ogrzall
- Herausgabe der „Außerschulischen Bildung“: Ulrike Steimann
- Bildungspolitik und Bildungspolitische Werkstattgespräche: Dr. Eberhard Pies
- Erwachsenenbildung: Norbert Beckmann-Dierkes
- Jugendbildung: Petra Tabakovic
- Mädchen- und Frauenbildung: Jutta Richter
- Internationale Bildungsarbeit: Jutta Richter
- Europäische Bildungspolitik: Ulrike Steimann
- Verwaltungs- und Finanzfragen: Anna Alberts
- Qualitätssicherung: Peter Ogrzall
- Gender Mainstreaming: Jutta Richter und Peter Ogrzall

Einige Vorstandsmitglieder übernahmen neben der Zuständigkeit für die genannten Schwerpunkte den Vorsitz der entsprechenden Fachkommissionen des AdB, zum Teil wurden diese aber von Mitgliedern geleitet, die nicht dem Vorstand angehörten (vgl. Kapitel Fachkommissionen bzw. Anhang 1 – Mitgliederlisten).

Fünf Jahre nach der Verabschiedung der Überlegungen zu „Quo vadis – AdB?“ durch die Mitgliederversammlung hat der Vorstand die Beratung wieder aufgenommen, um eine Bilanz des Erreichten und des nicht Erreichten zu ziehen und um die strategische Diskussion über Ziele der Verbandsarbeit, geeignete Wege zu mehr innerer Geschlossenheit und äußerer Effizienz in der Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit weiterzuführen.

Zur Mitgliederentwicklung und -gewinnung wurde eine Arbeitsgruppe des Vorstands gebildet. Die Kriterien der Mitgliedschaft im AdB wurden erneut reflektiert; Argumente für bzw. gegen persönliche oder institutionelle Mitgliedschaft im Verband abgewogen, Probleme der Höhe der Mitgliedsbeiträge erörtert. In der Aprilsitzung wurden erste Überlegungen zum 50-jährigen Jubiläum des AdB e.V. angestellt, das im Jahr 2009 gefeiert werden soll.

Für die Außendarstellung erarbeiteten Mitglieder des Vorstands den Entwurf der Stellungnahme „Politische Bildung in der demokratischen Gesellschaft“, der in mehreren Vorstandssitzungen auf der Tagesordnung stand und von der Mitgliederversammlung im November verabschiedet wurde.

Im Kontext der GEMINI bzw. des Bundesausschusses Politische Bildung fanden Gespräche mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im BMFSFJ, Dr. Hermann Kues, über jugendpolitische Fragen und die Entwicklung der KJP-Förderung bzw. über die geplante Kürzung des Sachmittel Etats der Bundeszentrale für politische Bildung um 5 Mio. Euro mit den Vorsitzenden des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung und der Berichterstatterin für den EPL 6 statt. Die Kürzung konnte erfreulicherweise verhindert werden. In allen Vorstandssitzungen wurden aktuelle jugend- und bildungspolitische Entwicklungen auf Bundes- und europäischer Ebene sowie auf der der Bundesländer thematisiert.

Zur Konkretisierung und Weiterentwicklung des Jahresprogramms des AdB setzte sich der Vorstand mit den Empfehlungen und Beratungsergebnissen der Kommissionen, der am Programm Jugendbildung beteiligten Pädagog/-innen, der Gender-Steuerungsgruppe und des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“ auseinander, beriet über die Vorschläge zum Jahresthema 2007, beschäftigte sich wiederholt mit der Entwicklung der Verbandsstatistik und ergriff Initiativen zur Erhöhung der Beteiligung an der jährlichen Erhebung.

Die Planung und Evaluation der Fachveranstaltungen und Fortbildungsangebote des AdB und der internationalen Fachprogramme und Projekte war auch 2006 ständige Aufgabe des Vorstands. Es waren Entscheidungen über die Kooperation mit der GEMINI bei Projekten und Sonderprogrammen zu treffen. Die im Bundesausschuss Politische Bildung geführten Diskussionen über mögliche strukturelle Veränderungen und die Verstärkung der Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit wurden mit Aufmerksamkeit verfolgt. Die Entwicklung des Europäischen Bildungsnetzwerks DARE und die Möglichkeiten der Unterstützung durch den AdB wurden wiederholt ausführlich diskutiert.



## Personalentwicklung

Auf der Stelle der Sachbearbeiterin im Referat Öffentlichkeitsarbeit des AdB gab es einen Wechsel von Elisabeth Weeber, die zum 28. Februar 2006 auf eigenen Wunsch ausschied, zu Ivonne Jurisch, die am 01. März ihre Tätigkeit beim AdB aufnahm.

Der Wechsel in der Geschäftsführung des AdB wurde frühzeitig durch öffentliche Ausschreibung der Stelle im April 2006 eingeleitet und durch die Vorstandsentscheidung über die Nachfolge von Mechthild Merfeld im Juni zu einem vorläufigen Abschluss gebracht. Bedingt durch Komplikationen, die den Eingruppierungsvorschriften des TVÖD geschuldet waren, zögerte sich die Umsetzung allerdings hinaus, so dass die neue Geschäftsführerin Ina Bielenberg nicht, wie geplant, ihr Amt am 01. Januar, sondern erst am 01. März 2007 antreten konnte.

Die Nachbesetzung der Stelle der Referentin für Internationale Arbeit und Kommissionen, die durch den Wechsel von Dr. Hannelore Chiout zum 01. Mai 2007 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit erforderlich wird, wurde durch die öffentliche Ausschreibung im September 2006 und die Bewerbungsgespräche im Dezember vorbereitet. Die Entscheidung durch den Vorstand konnte aber erst im neuen Jahr getroffen werden.

---

## Bundeszentrale Aufgaben des AdB im Rahmen des KJP

---

### Jugendbildungsprogramm 2006

Im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ mit 18 Jugendbildungsreferent/-innen und sechs maßnahmegeförderten Einrichtungen wurden drei Projektgruppen gebildet, die in jeweils zwei Projektgruppensitzungen und einer zentralen Arbeitstagung ihre Arbeit aus dem Vorjahr fortsetzten.

Die Projektgruppe **„Modelle politischer Jugendbildung mit neuen Medien“** ist mit der Entwicklung einer neuen internetgestützten Projektplattform befasst, die eine Basis für zukünftige gemeinsame Seminare bieten soll und das bisherige Modell „webXchange“ ablöst. Schwerpunkt der Arbeit war die Erprobung der Internetplattform projekt-wiese.de in synchronen und asynchronen Seminaren der politischen Bildung. Weitere Seminare wurden in der Projektgruppe inhaltlich und methodisch gemeinsam geplant und schließlich in einzelnen Einrichtungen durchgeführt.

Diese Seminare wurden entlang der folgenden didaktischen Leitlinien ausgerichtet:

- Handlungsorientierte Medienpädagogik, die angeleitetes und selbst organisiertes Lernen situationsgemäß verbindet
- Ergebnisorientierung bei Berücksichtigung unterschiedlicher Lernvoraussetzungen
- Schaffung von ganzheitlichen und verhaltensnahen Lehr-Lernsituationen
- Ausrichtung des zu vermittelnden Wissens an den Bedürfnissen und Lernvoraussetzungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen
- Verbindung von Gruppen- und Einzelarbeit
- Förderung von kooperativen Arbeitsweisen und gemeinschaftlichem Lernen
- Anregung der intrinsischen Motivation von Jugendlichen, sich mit der Informationsbewältigung als Prozess der individuellen Aneignung der (Medien-)Welt auseinanderzusetzen
- Einbezug von unterschiedlichen Lernorten (Exkursionen und Erkundungen) sowie wechselnde thematische Diskussionsrunden
- Berücksichtigung der Relevanz von informellem, nicht-formalem und formalem Lernen

Eine der größten Herausforderungen der Jugendbildungsreferent/-innen besteht darin, diese didaktischen Leitlinien mit Leben zu füllen. Inhaltlicher Schwerpunkt der Projektgruppe ist dabei, das jeweils geeignete Medium zu finden und anzubieten, mit welchem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Teilhabe an Entscheidungsprozessen in unserer Gesellschaft erlernen und erleben können und welches erlaubt, ihre eigenen Interessen zu wahren und zu vertreten.

Die Projektgruppe **„Demokratische Partizipation junger Menschen“** begann mit der Entwicklung von Modulen für die Bildungsarbeit zu der Fragestellung, wie die Bereitschaft unterschiedlicher Zielgruppen, sich für ihre eigenen Interessen, aber auch für gesellschaftspolitische Anliegen einzusetzen, noch besser gefördert und unterstützt werden kann.

Einen Schwerpunkt der Arbeit stellte 2006 die Auseinandersetzung mit dem Begriff Partizipation dar. Im Mai nahm die Projektgruppe gemeinsam an einem „Sokratischen Gespräch“ teil. Der Philosoph Sokrates, auf den diese Gesprächsform zurückgeht, redete gern mit so genannten Experten über ihr spezifisches Tun, ihre Ideen und Wertvorstellungen. Ergebnis dieser Gespräche war die Erkenntnis, dass niemand recht wusste, was ihm bisher so selbstverständlich erschienen war, was also z.B. unter Wahrheit, Gerechtigkeit usw. zu verstehen sei. Sokrates erreichte dieses „Wissen des Nichtwissens“ nicht durch Belehrung, sondern durch seine spezifische Art des beharrlichen Fragens.

Im Sokratischen Gespräch geht es nun darum, eigene Erfahrungen der Teilnehmenden zum Ausgangspunkt zu nehmen und anhand eines ausgewählten Problems die damit verbundenen Fragen gemeinsam zu erörtern und durch gemeinsames Nachdenken zu lösen. In einem sehr genauen Verständigungsprozess wird die vorliegende Erfahrung am gemeinsam ausgewählten Beispiel zergliedert – mit dem Ziel, die in den Bewertungen dieses Beispiels liegenden Urteile und Wertschätzungen herauszuarbeiten, bewusst zu machen und argumentativ zu begründen. Wesentlich ist hier der Prozess und nicht so sehr das festzuhaltende und vorzeigbare Ergebnis. Der Gesprächsprozess beruht auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung der Würde der jeweils anderen als Personen und vernünftige Wesen. Hier wird ein Grundprinzip der Menschenrechte geübt. Praktiziert und geprobt werden Offenheit für Eigenes und Fremdes, das Aushalten und Tolerieren von geprüften Differenzen und zugleich die Standfestigkeit bei eigenen Überzeugungen und Gedanken bis zu einsehbaren Begründungen des Gegenteils.

Gedacht war dies auch als interne Fortbildung, um gegebenenfalls selbst mit Jugendlichen politische Themen anhand dieser Methode zu bearbeiten, an erster Stelle standen jedoch die eigene Auseinandersetzung und Begriffsklärung. Ausgehend von einem Beispiel der eigenen Bildungspraxis beschäftigte sich die Gruppe mit folgenden Fragen:

Welche Form der Beteiligung meinen wir, wenn wir von Partizipation sprechen? Setzt diese zielgerichtetes und bewusstes Handeln voraus? Was verstehen wir unter politischer bzw. demokratischer Partizipation? Was unterscheidet partizipatives Handeln von anderen Aktivitäten?

Eine zentrale Schlussfolgerung der Projektgruppenarbeit ist es – vor dem Hintergrund zunehmender Jugendarbeitslosigkeit und damit verbundener Perspektivlosigkeit –, geeignete Konzepte und Methoden zu entwickeln. Zum einen geht es um die frühzeitige Vorbereitung Jugendlicher und junger Erwachsener auf ein Leben ohne Erwerbsarbeit und zum anderen um die eigenverantwortliche Gestaltung der Zukunft jenseits einer durch Erwerbsarbeit erhaltenen Identität. Neue Wertvorstellungen wie „Mußbildung“, Lebenssinn, Wertschätzung rücken hier in den Vordergrund der Bildungskonzepte. Eine partizipative Mitgestaltung der Gesellschaft von jungen Menschen kann nur gelingen, wenn sie eine Methoden- und Handlungskompetenz erwerben, die sie in ihren Fähigkeiten stärkt und ermutigt, auch ohne berufliche Identität an gesellschaftlichem Leben teilzunehmen.

Die Projektgruppe „**Respekt und Courage**“ arbeitete intensiv an dem Kompetenzbegriff in der schulischen und außerschulischen Bildung, der durch die PISA-Studien und die in der Jugendarbeit entwickelten Kompetenznachweise immer stärker in den Mittelpunkt gerät. Dabei ging es um

Begriffsklärung, Erörterung der zugrunde liegenden theoretischen Ansätze und genauere Bestimmung der Kompetenzen, die für den Umgang mit Konflikten, für interkulturelle Verständigung, Festigung demokratischer Denk- und Handlungsweisen benötigt werden.

Vor allem die interkulturelle Kompetenz gewinnt in einer Einwanderungsgesellschaft für alle Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund – an Bedeutung und stellt eine gesellschaftliche Herausforderung dar. Die zentrale Frage lautet dabei: Wie kann ein friedliches und respektvolles Zusammenleben gestaltet werden, so dass Vielfalt als Chance erlebt wird?

Interkulturelle Kompetenz erfordert die Auseinandersetzung mit Unterschiedlichkeit und die Anerkennung von Potenzialen, die aus einem (inter-)kulturellen Hintergrund erwachsen. Zentrales Element von interkultureller Kompetenz ist die Fähigkeit, sich auf gleicher Augenhöhe zu begegnen – unabhängig von Herkunft, Religion und Ethnie – sowie respektvoll miteinander umzugehen. Voraussetzung hierfür ist u.a. die Fähigkeit, einen differenzierenden Blick für Menschen und Situationen sowie zum Perspektivwechsel zu entwickeln.

Dabei ist die Entwicklung von interkultureller Kompetenz als ein Prozess zu verstehen. Die Seminare sollen Jugendliche in diesem Prozess unterstützen und begleiten. Wichtige Elemente hierfür sind die Begegnungsarbeit, die Auseinandersetzung mit Religionen, Bräuchen und Verhaltensweisen der eigenen Kultur und anderer Kulturen, der Erwerb von Wissen, das Erkennen von Ressourcen und Fähigkeiten bei sich und anderen sowie das Aufzeigen von Handlungsmöglichkeiten. Voraussetzung sind Offenheit, Reflexions- und Kommunikationsfähigkeit, die im Rahmen der Seminararbeit bei den Jugendlichen ebenfalls gestärkt werden müssen.

Personalwechsel bei den Jugendbildungsreferent/-innen gab es im Laufe des Jahres im Berliner wannseeFORUM und in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte (HÖB) in Papenburg.

## Projekte

### Einzelprojekte Entimon

Im Rahmen seiner Zentralstellenfunktion administrierte der AdB im Berichtsjahr fünf entimon-Projekte von Mitgliedseinrichtungen:

1. Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg: „abgedreht – Demokratie und Toleranz (01.05. bis 31.12.2006)
2. philoSOPHIA e.V.: „Forum für Demokratie und Menschenrechte – Spannungsfelder und Alltagskonflikte“ (01.05. bis 31.12.2006)
3. Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein: „Conflict, Courage, Consens“ (01.05. bis 31.12.2006)
4. Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern: „Netze für Demokratie und Toleranz (01.03.2005 bis 31.12.2006)
5. Aktuelles Forum NRW: „Die Bedeutung des Kriegsendes vor 60 Jahren“ (01.03.2005 bis 31.12.2006)

Durch das Auslaufen des Bundesprogramms entimon zum 31.12.2006 endeten auch diese Projekte.

### Politik und Partizipation im Ganzttag

Das GEMINI-Projekt „Politik und Partizipation in der Ganzttagsschule“ hatte zum Ziel, im Rahmen des bundesweiten Ausbaus von Ganzttagsschulen modellhafte und kontinuierlich stattfindende Angebote der politischen Bildungsarbeit im Schuljahr 2005/2006 zu unterbreiten. Etwa 12 Projekte nahmen bis zum Schuljahresende an dem bundesweiten Projekt teil, darunter das Europahaus Aurich mit dem Projekt „Auf Spurensuche in der Stadt“ und die Jugendbildungsstätte Mühle in Bad Segeberg mit Qualifizierungsseminaren für Kursleiter/-innen im Ganzttag. Begleitet wurde die Bildungsarbeit durch eine Steuerungsgruppe, der Boris Brokmeier für den AdB angehörte, und themenbezogene Workshops für die örtlichen Projektleitungen. Die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation wurde durch Prof. Andreas Thimmel von der FH Köln geleistet, der während der Abschlusstagung des Projekts am 13./14.11.06 die Ergebnisse der Evaluation vorstellte. Demnach sind die Projekte alle erfolgreich verlaufen, obwohl der für die Kooperationen zu erbringende Organisationsaufwand für die einzelnen Träger sehr groß war. Dennoch, so Thimmels Empfehlung, sollte bei einer weiteren Etablierung eines Ganzttagsangebots der politischen Jugendbildung ein „regionales Engagement auf breiter Basis“ erfolgen, als ein Angebot, das sich an mehrere Schulen richtet.

Aus den Erfahrungen aller durchgeführten Projekte lassen sich allgemeingültige Gelingensbedingungen generieren,

die eine erfolgreiche Kooperation zwischen Ganzttagsschule und Trägern politischer Bildung fördern. Eine zentrale Voraussetzung für gutes Gelingen sind die Bereitschaft und die Offenheit der Partnerschule zur Kooperation, aber auch die Bereitschaft zur Veränderung im Sinne eines gemeinsamen Entwicklungsprozesses. Die gegenseitige Anerkennung der jeweiligen Fachlichkeit sollte nicht unberücksichtigt bleiben. Wechselseitige Kenntnisse über die Welten der Schule und der außerschulischen Träger fördern die notwendige Wertschätzung des Partners. Hilfreich sind auch administrative Regelungen in Form von Rahmenverträgen der Kultusbehörde mit übergeordneten Trägern. Mit den entsprechenden Vorgaben schaffen diese Handlungssicherheit für alle Beteiligten.

Fachliche Qualität setzt aber auch Finanz- und Personalressourcen voraus und benötigt Ernsthaftigkeit und vor allem Verbindlichkeit, die am besten funktioniert, wenn außerschulische Jugendbildung in die Schulprogrammatisierung verankert ist.

Die Träger des P&P-Projekts sind aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse der Auffassung, dass trotz föderaler Struktur und der nahezu ausschließlichen Verlagerung der Schulpolitik auf die Länder weiterhin eine bundespolitische Relevanz gegeben ist. Die Jugendministerien der Länder sollten genauso wie das Bundesjugendministerium weiterhin die Diskussion mitgestalten und die Träger – auch auf der Bundesebene – unterstützen.

Der Abschlussbericht stellt die zentrale Bedeutung der politischen Jugendbildung für Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote für Mitarbeiter/-innen im Ganzttag in den Themenfeldern „Partizipation“ und „Demokratisierung“ heraus: „Politische Jugendbildung kann so einen wesentlichen Beitrag zur Schulentwicklung leisten; nicht nur im Ganzttag, sondern überhaupt für eine Demokratisierung von Schule.“ (2. Zwischenbericht für das Projekt Politik&Partizipation in der Ganzttagsschule, Mai 2007)

### AdB-Verbandsstatistik

Durch den Erfolg der Bemühungen um Verlängerung der Laufzeit des Transfersicherungs-Projekts Verbund Weiterbildungstatistik bis Ende Dezember 2006 konnte das Angebot der örtlichen Beratung und Unterstützung der Mitgliedseinrichtungen durch Frank Wittemeier bei der Implementierung der Statistik auf das gesamte Jahr ausgedehnt werden. Es wurde von einer Reihe von Mitgliedseinrichtungen wahrgenommen und sehr positiv bewertet. Dank dieser Bemühungen steigt die Beteiligungsquote langsam an.

## Fachkommissionen

### Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik

Sitzungen: 01.-03.03.2006, wannseeFORUM, Berlin  
20.-22.09.2006, basa, Neu Anspach

Im Mittelpunkt der Sitzung im März stand die Auseinandersetzung mit den Nachfolgeprogrammen für entimon und Civitas, die politisch noch umstritten waren und mit Beginn des Jahres 2007 starten sollen. Die Kommission führte Gespräche im Deutschen Bundestag dazu und betonte u.a., dass es bei den neuen Programmen gelingen müsse, neben den kommunalen Projekten auch solche freier Bildungsträger angemessen zu berücksichtigen und den erheblichen Verwaltungsaufwand für die Projektträger zu reduzieren.

Weiterhin befasste sich die Kommission ausführlich mit dem 12. Kinder- und Jugendbericht. Sie sieht bei der Kooperation von Schule und außerschulischen Trägern neben strukturellen auch inhaltliche Probleme. Das Bildungsangebot außerschulischer Träger darf nicht das schulische Angebot ersetzen oder auf bloße Weisung der Schulleitung stattfinden. Die eigenständige Gestaltung des außerschulischen Angebots muss durch die Form der Kooperation gewährleistet und von der Schule mitgetragen werden. Dabei können sich durchaus inhaltliche Auseinandersetzungen zum Beispiel bei Angeboten zur Partizipation in der Schule und zum Demokratietraining von Schülerinnen und Schülern mit Lehrer/-innen und Schulleitungen entwickeln.

In der Herbstsitzung befasste sich die Kommission im Schwerpunkt mit der Bildungsarbeit mit jugendlichen Migrant/-innen. Als Ergebnis der Diskussionen stellte die Kommission die gesellschaftspolitische Bedeutung des Gelingens der Integration und die quantitativ wachsende Bedeutung der Migration in Deutschland heraus. Die politische Bildung habe hier eine wichtige Aufgabe, der sich der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen mit zielgruppenspezifischen Angeboten zukünftig noch sehr viel intensiver als bisher stellen müssten.

Die Kommission setzte die Planungen zu einer Postkartenkampagne zur politischen Jugendbildung in Deutschland fort, die im Januar 2007 starten soll. Das Motto der Kampagne lautet [www.wer-wird-demokrat.de](http://www.wer-wird-demokrat.de)

### Kommission Erwachsenenbildung

Sitzungen: 15.-17.02.2006, Adam-Stegerwald-Haus, Königswinter  
13.-15.09.2006, Georg-von-Vollmar-Akademie, Kochel/Obb.

Die Kommission setzte auf ihrer Frühjahrssitzung die im Herbst 2004 begonnene Diskussion über das informelle Lernen fort, die sie im Rahmen ihrer Septembersitzung mit dem Bildungspolitischen Werkstattgespräch vorläufig abschloss. Zu didaktisch-methodischen Begründungen des informellen Lernens und dessen Bedeutung für die Organisation von Lernprozessen referierten Prof. Dr. Wolfgang Wittwer, Universität Bielefeld, und der Kommissionsvorsitzende, Prof. Dr. Matthias Pfüller. Während Wittwer in seiner Power-Point-Präsentation das informelle Lernen in Abgrenzung zum formellen Lernen zu definieren versuchte, Kriterien des informellen Lernens benannte und begründete, weshalb es – insbesondere in der berufsbezogenen Aus- und Weiterbildung – aktuell eine Renaissance in der erziehungswissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskussion dazu gibt, konzentrierte Pfüller seine Ausführungen auf den Zusammenhang des informellen Lernens mit ganzheitlicher Wahrnehmung und beschrieb Lernen als Folge bzw. Begleiterscheinung sinnlicher Erfahrung von Körperempfindungen, Räumen und Bildern.

In der Diskussion mit der Kommission ging es dann um die Frage, ob mit „informellem Lernen“ nicht ein in der Pädagogik seit geraumer Zeit bekanntes Phänomen wieder ins öffentliche Bewusstsein gehoben werde, dem gerade die Reformpädagogik und die in ihrer Tradition stehende außerschulische Bildung in ihren Konzeptionen immer Raum gegeben habe. Die aktuelle Bedeutung erklärt sich hingegen aus dem Versuch, die berufliche Bildung zu optimieren, indem die hier dominierende Vermittlung von Fachwissen durch die Aktivierung des informellen Lernpotenzials ergänzt und informelle Lernprozesse in formelle integriert werden. Pädagogische Settings sollen die „Paradoxie“ zwischen selbstgesteuertem Lernen, das dem informellen Lernen zugeordnet wird, und Fremdeinflüssen, die Lernen – bewusst oder unbewusst – ermöglichen, überwinden. Bei Bewerbungen sollen die durch informelles Lernen erworbenen Kompetenzen zur Geltung gebracht werden, was die Frage nach deren Dokumentation in Form eines Nachweises oder Zertifikats und nach den diesen Bescheinigungen zugrunde liegenden Standards aufwirft. Dabei ist man in anderen europäischen Ländern, die das duale System der Berufsausbildung nicht haben, bei der Anerkennung informell erworbener Qualifikationen erheblich weiter. Es gilt aber auch zu bedenken, dass die Betonung des informellen Lernens auch den Zweck hat, die Verantwortung und die Kosten der Weiterbildung auf die Einzelnen zu verlagern und jeden Lebensbereich dem Zwang zum Lernen zu unterwerfen.

Die bildungspolitischen Aspekte und didaktisch-methodische Ansätze zur Integration des informellen Lernens in der Praxis außerschulischer Bildung standen im Mittelpunkt des von der Kommission vorbereiteten Bildungspolitischen Werkstattgesprächs, über das an anderer Stelle berichtet wird.

Die Kommission hatte sich vorgenommen, regelmäßig den Fortgang von Qualitätssicherungs- und Zertifizierungsprozessen zu erörtern. Auf der Frühjahrssitzung berichteten Fenna Paproth und Marianne Stietenroth über den jeweiligen Stand des Zertifizierungsverfahrens nach LQW und ISO 9001. Carsten Schübeler, damaliger Qualitätsbeauftragter der Karl-Arnold-Stiftung, stellte zusammen mit Oliver Krauß der Kommission das Verfahren vor, der sich die eigene Einrichtung im Rahmen des Gütesiegelverbundes Weiterbildung NRW zum Zeitpunkt der Sitzung gerade unterzog. Der Gütesiegelverbund ermöglicht auch die Ausbildung zum Qualitätsbeauftragten. In der Diskussion wurde eine große Übereinstimmung zwischen Gütesiegelverbund und LQW nach ArtSet festgestellt. In den Berichten wurde deutlich, dass die Beteiligung an den Zertifizierungsverfahren vor allem aus förderungspolitischen Gründen erfolgt, der damit verbundene personelle und zeitliche Aufwand erheblich ist, Akzeptanz dafür beim Personal oft erst – auch gegen Widerstände – hergestellt werden muss. Die Verbesserung der Qualität betrifft eher organisatorische Abläufe, weniger die pädagogische Arbeit, die jetzt allerdings – ebenso wie die Bedeutung eines eigenen Hauses für die pädagogische Profilbildung – besser nach außen sichtbar gemacht werden soll. Weitere Vorteile werden in der größeren Transparenz von Abläufen und der größeren Verbindlichkeit von Absprachen gesehen. Allerdings müssen die Beteiligten auch die nötige Energie aufbringen, um die vereinbarten Veränderungen im Alltag durchzuhalten.

Die Septembersitzung der Kommission fand zusammen mit dem 4. Bildungspolitischen Werkstattgespräch statt, das den zweiten Sitzungstag bestimmte. Die Kommission nahm die Veranstaltung zum Anlass, sich grundsätzlicher mit der Frage auseinanderzusetzen, welche Ziele sie damit verfolgt und was diese von der Kommission Bildungspolitik „geerbt“ Tagung für ihre eigene Arbeit bedeutet.

Im Mittelpunkt der eigentlichen Sitzung standen unterschiedliche Zugänge zur historisch-politischen Bildung, die von Dr. Barbara Hopmann, Prof. Dr. Matthias Pfüller und Dr. Christoph Meyer vorgestellt wurden. Einmal ging es um historisch-politische Bildung in verschiedenen inhaltlichen Zusammenhängen, d.h. als Teil von Veranstaltungen, die nicht als historisch-politische Bildung ausgewiesen sind. Hier ist historisch-politische Bildung zwar eine Kernaufgabe, aber kein eigener Bildungsbereich. Zum Zweiten wurde dargestellt, wie man vor dem Hintergrund einer Geschichtsrezeption, die – wie bei diesem Beispiel in Sachsen

– auf bestimmte Teile der Geschichte (Könige und Kurfürsten, Glorie und Dresdener Glanz) rekurriert und dabei andere verdrängt oder ignoriert, Alternativen historisch-politischer Bildung (kurz gefasst: Herbert Wehner neben August dem Starken) zur Geltung bringen kann. Zum Dritten wurde die Entstehungsgeschichte einer Organisation (Politische Memorale) dargestellt, die sich der Erinnerungsarbeit verschrieben hat und diese nicht nur im Rahmen von Bildungsveranstaltungen, sondern auch in der Kooperation mit lokalen und regionalen Initiativen realisiert, die vergessene historische Orte in ihrer Nähe wieder sichtbar machen, die an Vorgänge aus der Zeit des Nationalsozialismus erinnern.

In der Diskussion wurden didaktisch-methodische Anforderungen erörtert, u.a. die Rolle von Zeitzeugen und Perspektiven nach deren Verschwinden, die Auseinandersetzung mit Erwartungen, die aus der medialen Inszenierung von Geschichte(n) gespeist werden, Versuche, Widerstände gegenüber der Konfrontation mit verdrängter Geschichte zu überwinden.

Zu den Querschnittsaufgaben der Kommission gehört die Erörterung der bildungspolitischen Entwicklung auf Bundes- und Länderebene. Die Kommission beschäftigte sich mit anstehenden Novellierungen von Erwachsenen- bzw. Weiterbildungsgesetzen und den bisherigen Erfahrungen mit gerade novellierten Gesetzen, beklagte die sich verschärfende finanzielle Lage der Einrichtungen und Erschwernisse bei der Akquise von Förderungsmitteln sowie den bürokratischen Aufwand, der bei ihrer Verwendung gegenüber den Förderungsgebern zu erbringen ist. Bestehende Regelungen wurden kritisiert, weil sie nicht nur diesen Aufwand erfordern, sondern auch Spielräume bei der Arbeit einengen, Innovationen verhindern und den pädagogischen Anforderungen der Bildungspraxis gegenüber dem Kontrollbedürfnis der Geldgeber wenig Rechnung tragen. Die in einigen Ländern erfolgten bzw. angekündigten weiteren Kürzungen der Förderungsmittel bedrohen die Existenz vieler Träger, die verschiedene Versuche unternehmen, durch Kürzung von Gehältern, Begrenzung der Angebote, Erhöhung von Teilnehmergebühren und Reduzierung von Personalstellen und Sachmitteln den Erhalt der Einrichtungen zu ermöglichen. Allerdings sei mittlerweile eine Grenze erreicht, die zu überschreiten einen nicht mehr zu rechtfertigenden Qualitätsverlust zur Folge haben würde. Außerdem führe die Finanzsituation dazu, dass die Bildungsstätten sich Angebote für zahlungsschwache Gruppen nicht mehr leisten könnten.

Zu den Querschnittsaufgaben der Kommission gehört die regelmäßige Berichterstattung über den Prozess des Gender Mainstreaming im AdB. Die Kommission ist nun durch Fenna Paproth und Harald Meves in der Gender-Steuerungsgruppe des AdB vertreten.

Die Kommission setzt sich auch regelmäßig mit den anstehenden Themen der „Außerschulischen Bildung“ auseinander (sie wird im Redaktionsbeirat durch Sonja Schweizer vertreten) und macht Vorschläge zu deren Umsetzung.

In jeder Frühjahrssitzung steht das aktuelle AdB-Jahresthema auf der Tagesordnung, die Kommission diskutiert aber auch die Vorschläge zum Thema des Folgejahrs und gibt dazu eine Empfehlung ab. Für das Jahr 2007 sprach sie sich mehrheitlich für das Thema „Folgen des demographischen Wandels“ aus.

Die Kommission hat im Lauf ihrer Sitzungsperiode einige Veränderungen in ihrer Mitgliedschaft erfahren müssen. Einige Kolleg/-innen schieden aus, weil sie in den Ruhestand gingen, ihre Einrichtung verließen oder dort andere Aufgaben übernahmen. Der Kommission gehören nunmehr 13 Mitglieder an; bei der Berufung 2004 waren es noch 19 Mitglieder.

## Kommission für Mädchen- und Frauenbildungsarbeit

Sitzungen: 30.01.-01.02.2006, Jugendhof Vlotho  
20.09.-22.09.2006, Bildungshaus Zeppelin,  
Goslar

Die Kommission setzte auf ihrer ersten Sitzung die Auseinandersetzung mit den spezifischen Auswirkungen der Globalisierung auf Mädchen und Frauen fort. Bianca Wenzel, Vorstandsmitglied von „Terre des Femmes“ und Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft „Frauenrechte in islamischen Gesellschaften“, referierte über Frauenrechte als Menschenrechte. Überall auf der Welt werden Frauen durch patriarchale Strukturen benachteiligt und aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit in ihren Menschenrechten beschnitten: In ihrer persönlichen Freiheit, in ihrer Entwicklung, in ihrer körperlichen Integrität und in ihrer Menschenwürde. Der Weltbevölkerungsbericht aus dem Jahr 2000 stellt fest: „Weltweit ist mindestens jede dritte Frau schon einmal geschlagen, zum Sex gezwungen oder auf andere Weise missbraucht worden – in den meisten Fällen von jemandem, den sie kannte.“

Im Einzelnen arbeitete die Kommission mit Frau Wenzel zum Thema Frauenhandel und seinen Ursachen und zu Fragen der Ausbeutung von Frauen in der globalen Textilindustrie – über 90 Prozent der in Deutschland verkauften Bekleidung wird im Ausland von Frauen unter unzumutbaren Bedingungen hergestellt – und über Möglichkeiten der Aufklärung und politischen Intervention, um auf die Lage der Frauen aufmerksam zu machen und sie zu verbessern, z.B. durch Kampagnen, die die Einhaltung von Sozialstandards fordern. Ergänzend besuchten die Kommissionsmitglieder die Ausstellung „Tatmotiv Ehre:

Ehrenmorde – Ausmaß, Hintergründe, Prävention“ im Jugendhof Vlotho.

Die Sitzung vom 20. bis 22. September in Goslar hatte einen ganz anderen Schwerpunkt: Die Präsentation von Praxisteilen aus dem verbandsübergreifenden Fortbildungsprojekt „GeQuaB – Gender-Qualifizierung für die Bildungsarbeit“, an dem sich der AdB zusammen mit „Arbeit und Leben“, dem DVV und der Gewerkschaft ver.di beteiligt. Ausgewählte Methoden wurden mit den Kommissionsmitgliedern erprobt und der Kontext ihrer Anwendung wurde reflektiert. Anregungen und Beobachtungen fließen zurück in das Projekt. Gleichzeitig war dieser praktische Übungsteil Vorbereitung für die Diskussion über Qualitätskriterien und Indikatoren einer geschlechtergerechten Bildungsarbeit. Diese Diskussion ist nicht abgeschlossen, sondern wird fortgesetzt und erweitert um den europäischen Blickwinkel, wie er im „European Quality Frame“ eingeführt wurde, ohne ernsthaft die Geschlechterdimension zu berücksichtigen.

In beiden Sitzungen tauschten die Kommissionsmitglieder Informationen und Erfahrungen aus der Mädchen- und Frauenbildungsarbeit aus und erörterten die bildungspolitische Situation in den Bundesländern. Eine unerwartete und in ihrer Tragweite noch nicht einzuschätzende Information bezog sich auf den von allen Mitgliedern bestätigten drastischen Rückgang von Mädchen- und Frauenbildungsarbeit in der politischen Bildung.

## Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Sitzungen: 08.-10.02.2006, Europahaus Aurich  
18.-20.09.2006, Int. Jugendbegegnungs- und  
Bildungsstätte Hadamar

Auf ihrer Sitzung im Europahaus Aurich befasste sich die Kommission im Schwerpunkt mit der gerade publizierten „Regensburger Studie“ zur Langzeitentwicklung internationaler Jugendarbeit. Ergänzt wurde die Auseinandersetzung über diese Studie durch die Vorstellung und Diskussion der vom Europahaus Aurich herausgegebenen Befragung ehemaliger Teilnehmer/-innen an Veranstaltungen der Bildungsstätte über Langzeitwirkungen internationaler Jugendarbeit. Filmbeispiele aus der Praxis internationaler Jugendbildung trugen zur Veranschaulichung der Diskussion bei.

Auf dieser Sitzung begann die Kommission auch, in Arbeitsgruppen gemeinsame Projekte zu entwickeln, die mit europäischen Partnern realisiert werden sollen. Drei Arbeitsgruppen konstituierten sich zu den Themen:

1. Dialog der Generationen: Von Benjamin zu Methusalem (wannseeFORUM, aktuelles forum, HVHS Mariaspring, IJGD)

2. Bildungsarbeit mit religiösen Muslimen/Dialog der Kulturen (AKE, Jugendhof Vlotho)

3. Methodenbox „Europa vermitteln“ (Internationales Forum Burg Liebenzell)

In diesen Arbeitsgruppen wurde auch auf der zweiten Sitzung in Hadamar gearbeitet. Eine weitere Gruppe erarbeitete den Entwurf einer Stellungnahme zur strategischen Bedeutung von internationaler Arbeit im AdB, zur Funktion der Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit und der Unterstützung internationaler und europäischer Bildung in den Mitgliedseinrichtungen.

In beiden Sitzungen wurde über die Aktivitäten und die Entwicklung von DARE informiert, die Chancen der individuellen Kooperation und Beteiligung wurden erörtert. Die bildungspolitische Situation in den Bundesländern, neue Entwicklungen in europäischen Programmen, Chancen für Projekte durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 und die kommenden „Europäischen Jahre“, deren Themen sich mit politischer Bildung gut verknüpfen lassen, standen auf der Tagesordnung. Die Kommission plant ihre erste Sitzung 2007 in Brüssel in Kooperation mit der Karl-Arnold-Stiftung und hat erste Überlegungen über Gesprächsthemen und -partner angestellt.

In Hadamar hat der Tagungsort eine besondere und eindrückliche Rolle gespielt. Die Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte des IB befindet sich im Haus der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie.

## Kommission Verwaltung und Finanzen

Sitzungen: 21.-23.03.2006, Bildungshaus Zeppelin, Goslar  
26.-27.09.2006, Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter

Inhaltliche Schwerpunkte der Märzsession waren Gender-Budgeting und die Auswertung der Fachtagung zu „Fundraising für Bildungseinrichtungen“, die Beratung über die Vorschläge zum Jahresthema 2007 mit dem Ergebnis der einhelligen Empfehlung des Themas „Demographischer Wandel“.

Inhaltlicher Schwerpunkt der Septembersitzung war die Vorstellung des Gütesiegelverbands Weiterbildung NRW durch Ursula Schmidt-Bichler, ergänzt durch die Beschreibung des Ablaufs des Qualitätsentwicklungsprozesses und des Zertifizierungsverfahrens der Karl-Arnold-Stiftung durch Jürgen Clausius.

Diskussionspunkte in beiden Sitzungen waren die förderpolitischen Entwicklungen auf Bundes- und Länderebene, bei Jugendwerken und europäischen Programmen, die Fort-

setzung der Arbeit an der online-Version der Arbeitshilfen/ Materialsammlung für Mitgliedseinrichtungen des AdB, Berichte aus der Steuerungsgruppe Gender Mainstreaming und dem Redaktionsbeirat durch die Vertreter/-innen der Kommission, die Erörterung aktueller Entwicklungen bei der Verbandsstatistik und der Erfahrungsaustausch.

---

## Fach- und Fortbildungstagungen

---

### Tagung für Hauswirtschaftsleitungen

Seminar zum Europäischen Lebensmittelrecht, 31.01.-02.02.2006 in Aurich

In Kooperation mit dem AdB führte das Europahaus Aurich eine Tagung zum neuen Lebensmittelrecht durch, an der etwa 20 Hauswirtschaftsleiter/-innen aus Mitgliedseinrichtungen des AdB teilnahmen. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Anpassung der Eigenkontrollen an die neuen europäischen Verordnungen, die Rückverfolgbarkeitsverordnung für Lebensmittel sowie Maßnahmen zur Schulung von Mitarbeitenden in der Hauswirtschaft zur Einhaltung der Standards.

### Fachtagung „Neue Wege der Finanzierung – Fundraising für Bildungseinrichtungen“

22.03.2006, Bildungshaus Zeppelin, Goslar

Nach Beschreibung der Grundprinzipien des Fundraisings erläuterte die Referentin Cornelia Moritz von CORMORAN FUNDRAISING zu erfüllende Voraussetzungen für erfolgreiches Fundraising, wies auf die notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen hin, unterbreitete Vorschläge für die Integration von Fundraising in die Organisationsstruktur, erklärte den Fundraising-Mix und wie mit Hilfe von Ehrenamtlichen Fundraising-Gruppen aufgebaut werden können. In den Diskussionen mit den Teilnehmenden wurde auf der einen Seite deutlich, dass schon viele der angesprochenen Maßnahmen in Bildungsstätten des AdB zum Teil mit gutem Erfolg umgesetzt werden, dass es aber ohne kontinuierliche Bemühungen um die Unterstützer/-innen nicht geht und also auch Zeit und Geld investiert werden müssen, um Erfolg zu haben.

## Zentrale Arbeitstagung des Programms Politische Jugendbildung

27.-31.03.2006 in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte (HÖB) in Papenburg

Im Mittelpunkt der einwöchigen Tagung standen die Auseinandersetzung mit der Kooperation von außerschulischen Trägern der Jugendbildung und Ganztagschulen sowie die Arbeit der Projektgruppen in den drei Arbeitsschwerpunkten des Programms.

Die Kooperation mit bestehenden und neu gegründeten Ganztagschulen kann als eine Herausforderung für die außerschulische Jugendbildung betrachtet werden, da sie ein Umdenken und die didaktische Ausrichtung auf den Lernort Schule erforderliche macht, ohne die spezifischen Qualitäten der außerschulischen Bildung aufzugeben. Die Zusammenarbeit mit Schulen ist für die Jugendbildungsreferent/-innen keine Neuheit. Allerdings fand diese bisher fast ausschließlich am Lernort Bildungsstätte in Form mehrtägiger Seminare statt.

Der Arbeit aller drei Projektgruppen wurde viel Zeit eingeräumt, um nach einem Jahr Programmdauer eine Zwischenbilanz ziehen zu können. Die Projektgruppe „Jugendbildung und Neue Medien“ wird das bereits laufende „webXchange“-Projekt verändern und „desynchronisieren“, so dass nicht alle Teilnehmenden in den beteiligten Bildungsstätten zur selben Zeit vor Ort sein müssen.

Die Projektgruppe „Demokratische Partizipation junger Menschen“ als bisher größte Gruppe hat inzwischen einen Arbeitsrhythmus gefunden, der die Interessen der Jugendbildungsreferenten/-innen und der maßnahmegeförderten Einrichtungen gleichermaßen berücksichtigt. Sie plant für den Herbst 2006 gemeinsame Seminarangebote.

In der nicht weniger großen Projektgruppe „Respekt und Courage“ konnten der Fachdiskurs über demokratische Denk- und Handlungsmuster sowie die Stärkung der Konfliktkompetenzen von Mädchen und Jungen fortgeführt und die weiteren Arbeitsschritte festgelegt werden.

Auf dem Programm der Tagung stand außerdem ein Besuch des Dokumentationszentrums der Emslandlager in Papenburg, das die Geschichte der acht, während der Nazi-Herrschaft in Deutschland errichteten Konzentrationslager aufarbeitet und in Bildungsangebote, Ausstellungen und Fachveranstaltungen umsetzt.

## Sommerschule zur Politischen Bildung

04.-07.07.2006, Akademie Frankenwarte, Würzburg

Die Sommerschule, die vom AdB, dem Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, dem bap und der bpb gemeinsam veranstaltet wird, greift aktuelle Themen der politischen Bildung auf und stellt in Workshops beispielhafte methodische Zugänge für die praktische Bildungsarbeit vor, die diskutiert und vor allem ausprobiert werden. In diesem Jahr wurden drei Workshops angeboten.

Der erste befasste sich mit dem Thema „Fremdes in der Stadt“ und beinhaltete eine Spurensuche in Würzburg und die Erstellung einer Fotodokumentation. Der zweite bot neue Bausteine gelungener Seminarplanung, praktische Übungen zu Startphasen und zur Auflockerung, aber auch zur Reflexion und Auswertung von Seminaren an. Der dritte Workshop thematisierte die sozialen und politischen Dimensionen des Fußballs in der politischen Erwachsenenbildung. Anhand ausgewählter Beispiele aus der Praxis konnten unterschiedliche Dimensionen des Phänomens Fußball erarbeitet und für die Bildungsarbeit aufbereitet werden.

Zu Beginn der Veranstaltung stand das Thema Migration und Integration im Mittelpunkt, in das ein Vortrag von Prof. Veronika Fischer aus Düsseldorf einleitete. Sie plädierte für den Einsatz kreativer Methoden im notwendigen interkulturellen Dialog und hielt die politische Bildung dazu für prädestiniert.

Während einer anschließenden Diskussion mit dem Bundesvorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, und dem Vorstandsmitglied der Muslimischen Akademie, Hayrettin Aydin, wurden Fragestellungen noch einmal präzisiert und Möglichkeiten verstärkter Kooperationen ausgelotet.

Abgerundet wurde die Sommerschule durch das Projektleplenum, in dem die Teilnehmenden Projekte aus ihren Arbeitszusammenhängen präsentierten und auf diese Weise eine Vielzahl von Anregungen geben konnten, die einen konstruktiven Erfahrungsaustausch beflügelten.

## 4. Bildungspolitisches Werkstattgespräch

Wie viel Struktur braucht informelles Lernen?

14. 09.2006, Georg-von-Vollmar-Akademie, Kochel am See

Die Bildungspolitischen Werkstattgespräche, hervorgegangen aus einer Initiative der früheren AdB-Kommission Bildungspolitik und nach deren Auflösung seit 2004 fortgeführt von der Kommission Erwachsenenbildung, haben



zum Ziel, aktuelle Fragen der bildungspolitischen Diskussion aufzugreifen und aus dem Blickwinkel von Wissenschaft, Bildungspolitik und Bildungspraxis zu betrachten und zu erörtern. Diese Veranstaltungen finden jährlich an wechselnden Orten statt, wobei angestrebt wird, das Fachpublikum aus der jeweiligen Region einzubeziehen und mit Vertretern und Vertreterinnen anderer Bildungsorganisationen ins Gespräch zu kommen.

Die Kommission Erwachsenenbildung hatte sich bereits auf ihren Sitzungen im Herbst 2005 und im Frühjahr 2006 mit dem „informellen Lernen“ befasst und empfohlen, das Thema in den Mittelpunkt des Bildungspolitischen Werkstattgesprächs 2006 zu stellen. Dabei sollten die politischen Gründe für die aktuelle Debatte über informelles Lernen geklärt, damit verbundene Interessen und Ziele erörtert und Perspektiven für ein neues Verhältnis zwischen formalen, nicht-formalen und informellen Lernfeldern entwickelt werden. Vor allem aber sollte danach gefragt werden, welche Folgen die Betonung des informellen Lernens als Teil der Weiterbildung für deren etablierte Strukturen und Institutionen haben könnte.

Ulrike Mascher, Vorsitzende der Georg-von-Vollmar-Akademie, hieß die Gäste der Veranstaltung willkommen. Für den AdB begründete Dr. Eberhard Pies, der als Mitglied des AdB-Vorstands für die Bildungspolitischen Werkstattgespräche verantwortlich ist, die Wahl des Themas, in das Dr. Bernhard Schmidt vom Lehrstuhl für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München mit seinem durch eine Power-Point-Präsentation unterstützten Vortrag einführte.

Er verortete die Diskussion über das informelle Lernen in der europäischen Debatte über das Lebenslange Lernen, deren Beginn er mit dem FAURE-Report des Jahres 1972 ansetzte. In seinen Ausführungen über die Abgrenzung vom informellen zum formalen und nicht-formalen Lernen betonte er, dass jede Form des Lernens die konstruktive Verarbeitung von Informationen und Erfahrungen zu Kenntnissen, Einsichten und Kompetenzen voraussetzt, ganz gleich, in welchem Kontext es erfolgt. Der Versuch, das informelle Lernen zu bestimmen, stößt an seine Grenzen durch die Heterogenität der Definitionen dieses Begriffs, die sich auch in der einschlägigen Literatur beobachten lässt, und die Vielschichtigkeit informeller Lernprozesse, die mit non-formalen und formalen einhergehen und ein unterschiedliches Maß an Organisation erreichen können.

Zudem zeigen bisherige Studien zum Weiterbildungsverhalten, dass es einen engen Zusammenhang zwischen formaler Bildung und informellem Lernen gibt. Informelle Lernaktivitäten sind besonders ausgeprägt bei Personen, die auch an formeller allgemeiner Weiterbildung teilnehmen, eine höhere berufliche Ausbildung haben und auf ein

höheres Haushaltseinkommen zurückgreifen können. „Wer hat, dem wird gegeben“, so das Fazit der Ergebnisse zur Wechselbeziehung zwischen formellem und informellem Lernen.

Den „Hype“, den das informelle Lernen in der bildungspolitischen Diskussion zurzeit erfährt, führte der Referent vor allem auf Überlegungen zur europatauglichen Anpassung der beruflichen und berufsbezogenen Bildung zurück. In diesem Zusammenhang gehe es um Zertifizierung und Anerkennung von auf informellem Weg entwickelten Kompetenzen, die in anderen europäischen Ländern erheblich verbreiteter seien als in Deutschland. Ergebnisse des informellen Lernens seien allerdings oft nicht explizier- und dadurch auch nicht zertifizierbar. In der Konzentration auf die berufsbezogene Bildung liege zudem die Gefahr, informelles Lernen zu instrumentalisieren und durch die Entgrenzung der beruflichen Bildung andere Lebensbereiche zu vereinnahmen.

Die Bildungsträger seien aufgefordert, informell aufgebaute Wissensbestände einzubeziehen und in der Zentrierung auf die Lernenden organisiertes und informelles Lernen miteinander zu verzahnen. In der Zukunft werde die Bedeutung von Wissensbewertung und Reflexion des Lernens zunehmen, die Fokussierung auf beruflich relevantes Wissen berge aber auch die Gefahr einer Engführung des Lernens Erwachsener. Die Testierung von Kompetenzen führe zur Auswahl, aber auch zur Selektion, wobei bisherige Untersuchungen keine überzeugenden Zusammenhänge zwischen Auswahlverfahren und späterem Berufserfolg erbracht hätten.

Die politischen Ziele der Diskussion über informelles Lernen und damit einhergehende Initiativen standen im Mittelpunkt der zweiten, von Dr. Eberhard Pies geleiteten Gesprächsrunde. K. Heinz Eisfeld, der hier als Vorsitzender den Bayerischen Landesbeirat für Erwachsenenbildung vertrat, forderte, die didaktisch-methodischen Aspekte des informellen Lernens aufzugreifen und in die Fortbildung des pädagogischen Personals zu integrieren. Es gehe zunehmend um die Präsentation des Gelernten, ob in organisiertem Rahmen oder auf informellem Weg erworben. Die darauf zielenden Versuche, von denen das Projekt Profilpass nur einer sei, beinhalteten allerdings die Gefahr der inhaltlichen Engführung. Schließlich verweise das informelle Lernen auf neue Instrumentarien, mit denen Lernmöglichkeiten und die Teilhabe an Bildung erweitert werden könnten. Das sei als Chance zu begreifen, sofern eine Verzahnung von institutionalisiertem und informellem Lernen erfolge und daraus resultierende Angebote auch finanziert würden.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Berthold Rütth (CSU) setzte informelles Lernen mit Lebenslangem Lernen gleich. Es stelle sich hier allerdings die Frage, ob es in dieser Form

eine Aufgabe des Einzelnen sei oder der Staat dafür Verantwortung tragen müsse. Er sehe beide in der Pflicht. Sowohl der Föderalismus in Deutschland als auch die Verschiedenheit der Bildungssysteme in Europa seien Gründe dafür, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie man das eigene Bildungssystem erhalten, im europäischen Raum aber Vergleichbarkeit des Gelernten herstellen könne. Dazu biete sich die Modularisierung von Bildung an, aber auch die Vernetzung der Akteure sei notwendig, wie sie durch die „Lernenden Regionen“ angestrebt werde. Ehrenamtliches Engagement solle durch Kompetenznachweis anerkannt und bei Bewerbungen berücksichtigt werden.

Jesco Weickert, Referatsleiter im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, stellte den Profilpass vor, der als Ergebnis eines mehrjährigen Verbundprojekts, an dem der Bund, verschiedene Länder und drei Forschungsinstitutionen beteiligt waren, entstand, inzwischen der Öffentlichkeit übergeben wurde und über den Buchhandel erhältlich ist. Er erfordere von den Nutzer/-innen allerdings ein aufwendiges Verfahren zur Dokumentation ihrer Fähigkeiten in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern und sei vor allem für Menschen wichtig, die sich neu orientieren wollten oder müssten. Er sei jedoch weniger für die Vergleichbarkeit von Kompetenzen geeignet. Nun bleibe abzuwarten, ob er sich auch durchsetzen könne. Der Profilpass solle andere Nachweise nicht verdrängen. Er fülle jedoch eine Lücke, weil er den „ganzen“ Menschen im Blick habe und nicht so sehr dessen zertifizierbare Kompetenzen.

Mit der Bestätigung von Qualifikationen durch ehrenamtliches Engagement sollen die Aussichten bei Bewerbungen verbessert werden. Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang noch Bereiche wie Gemeinwesenarbeit, Kultur und politisches Engagement, für die ebenso durch Bildung zu qualifizieren ist? Wie wirken sich Nützlichkeitsabwägungen auf die Qualität solcher Bereiche aus? Diese Fragen bestimmten die Diskussion bei dieser Gesprächsrunde, in der die Dominanz der beruflichen Bildung gegenüber anderen Bereichen vom Publikum kritisch kommentiert wurde.

Die Orientierung am Gemeinwohl wurde angemahnt bei der dann folgenden, von Prof. Dr. Matthias Pfüller (Politische Memoriale) geleiteten Runde, die aus der Sicht der Bildungspraxis Stellung zur Bedeutung des informellen Lernens für die Entwicklung von Strukturen und Angebotsformen der Erwachsenenbildung nehmen sollte.

Doratheia Strichau (Arbeitsgemeinschaft Evangelische Erwachsenenbildung Bayern e.V.) erinnerte daran, dass informelles Lernen seit jeher eine große Rolle in der kirchlichen Erwachsenenbildung spiele, die zudem vom Ehrenamt gelebe, wie sich auch in den aktuellen Arbeitsschwerpunkten zeigen lasse; in allen sei der Lebenszusammenhang der Beteiligten der zentrale Bezugspunkt. Das informelle Lernen

habe Auswirkungen auf die Lernformen. Am Beispiel des von ihrer Trägerorganisation angebotenen Fernstudiums lasse sich die Mischung aus informellem Lernen, organisierten Angeboten und begleitenden Zirkeln verdeutlichen, wobei sich bestätige, dass Lernen in strukturellen Zusammenhängen zu informellem Lernen anrege.

Markus Tolksdorf (Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung) sah im aktuellen bildungspolitischen Kontext der Diskussion über informelles Lernen eine Gefahr für den Erhalt der etablierten Weiterbildungsstrukturen. Die Erwachsenenbildung müsse sich mit ihren neuen Aufgaben und Herausforderungen auseinandersetzen. Die Betonung der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens sei eine Konsequenz aus der Erfahrung, dass schulische Bildung zur Bewältigung neuer Anforderungen allein nicht ausreiche. Dennoch sei das informelle Lernen eine „pädagogische Restkategorie“, die andere Bildungsinstitutionen keineswegs überflüssig werden lasse, da sich gezeigt habe, dass impliziertes Lernen der Ergänzung durch institutionalisierte Lernprozesse bedürfe. Die Lernberatung werde dabei immer wichtiger. Die institutionalisierte Erwachsenenbildung müsse zudem über Marketingstrategien ihren Nutzen auch öffentlich sichtbar machen.

Alexander Klier (DGB-Bildungswerk Bayern e.V.) konstatierte eine zunehmende Unklarheit des Begriffs „informelles Lernen“. Lernen finde immer statt. Informelles Lernen werde durch Bildungsinstitutionen oft erst ermöglicht oder angeregt. Der Erhalt der Strukturen sei deshalb unerlässlich. Die aktuellen bildungspolitischen Ziele seien kritisch zu prüfen. Die Entwicklung sozialer Kompetenzen werde mittlerweile generell zugunsten anderer Qualifikationen vernachlässigt, die für den Arbeitsmarkt gebraucht würden. Es sei daher notwendig, wieder mehr Angebote zu machen, die den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft förderten. Erwachsenenbildung und politische Bildung hätten auch einen Selbstzweck und seien nicht für die Belange in anderen Bereichen zu instrumentalisieren. Man müsse das lernende Individuum ernst nehmen, das in seinem Lernen unberechenbar sei und völlig unerwartete Schlussfolgerungen daraus ziehen könne.

Rolf Prudent (Lernende Region Tölzer Land) verteidigte die Bemühungen um berufliche Absicherung durch Bildungsanstrengungen, da eine Berufstätigkeit die notwendige Voraussetzung für vieles andere sei. Die Bedeutung des informellen Lernens komme in Umbruchsituationen zur Geltung, in denen sich Menschen neu orientieren müssten. Marketing für Bildungsangebote und ihre Träger könne nur dann wirken, wenn es auf einen bestimmten Bedarf ziele und das dafür passende Angebot habe. Ein Projekt der Lernenden Region Tölzer Land fördere die Berufsorientierung von Jugendlichen in der Region und werde von flankierenden Maßnahmen begleitet, an denen verschiedene Akteure wie Familie, Schule, etc. beteiligt würden.

In der abschließenden Diskussion wurde die Verlagerung der Bildungspolitik auf die berufliche Bildung zuungunsten der politischen Bildung und anderer Bildungsbereiche beklagt. Es wurde aber auch angemerkt, dass es nichts bringe, an einer allzu engen Abgrenzung von Bereichen festzuhalten. Die Bemühungen um die Zertifizierung von informell und non-formal erworbenen Kompetenzen wurden zwiespältig betrachtet. Es wurde bezweifelt, ob sich damit vor allem bildungsferne Schichten für die Beteiligung an Weiterbildung gewinnen ließen, wenn solche Lernnachweise an frühere negative Bildungserfahrungen wie die Zensuren in der Schule erinnerten. Die Diffusität des Begriffs „informelles Lernen“ sei wiederum bestätigt worden. Dennoch sei es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen, um in der Bildungspraxis die Potenziale der Teilnehmenden wahrzunehmen und weiter zu entfalten. Das gelte insbesondere bei den Bemühungen um Gruppen, die bislang – wie die Migrant/-innen – noch zu wenig an Weiterbildung partizipierten oder mit formalen Angeboten nur schwer erreicht werden könnten.

## Tagung für Haustechniker

24.-27.10.2006, Bildungshaus Zeppelin, Goslar

Im Mittelpunkt der Tagung stand die fachgerechte Nutzung und Pflege von Konferenztechnik in Bildungsstätten. Waren vor einigen Jahren noch in der Regel ein Mikrofon und ein häufig altersschwacher Overheadprojektor in den Einrichtungen zu finden, so wurden sie seitdem kräftig ausgestattet: Beamer wurden beschafft, mehr oder weniger ausreichend dimensionierte Beschallungsanlagen eingebaut und Notebooks gekauft, damit – ganz nach den Wünschen der Gäste – die mitgebrachte Power-Point-Präsentation angemessen dargeboten werden kann.

Die Haustechniker tauschten sich darüber hinaus über den Stand der Qualitätsentwicklungsprozesse in ihren Einrichtungen aus. Die Kollegen aus bereits zertifizierten Häusern ermutigten die anderen Teilnehmenden, sich aktiv an diesen Prozessen in ihren Einrichtungen zu beteiligen, um die Belange und die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Haustechnik angemessen einzubringen.

Weiter vorangebracht werden konnte das Projekt zur Entwicklung einer berufsbegleitenden Qualifizierung zur Fachkraft für Haustechnik, die erstmalig 2007 verbandsübergreifend angeboten werden soll. In einem mehrmoduligen Weiterbildungsgang soll über zwei Jahre hinweg das notwendige Spezialwissen vermittelt werden, das in gut ausgestellten Einrichtungen für Haustechniker relevant ist, um die heutigen Anforderungen kompetent zu erfüllen. Ziel der Weiterbildung ist es aber auch, Frauen den Zugang zu diesem Arbeitsfeld zu ermöglichen. Die Berufsgruppe der Haustechniker ist im AdB bisher eine ausschließliche Männerdomäne.

## Jahrestagung 2006: Chancengleichheit und Beteiligung – den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten

Fachkräfte der außerschulischen politischen Bildung aus dem ganzen Bundesgebiet haben sich bei der AdB-Jahrestagung am 28. und 29. November 2006 mit möglichen Auswirkungen des demographischen Wandels in verschiedenen Politikfeldern auseinandergesetzt. Bei der Tagung im Europäischen Bildungs- und Tagungshaus des Gustav-Stresemann-Instituts in Bad Bevensen erörterten die Teilnehmer/-innen Aufgaben, die sich der politischen Bildung in diesem Zusammenhang stellen.

Elisabeth Niejahr, politische Korrespondentin der ZEIT in Berlin, plädierte in ihrem Einführungsvortrag dafür, mehr Geld in die Zukunftssicherung zu investieren. Sie sprach sich für Bildungsreformen aus, die auch das Lernen im Alter fördern und nicht nur auf die Erstausbildung setzen.

In Workshops erarbeiteten die politischen Bildner/-innen Ansätze, wie außerschulische politische Bildung den Problemen des demographischen Wandels begegnen kann.

Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, lotete gemeinsam mit den Teilnehmer/-innen des Workshops „Migration und soziale Konflikte“ Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit türkischen Organisationen aus.

Um die Weiterbildung von älteren Menschen zu so genannten „seniorTrainer/-innen“ ging es im Workshop „Lebenslanges Lernen als Antwort auf die zunehmende Alterung der Gesellschaft?“. In dieser Arbeitsgruppe berichtete Anna Schelling vom Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung, Köln, über ein Bundesmodellprogramm, in dessen Rahmen ältere Menschen für die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben trainiert werden, um deren Potenziale für Kommunen besser nutzen zu können.

Über Versuche in Mecklenburg-Vorpommern, der Abwanderung junger Menschen, vor allem junger Frauen, entgegenzuwirken, diskutierte Claus Wergin vom Ministerium für Arbeit und Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommern in dem Workshop „Jugendliche in ländlichen Regionen – außerschulische Bildungsarbeit als Chance gegen Binnenmigration“. Claus Wergin betonte, dass aus den strukturschwachen Regionen vor allem junge, gut ausgebildete Menschen in wirtschaftlich besser gestellte Regionen abwanderten. Sie ließen die schlechter Ausgebildeten in Arbeits- und Perspektivlosigkeit zurück. Hier müssen Angebote der außerschulischen Bildung neue Perspektiven aufzeigen. Es gelte, eine sinnvolle Alternative zu den oftmals einzigen (Freizeit-) Angeboten rechtsradikaler Gruppen zu entwickeln.

Die Ergebnisse der Informationen und Gespräche führten zu folgenden Empfehlungen der Tagungsteilnehmer/-innen:

- Bildung von regionalen und überregionalen Netzwerken zur Gestaltung des demographischen Wandels unter Beteiligung von Politik, Bildung und Wirtschaft;
- Unterstützung der Ausbildung für die Wahrnehmung ehrenamtlicher und bürgerschaftlicher Aufgaben sowie sozialer Bewegungen durch Träger der politischen Bildung;
- verstärkte Kooperation mit Organisationen von Migrant/-innen, wobei auch solche Einwanderer einbezogen werden sollen, die wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit nicht so sehr im Fokus der Aufmerksamkeit stehen;
- Einrichtung einer Info-Börse durch den AdB zur Erleichterung der Kontaktaufnahme zu möglichen Kooperationspartnern;
- Fortbildung der Mitarbeiter/-innen der politischen Bildungseinrichtungen zur Vermittlung der für interkulturelle Arbeit erforderlichen Kompetenzen.

Wie sich die AdB-Mitgliedsorganisationen dem demographischen Wandel in ihren Bildungsangeboten stellen, wird in der Broschüre zum AdB-Jahresthema 2007 „Chancengleichheit und Beteiligung – den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ dargestellt.

## Symposium „Demokratie als Wagnis oder Lernziel der Gesellschaft?“

Am 08. Dezember 2006 fand diese bundesweite Veranstaltung in der Saarländischen Landesvertretung beim Bund in Berlin statt. Anlass war die Verabschiedung der langjährigen Geschäftsführerin des AdB, Mechthild Merfeld.

Im Mittelpunkt des Symposiums stand der Vortrag des Soziologen und Philosophen Prof. Dr. Oskar Negt. Der warnte in seinem Beitrag vor einer Reduktion aller Bereiche der Gesellschaft auf betriebswirtschaftliche Dimensionen. Er plädierte für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Kultur und Ökonomie.

Negt betonte, dass die Substanz der Demokratie durch die einseitige Ausrichtung auf die Belange der Wirtschaft ausgehöhlt werde. Die heutige Gesellschaft sei dreigeteilt: Neben den Etablierten lebten zwei Drittel der Bevölkerung zum Teil in prekären Verhältnissen bzw. seien einer „wachsenden Armee der dauerhaft Überflüssigen“ zuzuordnen. Die wachsende Existenzangst in diesen Teilen der Bevölkerung könne „totalitär verwendet“ werden. Demokratie als staatlich verfasste Lebensordnung sei die einzige Staatsform, die ständig gelehrt werden müsse: „Bildung, wenn sie auf die Prägung des Gemeinwesens ausgerichtet ist, ist immer politische Bildung“, so Negt. Politische Bildung müsse wieder offensiv als Bestandteil von Demokratie verstanden und eingebracht werden.

In der nachfolgenden Gesprächsrunde blickten Uta Denzin-von Broich-Oppert, Berlin, Jochen Müller, Fritzlar, sowie Carsten Passin, Gniest, zurück in die Geschichte des AdB und stellten verschiedene Phasen in der Entwicklung außerschulischer politischer Bildung dar. Sie erinnerten an entscheidende Menschen, Ereignisse und Strömungen, die den Verband prägten. Carsten Passin, der für den AdB u.a. als Referent für den Aufbau und die Koordinierung der politischen Jugendbildung in den neuen Bundesländern tätig war, erinnerte sich an die Zeit nach der deutsch-deutschen Vereinigung und das Bedürfnis der Menschen im Osten, das „neue Land“ zu verstehen, zu dem sie nun gehörten. Politische Bildung hat damals versucht, Verständnis für Demokratie zu wecken, musste aber auch bei der Klärung ganz praktischer Fragen helfen.

In Ihrer Abschiedsrede zog Mechthild Merfeld ein Resümee der geleisteten Arbeit der vergangenen Jahre. Sie würdigte den lebendigen Pluralismus im AdB, die Rolle der Frauen im Verband und ihre zahlreichen Weggefährter/-innen und bedankte sich für die lehrreiche Zeit, als die sie ihre Berufsjahre beim AdB erlebt hat.

Peter Ausländer vom Jugendhof Vlotho gab der Veranstaltung mit seinem Streichquartett und eigens für diesen Anlass komponierten Werken einen originellen musikalischen Rahmen.

---

## Internationale Bildungsarbeit

---

### Fachprogramme und Projekte

#### „Jugend und Demokratie“ – deutsch-russisches Hospitationsprogramm mit der MGSU, Moskau

Hospitationen: 17.03.-10.04.2006

2006 konnten zehn Studentinnen aus Russland an den Hospitationen teilnehmen. Es waren in diesem Jahr ausschließlich junge Frauen, weil zwei der Bewerber kurzfristig absagen mussten. Die Gruppe wurde zunächst im wannseeFORUM/Wannseeheim für Jugendarbeit auf ihren mehrwöchigen Aufenthalt in Deutschland vorbereitet. Die zum Teil stereotypen, zum Teil aber auch sehr differenzierten Vorstellungen von Deutschland haben im Einführungsseminar eine wichtige Rolle gespielt ebenso wie der Versuch einer Klärung ihres Demokratieverständnisses. Die aktive Klärung der eigenen Zugänge zu einem demokratischen Gesellschaftsverständnis war eine Voraussetzung

für die Zuordnung von politischer Bildung und Jugendhilfe. Es wurde über die Geschichte politischer Bildung, über ihre Aufgaben, Ziele und Methoden, ihre gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen und über die Strukturen der Jugendhilfe im föderalen Deutschland informiert. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vorbereitung auf die Themen der Hospitationen.

1. In der HVHS Alte Molkerei Frille nahmen alle Hospitantinnen an einem Trainingsseminar zu **Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Kompetenz** teil. In diversen Übungen wurden sie für unterschiedliche Wahrnehmungen und Bewertungen beider Geschlechter sensibilisiert und setzten sich mit Geschlechterdualismen und Geschlechterhierarchie auseinander. Mit Impulsreferaten und in der biographischen Arbeit in kleinen Gruppen stellten sie sich persönlich Fragen zur geschlechtsspezifischen Sozialisation. Erlebnispädagogische Übungen und deren Reflexion unterstützten die Klärung geschlechtsbezogener persönlicher Verhaltensmuster und die in der Gruppe. Ziele für Frauen- und Männerarbeit und gemeinsame Wege für eine gute pädagogische Praxis wurden erarbeitet. Praxiselemente wurden entwickelt, erprobt, verworfen, akzeptiert und reflektiert mit Blick auf ihre Übertragbarkeit in Moskau.

2. Die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein in Werftpfuhl und das Europahaus Aurich hatten den Schwerpunkt **Interkulturelles Lernen** vorbereitet.

Die Hospitationsgruppe in Werftpfuhl arbeitete im Rahmen eines internationalen Fort- und Ausbildungsseminars für Fachkräfte der Jugendarbeit zu Methoden der nichtassistierten Bildungsarbeit mit Beispielen aus den Themen Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und Rechtsextremismus. Die Themen wurden jeden Tag neu definiert und mit unterschiedlichen Methoden bearbeitet. Die Hospitantinnen konnten zwischen Theater, Zeitung und Video wählen. Sie machten Interviews mit in Deutschland lebenden Ausländer/-innen und werteten sie aus. Sie entwickelten Rollenspiele zur Wirksamkeit von Vorurteilen. Sie schrieben und spielten ein kurzes Theaterstück zu Akzeptanz und Toleranz und produzierten einen Videofilm zum so genannten „hate-speech“.

Die Hospitationsgruppe im Europahaus Aurich erfüllte verschiedene Rollen: Als Teilnehmende und als Teamerinnen. Die jungen Russinnen beteiligten sich an einer europäischen Jugendbegegnung zum Thema „Menschenrechte global – ohne Menschenrechte keine Demokratie“. Für sie war dies ihre erste professionelle internationale Erfahrung. Bei der Vorbereitung und Durchführung einer weiteren internationalen Begegnung zum Thema „20 years after Tschernobyl – How did energy policies in Europe change?“ wirkten sie im Team mit, bereiteten die Begegnung organisatorisch und inhaltlich mit vor und sahen sich bei diesem Thema auch sehr

persönlich in ihrer nationalen Identität gefordert. Ihre Eindrücke und Vorstellungen verarbeiteten sie in einer eigenen Präsentation im Rahmen der Begegnung. Ähnlich wie in Werftpfuhl wurden auch in Aurich Workshops angeboten und die Ergebnisse am Ende des Seminars im Plenum vorgestellt und diskutiert. Das Thema Tschernobyl und seine Folgen wurde in sechs verschiedenen Workshops bearbeitet, u.a. wurde eine Zeitung produziert, Musik gemacht und Theater gespielt. Das Ergebnis eines Fotoworkshops war eine interessante, anregende Ausstellung. Die Auseinandersetzung mit Kinderrechten und Formulierung von Forderungen für eine verbesserte Beteiligung von Kindern führte zur Produktion eines Radioprogramms, das live übertragen wurde.

3. In der Bildungsstätte HochDrei, Potsdam, wurde für die Hospitantinnen und polnische Fachkräfte der Jugendarbeit ein trilaterales Ausbildungsseminar konzipiert, das Teamer/-innen qualifizieren sollte, die zum Thema **Partizipation in internationalen Zusammenhängen** arbeiten. Großes Gewicht besaß dabei die Analyse der Zusammenhänge zwischen Inhalt und Methode und die eingeführten Methoden wurden im Kontext der Ziele, der zu vermittelnden Themen und der anzusprechenden Zielgruppen reflektiert. Die Gruppe lernte Methoden der Sprachanimation und setzte sich mit verschiedenen Formen der Sprachvermittlung auseinander. Nonverbale Kommunikation als Möglichkeit der Verständigung spielte neben anderen aktivierenden und interaktiven Methoden interkulturellen Lernens eine wichtige Rolle. Es wurden nicht nur individuelle und kollektive Wege der Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen vorgestellt und diskutiert, sondern auch Informationen über den größeren Rahmen des politischen Konzepts der Partizipation von Jugendlichen in Deutschland und auf europäischer Ebene gegeben. Die pädagogisch-didaktische Umsetzung eines so komplexen Themas wie Partizipation für Kinder und Jugendliche – und mit ihnen – stellt besondere Anforderungen. Deshalb wurden in HochDrei nicht nur Kenntnisse zum Thema „Partizipation“ vermittelt, sondern partizipative, interaktive Methoden in der Gruppe angewandt und die Erfahrungen aus dem Blickwinkel der pädagogischen Leitung eines Seminars oder einer Begegnung beurteilt.

In der Auswertung in Berlin haben die Hospitantinnen, die während ihres Aufenthaltes Tagebuch über ihre Eindrücke und Erfahrungen führten, detailliert, mit deutlich besserem Sprachvermögen als zu Beginn ihrer Reise, mit methodischer Vielfalt und ausgezeichnetem inhaltlichem Verständnis für „ihre“ Themen die Ergebnisse präsentiert. Auf der Grundlage dieser Präsentationen entstand ein erster Entwurf für die Fachkonferenz in Moskau. Diese Fachkonferenz im Oktober 2006 sollte die Feuerprobe dafür sein, ob und wie in den Hospitationen nachhaltiges Lernen gelingen konnte.

Fachveranstaltung in Moskau: 8.-15.10.2006

Vom 08. bis 15. Oktober fand auf dem Campus der Moskauer geisteswissenschaftlich-sozialen Universität/MGSU die Folgeveranstaltung zu den Hospitationen in Deutschland statt. Der AdB war durch die Tutorinnen und Tutoren und die Geschäftsstelle vertreten. Die Hospitantinnen hatten weitgehend selbständig die inhaltliche und methodische Vorbereitung der Fachveranstaltung übernommen. Eine gemeinsame Vorbereitung fand in Moskau unmittelbar vor der Konferenz statt. In die Vorbereitung einbezogen wurden auch die Informationen über Aktivitäten zur demokratischen Jugendbildung, die von den Hospitantinnen zwischenzeitlich organisiert worden waren, entweder mit Studierenden der Universität oder in ehrenamtlichen Funktionen, z.B. in einem Jugendverband wie dem Jugendring der Russlanddeutschen. Mit der Leitung der Universität bzw. dem zuständigen Lehrstuhl fanden mehrere Gespräche statt.

Wie in den vergangenen Jahren hatte die Veranstaltung ein großes Echo unter den Studierenden. Zur Eröffnung im Gebäude der Fakultät für Kulturwissenschaften kamen etwa 90 Personen. Die Organisator/-innen stellten das Konzept des Projekts vor, erläuterten die Ziele dieser Zusammenarbeit zwischen Universität und außerschulischer Jugendbildung und zogen eine vorläufige Bilanz. Die Hospitantinnen führten in die diesjährigen Themen der Workshops ein, ihre deutschen Tutoren und Tutorinnen ergänzten ihre Ausführungen.

An den zweitägigen Workshops zu den Themen:

1. Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Kompetenz
  2. Interkulturelles Lernen
  3. Partizipation von Jugendlichen
- nahmen etwa 60 Studierende teil, 20 in jedem Workshop.

Trotz der schwierigen äußeren Rahmenbedingungen – ein Hörsaal lässt sich nicht leicht in einen Gruppenraum verwandeln, der zu interaktiven Methoden einlädt – gab es kaum Fluktuation. Alle haben aufmerksam, gespannt und trotzdem entspannt gearbeitet. Für die Hospitantinnen, die sich zum ersten Mal öffentlich in der Rolle der Anleitenden/Lehrenden fanden, wenn auch unterstützt von ihren deutschen Tutor/-innen, waren die beiden Tage entsprechend aufregend. Die Präsentation der Ergebnisse fand wieder in größerem Rahmen statt und hat viele ermutigt, sich für das nächste Jahr zu bewerben.

Voraussetzung für eine Bewerbung waren die aktive Teilnahme an einem der Workshops, gute deutsche und/oder englische Sprachkenntnisse, gesellschaftliches Engagement. Alle Kandidatinnen und Kandidaten für die Hospitation im nächsten Jahr haben einen kleinen Fragebogen ausgefüllt und wurden einzeln interviewt. Die Auswahl erfolgte gemeinsam mit den diesjährigen Hospitantinnen.

In den abschließenden Kooperationsgesprächen mit dem Vizerektor der Universität unterstrich dieser das Interesse an diesem Projekt und sagte eine aktivere Beteiligung der Universität nach dem Wechsel der bisherigen Koordinatorin zu. Das Dekanat der Fakultät für Kulturwissenschaften soll künftig für die organisatorische Betreuung des Projekts zuständig sein und vor allem die Aktivitäten der Studierenden zwischen Hospitation und Fachveranstaltung fördern.

Auch in diesem Jahr gab es eine Begegnung im Jugendring der Russlanddeutschen, der inzwischen enge Kontakte zu einer Bildungsstätte des AdB unterhält.

## **„Jugend und Demokratie“ – deutsch-mongolisches Fachprogramm mit der Stadt Ulaanbaatar und der NRO „Sunrise“**

Deutschland: 14.-21.05.2006 in Berlin, wannseeFORUM

Die Koordinatorinnen des Projekts „Jugend und Demokratie“, die deutschen Tutorinnen und Tutoren und ehemalige mongolischer Hospitantinnen und Hospitanten trafen sich vom 14. bis 21. Mai 2006 im wannseeFORUM/Wannseeheim für Jugendarbeit in Berlin, um eine Bilanz der 10-jährigen Zusammenarbeit im Projekt „Jugend und Demokratie – Aufbau demokratischer Jugendbildung in der Mongolei“ zu ziehen, ihre Ergebnisse zu reflektieren und gemeinsam neue Perspektiven zu entwickeln. Im Rahmen dieses vom BMFSFJ geförderten Mentorenprojekts wurden seit 1996 in Einrichtungen des AdB rund 90 mongolische Fachkräfte der Jugendarbeit im Arbeitsfeld „demokratische Jugendbildung“ ausgebildet. In den Symposien in der Mongolei wurden zwischen 600 und 700 weitere Fachkräfte qualifiziert, die nach Auskunft unserer mongolischen Partner in den zehn Jahren etwa 10.000 Menschen erreichten. Die Symposien fanden in sieben von 21 Aimags (Provinzen) statt und gaben die entscheidende Anregung für die Gründung von „Zentren für Bildung und Entwicklung“, die in den Aimags und in sechs Bezirken von Ulaanbaatar mit Unterstützung des Projekts Programme der demokratischen Jugendbildung entwickelt haben und durchführen.

Mit wenigen Mitteln ist es gelungen, den Aufbau, die Verbreitung und Etablierung demokratischer Jugendbildung in der Mongolei zu fördern. Dies ist nicht selbstverständlich. Mitte der 90er Jahre wurde nach dem Zusammenbruch der alten Strukturen der Jugendarbeit noch nicht mit Kindern und Jugendlichen außerhalb des formalen Bildungswesens gearbeitet. Demokratische Jugendbildung wurde anfangs weder als Begriff noch von den Inhalten und Zielen verstanden, sondern galt als „Parteiarbeit“. Zudem waren zu Beginn des Projekts die bürokratischen Hindernisse groß. Auch unsere mongolische Partnerin musste viel Überzeugungsarbeit leisten. Baldorj Lkhamsuren, Dezernentin für Jugendarbeit in Ulaanbaatar, unterstrich, dass „niemand

eine solche Bildung je erfahren hatte“. Seit 1996 wurden jährlich, zunächst mit sechs, später mit neun Fachkräften der Jugendarbeit aus der Mongolei während der vierwöchigen Aufenthalte in Deutschland zentrale Themen demokratischer Jugendbildung behandelt und in Beziehung gesetzt zu anderen Feldern der Jugendarbeit: Zu kultureller Bildung, beruflicher Bildung, Sozialarbeit. Von Anfang an war die Auseinandersetzung mit Fragen der Geschlechtergerechtigkeit Teil der Programme, wenn auch nicht unter dem späteren Begriff „Gender Mainstreaming“.

Zu den Leitfragen des Projekts gehörte:

- Wie Jugendliche zur Partizipation motiviert und befähigt werden;
- Wie sie in ihrem Engagement unterstützt werden können;
- Wie Interessen aufgegriffen und präsentiert und Rechte eingeklagt werden, aber auch, wie Verantwortlichkeit gefördert wird;
- Wie Konflikte transparent zu machen und ohne Gewalt zu lösen sind;
- Wie der Marginalisierung einer wachsenden Zahl von Jugendlichen zu begegnen ist;
- Wie Sensibilisierung und Toleranz für unterschiedliche Kulturen und Lebensformen gestärkt werden können;
- Wie gleiche Rechte für Männer und Frauen durchzusetzen und zu sichern sind.

In allen Hospitationen wurde methodisches Neuland erobert und ein anderer, ganzheitlicher Zugang zum Lernen vermittelt und erprobt. In allen Hospitationen wurde über Geschichte, Rahmenbedingungen und Strukturen, über Selbstverständnis, Profile, Aufgaben und Zielgruppen außerschulischer Jugendbildung in Deutschland informiert und verglichen mit den Bedingungen in der Mongolei. Die Multiplizierung der Ergebnisse zeigte sich auf den darauf folgenden „Symposien“ in der Mongolei. Die Stadt Ulaanbaatar nahm das Projekt in ihre langfristige Planung auf. Die NGO „Sunrise“, inzwischen Partnerin in diesem Projekt, ist ein landesweites Netzwerk von Organisationen und Institutionen der Jugendarbeit in der Mongolei, das von Personen gegründet wurde, die an den Hospitationen des AdB in Deutschland und/oder an den Symposien in der Mongolei teilgenommen haben. Die Nachhaltigkeit zeigt sich in den erwähnten „Zentren für Bildung und Entwicklung“.

Gespräche mit Staatssekretär Tönnies im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Abteilungsleiter Dr. Fricke im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend rundeten den Aufenthalt in Deutschland ab.

Mongolei: 09.-17.07.2006 in Ulaanbaatar

Nach der Konferenz in Berlin im Mai 2006, auf der eine Bestandsaufnahme des Projekts „Jugend und Demokratie“ gemacht und seine Ergebnisse reflektiert wurden, trafen

sich deutsche und mongolische Partner zu einer zweiten Konferenz vom 9. bis 17. Juli 2006 in Ulaanbaatar, mit den gleichen Beteiligten wie in Berlin, aber erweitert durch eine große Zahl ehemaliger Hospitantinnen und Hospitanten, insgesamt 63, unter ihnen die für Jugendbildung in der Mongolei zuständige Referatsleiterin im Ministerium für Arbeit und Sozialschutz. In Ulaanbaatar standen die Auswertung des Projekts in diesem großen Kreis auf dem Programm, aber auch seine qualitative Erneuerung und Vorschläge für die Zukunft: Was wurde gelernt? Wie wurde es umgesetzt? Welche Hindernisse galt es zu überwinden? Welche Unterstützung gab es in der Mongolei und in Deutschland? Wie haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen im Verlauf des Projekts geändert? Was muss bewahrt, was muss geändert werden? Wie sind die Ergebnisse langfristig zu sichern? Wie ist für die Zukunft zu planen und welche Prioritäten sind künftig zu setzen?

Auf der Konferenz wurden Beispiele aus der Bildungsarbeit in der Mongolei präsentiert. Die Entwicklung von Jugendarbeit seit den Umbrüchen und insbesondere seit ihrem Neubeginn im Jahr 1995 wurde aufgezeigt. Eine Gruppe von jugendlichen Multiplikator/-innen aus Partizipationsprojekten und einer Initiative für Straßenkinder brachte ihre Vorstellungen von Jugendarbeit ein und formulierte ihre Erwartungen an Politik und Administration.

Jugendarbeit ist ein zentrales Anliegen mongolischer Politik. Etwa 70 % der Einwohner der Mongolei sind jünger als 30 Jahre. Trotz vieler Hindernisse und mangelhafter Finanzierung ist es gelungen, von Jahr zu Jahr mehr Jugendliche für die außerschulischen Bildungsprogramme zu gewinnen. Die demokratische Jugendbildung hat sich mit Kulturarbeit, beruflicher Bildung, Sozialarbeit, Sport, den Schulen und neuerdings auch mit Familienzentren vernetzt.

Der Wissenstransfer und die methodisch-didaktische Beratung durch den AdB und die beteiligten Bildungsstätten haben dazu geführt, dass es mittlerweile

- einen rechtlichen Rahmen für die außerschulische Jugendbildung gibt;
- in selbständig arbeitenden Zentren für Bildung und Entwicklung Jugendliche integriert und Fachkräfte weitergebildet werden;
- partizipative Modelle der Jugendarbeit an Schulen und in der außerschulischen Bildung erprobt und gefördert werden;
- Jugendliche als Mentor/-innen für Jugendliche ausgebildet werden, die benachteiligte Jugendliche einbeziehen, stärken und in die Gesellschaft integrieren.

Für die Zukunft

- wird angestrebt, die Hospitationen fortzusetzen und weitere Aimags in das Hospitationsprojekt des AdB, vor allem im Westen und Süden des Landes einzubeziehen. Ziel ist die Beteiligung aller 21 Aimags in der Mongolei;

- soll ein systematisches Aus- und Fortbildungsangebot für Fachkräfte der Jugendarbeit entwickelt werden, möglichst mit einem zentralen Fortbildungsinstitut, um die jetzt schon erkennbaren „Schneeballeffekte“ in der Mongolei zu fördern und die Programme zu qualifizieren;
- ist ein mehrjähriges Pilotprojekt über Auswirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten politischer Transformationsprozesse im Kontext der sozialen Dimension der Globalisierung geplant, in dem mongolische und deutsche Fachkräfte der außerschulischen Bildung gemeinsam ausgebildet werden. Ein Arbeitstitel für dieses Pilotprojekt ist gefunden „Learning for Change“. Für die notwendige Machbarkeitsstudie wurde die Unterstützung der Universität Marburg und der Technischen Universität Ulaanbaatar gewonnen.

## Demokratie und Partizipation – Soziokulturelle Animation in Spanien, politische Jugendbildung in Deutschland

21.-26.10.2006, wannseeFORUM, Berlin

Vom 21.-26.10.2006 hatte der AdB zu einer Schreibwerkstatt für pädagogische Fachkräfte des spanischen Volkshochschul-Verbandes FEUP aus Logrono/Rioja, Madrid und Valencia sowie Fachkräfte aus dem AdB, die im deutsch-spanischen Kontext gearbeitet haben, eingeladen. Die deutsch-spanische Partnerschaft mit regelmäßigen Fachprogrammen für deutsche und spanische Pädagoginnen und Pädagogen besteht seit 1984. Eines ihrer letzten Ergebnisse ist die vergleichende kleine Studie über die Bildungsarbeit mit Migrantinnen und Migranten in beiden Ländern aus dem letzten Jahr. Kernfragen dieses Austauschs, die in immer wieder neuen Varianten bearbeitet werden, sind:

- Partizipative Pädagogik als Voraussetzung demokratischer Beteiligung;
- Konfliktbearbeitung in interkulturellen Kontexten/ Migration
- Geschlechterdemokratische Konzepte

Die Kontinuität dieser Erfahrungen mit spanischen Volkshochschulen war Ausgangspunkt für einen gemeinsamen Rückblick und eine Standortbestimmung des politischen Selbstverständnisses der außerschulischen Bildungsarbeit in beiden Ländern. Die Methode einer Schreibwerkstatt sollte zur Reflexion anregen, die Ergebnisse sollten dokumentiert werden. Zentral war die Auseinandersetzung mit der ursprünglichen politischen Vision: Was war wichtig? In welchem Rahmen wurde gearbeitet? Wer sollte angesprochen, was sollte verändert werden? In fiktiven Dialogen und Interviews setzte man sich auseinander mit „seinen“ Zielgruppen, mit Jugendlichen, mit Frauen, mit Migrant/-innen. Schreibend wurde unter dem Stichwort „Was bleibt?“

Bilanz gezogen über persönliche, professionelle und institutionelle Erfahrungen und gemeinsam über eine Auswahl der Texte entschieden.

Projektbesuche zu den Schwerpunkten ergänzten die Schreibphasen. In „HochDrei – Bildung und Begegnung in Brandenburg“ wurden partizipative Konzepte politischer Bildung vorgestellt. Bei MaDonna in Neukölln gab es Gelegenheit zum Gespräch mit jungen Migrantinnen, wobei die Idee aufkam, eine Begegnung mit Migrantinnen aus Logrono und einer dort neu gegründeten Initiative zu organisieren. Azize Tank, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der Berliner Integrations-, Migrations- und Ausländerbeauftragten, schilderte die Situation im Stadtteil Charlottenburg und lud ein zu einem Dialog mit „Kurdinnen zwischen Tradition und Moderne“. In der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft stellte das aktuelle forum nrw zusammen mit den europäischen Partnern sein Projekt „Erinnerung bewahren – Demokratie leben“ im Rahmen der Europäischen Demokratiekampagne mit Jugendlichen vor und bezog die spanischen Gäste in dieses Ereignis ein.

## „Von gleichen Rechten zu gleichen Chancen“ – Frauenförderung und Frauenpolitik in Deutschland und Russland

28.10.-03.11.2006, wannseeFORUM, Berlin

Das diesjährige Qualifizierungsseminar für die regionalen Vorsitzenden der „Bewegung der Frauen Russlands“ nahm die Durchsetzung geschlechterpolitischer Vorgaben in Deutschland und Europa in den Blick. Anhand von Beispielen sollte analysiert werden, ob es wirklich einen Zugewinn an gleichen Chancen gibt, welche Defizite zu beobachten und welche Fortschritte zu verzeichnen sind. Zunächst aber begann das Seminar wie immer mit einem Rückblick und Berichten

- zur aktuellen Situation von Mädchen und Frauen in Russland;
- über frauenpolitische Rahmenbedingungen, vor allem die noch ausstehende Ratifizierung eines Gleichstellungsgesetzes, an dem die „Bewegung der Frauen Russlands“ mitgearbeitet hat;
- über besondere Aktivitäten der Bewegung auf lokaler und regionaler Ebene.

Für eine tiefer gehende Analyse gab es einen überzeugenden Anlass: 1996, also zehn Jahre zuvor, war die „Bewegung der Frauen Russlands“ gegründet worden. Fortschritte und Hindernisse wurden analysiert, Erfolge und Rückschläge bilanziert. Interessant war vor allem die Gegenüberstellung der Erwartungen von Frauen der Gründungsgeneration und den heute realistischen Perspektiven frauenpolitischen Engagements.



Fast so alt wie die WMR selbst ist die Partnerschaft mit dem AdB. Seit 1997 finden die Qualifizierungsseminare statt, die bislang Führungskräfte aus 24 russischen Regionen erreicht haben. Die aktuelle frauenpolitische Vernetzung zwischen den Regionen ist nicht zuletzt eine Folge der Qualifizierungsseminare mit dem AdB. Das wurde ausdrücklich unterstrichen.

Die internationale Dimension dieser Seminare dient nicht nur als wichtige Quelle für Informationen, sondern verschafft den Frauen auch Anerkennung. Vor allem die durch den AdB geförderten Kontakte zur Europäischen Union und zu Europäischen Parlamentarierinnen haben sie in ihrer Position und Arbeit gestärkt.

In Berlin wurde deshalb auch die Gelegenheit zur Beteiligung an einem internationalen Treffen wahrgenommen, in dem es um Fragen der Umsetzung europäischer Impulse in der Gleichstellungspolitik ging. Mit der ehemaligen ungarischen Gleichstellungsministerin und Europaabgeordneten Prof. Dr. Katalin Lévai, der Abgeordneten des Europäischen Parlaments Lissy Gröner, Karen Sjørup aus Dänemark und Prof. Dr. Sabine Berghahn von der FU Berlin debattierten die Teilnehmerinnen in der Friedrich-Ebert-Stiftung über „Mehr Gleichstellung für ein stärkeres Europa“.

Nicht nur der Vergleich der wichtigsten nationalen Instrumente zur Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen interessierte die russischen Gäste, sondern vor allem die Einschätzung, wie ernst und mit welchen Wirkungen sie genutzt werden. Eine Schlüsselrolle spielte dabei die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Arbeitsmarktpolitik samt der Auswirkung auf Frauen. Europaweit gibt es offenbar nur wenige effiziente „gender-equality“-Instrumente. Das wurde auch deutlich beim Besuch des an der Humboldt-Universität angesiedelten GenderKompetenzZentrums, eine anwendungsorientierte Forschungseinrichtung, deren vorrangige Aufgabe die Politikberatung in Gleichstellungsfragen für Bund und Länder ist. Da die WMR die Gründung eines zentralen Gender-Zentrums mit ähnlichen Aufgaben in Russland plant, bot der Besuch die Chance, das eigene Konzept zu überdenken, über strukturelle, aber auch situationsbedingte Hindernisse zu diskutieren, die politische Vision zu vergleichen mit dem zu erwartenden realistischen Aktionsradius und Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten.

Ein Gespräch mit dem Frauenfachbeirat der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, der in Absprache mit der politischen Leitung im männlich geprägten Feld der Stadtentwicklung die Beteiligung von Fachfrauen auf allen Entscheidungsebenen und den Einsatz ihrer Kompetenzen fordert, löste eine lebhaft Diskussions über die Notwendigkeit des „anderen“ Blicks auf die Technik aus. Der Frauenfachbeirat ist ein strategisches, aber auch strukturelles Instrument der Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen einer

Verwaltung, die großen Einfluss auf das Lebensumfeld der Menschen hat.

Dr. Claudia Neusüß und Christian Raschke leiteten ein zweitägiges Gendertraining mit Impulsreferaten und praktischen Übungen, deren Ziel es war, eine Positionierung der Frauen herauszufordern und individuell für ihre Regionen und ihr Arbeitsumfeld nach praktischen Wegen für eine bessere Gleichstellung zu suchen. Sensibilisierungsstrategien wurden ergänzt durch exemplarische Umsetzungsstrategien.

Deutlich wurde ein Wandel im frauenpolitischen Selbstverständnis. Demographische Fragen und – damit in Zusammenhang – familienpolitische Weichenstellungen standen jetzt im Mittelpunkt der Erörterungen. Die frauen- und gleichstellungspolitischen Aspekte traten in den Hintergrund. Diese jüngste Entwicklung in Russland wurde sehr kontrovers diskutiert, vor allem mit Blick auf die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen.

## DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe

2006 wurden die Aktivitäten im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Grundtvig-Projekts und Netzwerks mit aktuell 36 Mitgliedsorganisationen in 26 Ländern fortgesetzt. DARE folgte dem von der Europäischen Kommission genehmigten und damit auch verpflichtenden Arbeitsplan bis Oktober 2006. Der Folgeantrag für die Zeit von Oktober 2006 bis September 2009 wurde abgelehnt. Für die Zusammensetzung des Netzwerks hatte diese Ablehnung bislang keine wesentlichen Folgen. Keine Mitgliedsorganisation hat DARE seither verlassen. Es gibt neue Anfragen und Anträge für eine Mitgliedschaft. Dennoch ist die Situation schwierig, weil Aktivitäten nicht mit der gleichen Sicherheit geplant werden können und Mitglieder ihre Beteiligung entweder selbst finanzieren oder eine Fördermöglichkeit erschließen müssen. Der e-DARE, regelmäßig in Antwerpen erscheinender Newsletter des Netzwerkes, wird auf ehrenamtlicher Basis weiterpubliziert. Die Website ist aktualisiert. Zwei Veranstaltungen 2007 werden kofinanziert.

2006 führte DARE drei Veranstaltungen, an denen sich alle Mitgliedsorganisationen beteiligen konnten, durch und nahm an europäischen Konferenzen und Projekten teil:

1. „Gender Mainstreaming in Education for Human Rights and Democracy“ Mitgliederversammlung DARE – 20.-23.04.2006 in Vilnius/Litauen  
Fortbildungsseminar in Zusammenarbeit mit dem Litauischen Zentrum für Menschenrechte  
30 Vertreter/-innen von DARE-Mitgliedsorganisationen aus ganz Europa nahmen teil. Das Seminar begann mit

einer Einführung in die Gleichstellungspolitik Litauens und einer Analyse der gesellschaftlichen Entwicklungen in Litauen unter gleichstellungspolitischen Perspektiven. Mehrere Workshops behandelten Fragestellungen zur Umsetzung von geschlechterdemokratischen Elementen. Ergänzt wurde die inhaltliche Arbeit durch methodische Übungen, die in der Bildungsarbeit eingesetzt werden können. Es stellte sich heraus, dass DARE-Mitglieder für geschlechterdemokratische Fragen zwar sensibel, ihre Vorkenntnisse, Erfahrungen, Erwartungen und Interessen aber höchst unterschiedlich waren. Es gibt Bedarf, dieses Thema weiter zu diskutieren und Positionen zu klären. Vorgeschlagen wurde deshalb konkret, mit der Partnerorganisation auf Malta 2007 ein Genderseminar zu organisieren, in dem vor allem der Frage nachgegangen werden soll, wie Männer zu sensibilisieren und von einer „win-win“-Perspektive zu überzeugen sind.

## 2. „Learning and Living Democracy: the way ahead“

27.-28.04.2006, Sinaia, Rumänien

DARE war eingeladen, sich an dieser Auswertungskonferenz und der Erarbeitung von Empfehlungen für bildungspolitische Leitlinien des Europarates zum Europäischen Jahr der Bürgerschaft durch Bildung (EYCE) zu beteiligen. DARE stellte auf dieser Konferenz in gemeinsamer Aktion mit EAEA, dem Europäischen Verband für Erwachsenenbildung, ein Papier mit eigenen Empfehlungen zur Diskussion.

Die Empfehlungen des Europarats unterstrichen die herausragende Rolle einer Bildung für Demokratie und Menschenrechte (EDC/HRE) und ihre Bedeutung für die Förderung sozialer Integration, für die Gleichstellung der Geschlechter, für Partizipation und interkulturellen Dialog. Die Perspektive lebenslangen Lernens wurde hervorgehoben und in diesem Zusammenhang die notwendige Ergänzung des formalen Bildungswesens durch die außerschulische Bildung gefordert. Dennoch und trotz aller Diskussionen blieb es zum Schluss beim Zweiklang von Schule und Lehrerfortbildung. Es gilt, dicke Bretter zu bohren.

## 3. Treffen der beiden ständigen Arbeitsgruppen im Rahmen des DARE-Projekts

01.-04.06.2006 in Bukarest/Rumänien

Das gemeinsame Treffen beider Arbeitsgruppen wurde vom rumänischen DARE-Mitglied CRED vorbereitet und organisiert. Arbeitsgruppe 1 konzentrierte sich auf die Sichtung und Redaktion der Texte für die zweite DARE-Publikation „DARE in Action – Vision and practice for democracy and human rights education in Europe“.

Arbeitsgruppe 2 befasste sich mit der Erschließung von Ressourcen und alternativen Möglichkeiten zur laufenden Förderung durch das Grundtvig-Programm. Sie erarbeitete verschiedene Szenarien für den Fall reduzierter oder wegfallender Mittel.

## 4. Evaluierungstreffen im Internationalen Haus Sonnenberg/Harz 03.-06.08.2006

Die Evaluation des Grundtvig-Projekts DARE fand nach dreijähriger Laufzeit im Internationalen Haus Sonnenberg statt, dem Gründungsort des Netzwerks. Es beteiligten sich die Partnerorganisationen aus dem Grundtvig-Projekt, darüber hinaus aber viele weitere DARE-Mitglieder, die bei der Anschlussbeantragung neu als Partnerorganisationen hinzugekommen waren. Die externe DARE-Evaluatorin Judith Neisse aus Brüssel begleitete das Treffen wissenschaftlich. Ihre Analysen und Beobachtungen wurden ergänzt von zwei Workshops, in denen die Teilnehmer/-innen Gelegenheit hatten, ihre Erfahrungen mit kreativen Methoden zu reflektieren. Ergebnisse dieser kreativen Bestandsaufnahme sind ein Video-Clip und eine Power-Point-Präsentation. Gemeinsam malten alle ein Bild, auf dem die individuellen Sichtweisen und Erfahrungen zu einem bunten, kollektiven Ganzen wurden. Ein Baum wurde in einer weiteren symbolischen Aktion gepflanzt. Die Kombination von wissenschaftlich fundierter Evaluation und kreativen Methoden eröffnete überraschende Einsichten und eine neue Dimension der Reflexion. Vor allem wurde deutlich, dass DARE zu einem lebendigen Netzwerk geworden ist, in dem die Beteiligten aufeinander hören und aufeinander bauen.

## 5. „DARE in Action – Vision and practice for democracy and human rights education in Europe“, zweite Publikation von DARE

Die Broschüre ist eine Sammlung von Beispielen guter Praxis aus Mitgliedsorganisationen von DARE, die den Themenkomplexen aktive Bürgerschaft, Kinderrechte, Konflikttransformation, „Empowerment“ und Identität/Diversität zugeordnet werden können. Ergänzt werden die Praxisbeispiele durch einen Beitrag, der die elementare Notwendigkeit einer Bildung für Demokratie und Menschenrechte unterstreicht, und einen weiteren Beitrag, der Bildung für die Demokratie (EDC) in Beziehung zur Menschenrechtsbildung (HRE) setzt und ihr Verhältnis zueinander zu klären versucht.

## 6. Der Newsletter von DARE, unter dem Titel „e-DARE“ herausgegeben von VORMEN; Belgien, erscheint regelmäßig im Abstand von drei Monaten.

## 7. Die Website von DARE kann unter [www.dare.org](http://www.dare.org) besucht werden. Auch AdB-Mitglieder können ihre Projekte und Aktivitäten auf dieser Website – wie übrigens ebenso im Newsletter – darstellen.

## 8. DARE beteiligt sich an einer von Grundtvig geförderten europäischen Studie zur demokratischen Bildung im Rahmen lebenslangen Lernens, die von der Dänischen Pädagogischen Universität koordiniert wird. Zu dieser Studie gehören auch ein Bericht über den Forschungsstand zur politischen Bildung und Beispiele guter Praxis

aus der politischen Bildung in Deutschland. Über DARE und den Europäischen Verband für Erwachsenenbildung wird es Berichte geben, die transnationale europäische Vernetzungen in demokratischer Bildung dokumentieren sollen zusammen mit einem Überblick über Initiativen des Europarates.

---

## Fachpublikationen und Öffentlichkeitsarbeit

---

### „Außerschulische Bildung“

Der Redaktionsbeirat, in dem neben Herausgeber/-in und der Redakteurin alle Kommissionen durch ein Mitglied vertreten sind, tagte im Jahr 2006 vom 12.–13.06.2006 in der Akademie Frankenwarte, Würzburg. Ihm obliegt die Beratung der einzelnen Ausgaben, die Festlegung von Autoren und Autorinnen für die vorgesehenen Beiträge, die Entwicklung von Vorschlägen zu den Schwerpunkten der Jahresplanung und die Erörterung weiterer mit der Herstellung der Zeitschrift einhergehender Aufgaben.

Im Jahrgang 2006 erschienen folgende Ausgaben:

#### AB 1-06: Europa ohne Bürger und Bürgerinnen?

Das Heft griff die Diskussion über die Perspektiven der Europäischen Union nach dem Scheitern der Referenden über den Entwurf für eine Europäische Verfassung auf und thematisierte damit verbundene Herausforderungen für die politische Bildung.

An Beispielen aus der Bildungspraxis wurde dargestellt, wie europaorientierte politische Bildung den aktuellen Problemen der Europäischen Union begegnet. Der Stand der europäischen Einigung wurde mit Blick auf die sich abzeichnenden Entwicklungen bilanziert, die kulturellen und politischen Grenzen Europas wurden erörtert, um daran zu erinnern, was Europa als Projekt eigentlich ausmacht. Die Voraussetzungen und Schwerpunkte europapolitischer Bildung wurden ebenso erläutert wie aktuelle Strategien der europäischen Bildungspolitik. Berichte über Jugendseminare veranschaulichten, wie Europa erfahrbar und Jugendlichen auch in den Möglichkeiten, die es für die eigene Entwicklung eröffnet, nahegebracht werden kann.

#### AB 2-06: Macht politische Bildung auch politisch?

Angesichts der aktuellen Diskussion über verbreitete Politikverdrossenheit und Politikferne stellte sich diese Ausgabe der Frage, wie Menschen in einer Demokratie dazu motiviert werden können, sich für öffentliche Angelegenheiten zu interessieren und für das Gemeinwesen einzusetzen. Zusammenhänge zwischen sozialen und biographischen

Voraussetzungen, politischen Rahmenbedingungen, politischer Bildung und politischem Engagement sollten verdeutlicht werden. Vorgestellt wurden Ergebnisse empirischer Studien, die soziale Milieus und ihr Verhältnis zu Angeboten der politischen Erwachsenenbildung beleuchten oder die Wege der Urteilsbildung in der Sozialisation von Jugendlichen darstellen. An zwei biographischen Berichten wurden die Stationen auf dem Weg zum „politischen Menschen“ nachgezeichnet. Beispiele aus der Praxis der politischen Bildung stellen Ansätze vor, die zur politischen Beteiligung in unterschiedlichen Zusammenhängen anregen und qualifizieren sollen.

#### AB 3-06: Politik und politische Bildung: Kritische Distanz oder Kooperation?

In den Beiträgen dieser Ausgabe erläuterten Politiker/-innen ihre Erfahrungen mit politischer Bildung und ihre Erwartungen an diesen Bildungsbereich, Vertreter/-innen der politischen Bildung nahmen dazu Stellung. Vorgestellt wurden Ansätze aus der Bildungspraxis, die darauf zielen, Einblicke in die Welt der Politik und deren Wirklichkeit zu ermöglichen oder für die Behauptung in der Politik und für die Wahrnehmung politischer Ämter zu qualifizieren. Dabei wurde deutlich, dass politische Bildung und Politik unterschiedlichen Handlungslogiken folgen und sich im Prozess pädagogischer Professionalisierung und der Verabschiedung von politischen Gewissheiten auseinander entwickelt haben. Die daraus resultierende Entfremdung wurde ebenso thematisiert wie die Chancen, die Anforderungen von Politik und Intentionen der politischen Bildung im Interesse der Demokratie neu aufeinander zu beziehen.

#### AB 4-06: Folgen des demographischen Wandels

In der im Januar 2007 erschienenen Nummer 4/06 standen die sich abzeichnenden Folgen der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und daraus resultierende Aufgaben für Politik und politische Bildung im Mittelpunkt der Beiträge. Erläutert wurde am Beispiel Brandenburgs, wie die Politik versucht, dem Rückgang der Bevölkerungszahl und der Abwanderung junger Menschen vor allem im ländlichen Raum durch Anpassung der Infrastruktur und neue Formen der Versorgung sowie zielgruppenspezifische Bildungsangebote zu begegnen. Die Beiträge dieses Heftes zeigten aber auch, dass der demographische Wandel zwar viele Probleme aufwirft und bisherige Vorgaben der Politik auf den Prüfstand stellt, zur Panikmache jedoch kein Grund besteht. Es wurde deutlich gemacht, dass politische Bildung diesen Prozess des Wandels begleiten und Überlegungen zu seiner Gestaltung anregen kann.

Die „Außerschulische Bildung“ erschien 2006 in einer Auflage zwischen 1.000 und 1.200 Exemplaren.

## Jahresthema 2006: Politische Bildung ist Menschenrechtsbildung

Die Jahresbroschüren dienen dem Zweck, das Spektrum von Ansätzen der politischen Bildung im Rahmen des AdB zum jeweiligen Thema zu dokumentieren. Die Broschüre zum Jahresthema 2006 enthält neben dem Vorwort der AdB-Vorsitzenden, der Erklärung der Mitgliederversammlung zum Jahresthema 2006, einer Einführung von Peter Ogrzall und dem Hauptreferat von Claudia Lohrenscheit auf der in das Thema einführenden Jahrestagung Kurzdarstellungen von Veranstaltungen und Projekten zur Menschenrechtsbildung von AdB-Mitgliedseinrichtungen. Diese Kurzdarstellungen sind bestimmten Stichworten des Jahresthemas zugeordnet. Eine Übersicht über die beteiligten Einrichtungen rundet die Broschüre ab, die erstmals auch Fotos der beteiligten Mitgliedseinrichtungen und zur Veranschaulichung verschiedener Aspekte des Themas 2006 zeigt. Der AdB nutzt die Broschüre im Rahmen seiner Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit und versendet sie an Kooperationspartner, fördernde Stellen auf Bundes- und Länderebene, Abgeordnete und andere Politiker/-innen und die Fachpresse.

## Gender Mainstreaming im Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Die von Gabriele Wiemeyer verfasste Broschüre berichtet über den Prozess der Implementierung von Gender Mainstreaming in Gremien und Arbeitsfeldern des Verbandes und beispielhaft in einigen Mitgliedseinrichtungen. Sie erschien im Frühjahr 2006 und wurde der Berliner Fachöffentlichkeit im Rahmen einer Sitzung der Gender-Steuerungsgruppe vorgestellt. Die häufigen Anfragen zu der unentgeltlich an Interessierte abgegebenen Broschüre zeigen, dass der Bedarf an Informationen zur Praxis des Gender Mainstreaming groß ist und der AdB zu den Verbänden gehört, die sich darum bemühen, Geschlechtergerechtigkeit nicht nur floskelhaft zu beschwören, sondern – allen Widerständen und Schwierigkeiten zum Trotz – auch in der eigenen Alltagsarbeit zu verwirklichen.

## Prospekt zu Schwerpunkten politischer Jugendbildung im AdB

Mit dem Jahr 2005 begann das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Programm „Politische Jugendbildung im AdB“, das der konzeptionellen Entwicklung und Qualifizierung ausgewählter Schwerpunkte politischer Jugendbildung innerhalb des Verbandes dient. Der AdB informierte in einem Faltblatt über den Rahmen dieses Programms und dessen praktische Umsetzung auf der Ebene der beteiligten Bildungseinrichtungen an Beispielen aus deren Bildungspraxis. Kurze Be-

schreibungen gaben einen Eindruck von den Angeboten, die von verschiedenen Mitgliedseinrichtungen zu den Programmschwerpunkten Jugendbildung und neue Medien, Demokratische Partizipation junger Menschen und Respekt und Courage entwickelt wurden.

Zu den 2006 erschienenen Publikationen gehören auch der AdB-Jahresbericht 2005 und der Jahresbericht zum AdB-Programm Jugendbildung 2005. Diese Publikationen enthalten Berichte über die Verbandsaktivitäten bzw. ausgewählte Schwerpunkte der Bildungsarbeit der Jugendbildungsreferent/-innen und der anderen am Programm Jugendbildung beteiligten Pädagog/-innen.

## Öffentlichkeitsarbeit

### AdB-intern

Der alle zwei Monate an die Mitglieder versandte „AdB-intern“ erleichtert und fördert den Austausch innerhalb des AdB. Als online-Angebot schnell und flexibel zu nutzen unterstützt er die Kommunikation im Verband mit aktuellen Meldungen, Kurzberichten, Tipps, Trends und Hinweisen auf Aktivitäten der einzelnen Einrichtungen und der AdB-Geschäftsstelle.

### Pressearbeit

Die Geschäftsstelle begleitete aktuelle Schwerpunkte der Verbandsarbeit mit Pressemitteilungen, die an Redaktionen, Fachjournalist/-innen und für den Verband relevante Ansprechpartner/-innen in Politik, Behörden und Verbänden versandt wurden und über die AdB-Homepage eingesehen und abgerufen werden können.

Der Versand von Publikationen an Fach- und politische Öffentlichkeit bezog sich auf denselben Adressatenkreis. Zur Präsentation der Gender-Broschüre wurde in der Region Berlin-Brandenburg gezielt eingeladen. Auf einer Veranstaltung im Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe fand im Zusammenhang damit eine Diskussion des Umsetzungsprozesses statt, bei der sich Mitglieder der Gender-Steuerungsgruppe den interessierten Fragen der Gäste stellten.

### Website

Nach einem neuen Konzept zur Umstrukturierung und Erweiterung des Internetauftritts wurden einzelne Seiten ausgebaut, neue Seiten eingefügt. Die Website wird ständig aktualisiert und ist ein wichtiges Medium zur Information über den AdB und zur externen und internen Kommunikation geworden. Zu den Änderungen gehörte auch die Überarbeitung und Erweiterung der den Mitgliedern vorbehaltenen internen Seiten, beispielsweise durch die von der Kommission Verwaltung und Finanzen entwickelten Arbeitshilfen – ein Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist.

## Mitwirkung in bundeszentralen Gremien

### Bundesausschuss Politische Bildung

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) ist eine Arbeitsgemeinschaft von selbständigen und eigenverantwortlichen, auf Bundesebene tätigen Trägern außerschulischer politischer Bildung bzw. von deren Zusammenschlüssen in der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde 1966 auf Initiative des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten, der bis heute die Geschäftsführung des Zusammenschlusses wahrnimmt, als „Arbeitsausschuss für Politische Bildung“ gegründet. Im Jahr 2006 gehörten ihm 29 Organisationen und Institutionen unterschiedlicher Wertorientierung an. Ihr gemeinsames Ziel ist die Weiterentwicklung und Qualifizierung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation sowie die Vertretung des Bildungsbereichs gegenüber Parlament, Ministerien, Behörden und anderen Organisationen der Weiterbildung und der Öffentlichkeit.

Die Mitgliederversammlung des bap tagt in der Regel zwei Mal jährlich. An den Sitzungen nehmen Vertreterinnen und Vertreter der kooperierenden, mit politischer Bildung im engeren und weiteren Sinn befassten Bundesbehörden und Ministerien teil. Der Bundesausschuss richtet nach Bedarf Arbeitsgruppen ein, die sich mit unterschiedlichen Aspekten der gemeinsamen Arbeit befassen und dem Vorstand und der Mitgliederversammlung zurarbeiten.

In der Mitgliederversammlung des bap am 27.04.06 in der Andreas-Hermes-Akademie in Bonn informierte Prof. Dr. Klaus Alheim die Anwesenden über die von ihm 2004/2005 in Nordrhein-Westfalen durchgeführte Studie zu „Wirklichkeit und Wirkung politischer Erwachsenenbildung“, die er nach eigenem Bekunden mit Skepsis begonnen und mit der Überzeugung beendet habe, dass es sich um ein Erfolgsmodell handle, das allerdings wegen zunehmender Finanzierungsprobleme vor allem durch Kürzungen der öffentlichen Förderung gefährdet sei. Als bemerkenswert hob Prof. Alheim die Pluralität und Vielfalt der angebotenen Inhalte hervor, die sich auf der einen Seite durch Aktualität, auf der anderen durch Widerständigkeit gegen den Zeitgeist auszeichneten, und das Reflexionsniveau der in den untersuchten Einrichtungen tätigen Pädagog/-innen. Zur Wirkung der politischen Bildungsarbeit konstatierte er, dass sie nicht exakt zu messen und pädagogisch kaum zu planen – biographisch aber deutlich festzustellen sei.

Zweiter Schwerpunkt der Sitzung war die Erörterung der Effektivität und Zukunftsfähigkeit des Bundesausschusses

Politische Bildung selbst, der mit seiner bislang fehlenden Rechtsfähigkeit und ausschließlich ehrenamtlichen Struktur nur ungenügend auf die Reduzierung der öffentlichen Zuwendungen und der darin zum Ausdruck kommenden mangelnden Wertschätzung der außerschulischen politischen Bildung reagieren kann. Nach Beleuchtung der unterschiedlichen Facetten der aktuellen Situation und der Analyse von Ursachen wurde eine Arbeitsgruppe zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema gebildet, die in Folge zwei Mal tagte.

Parallel zur Diskussion der Struktur-AG setzt sich eine zweite Arbeitsgruppe des bap, die anlässlich der Evaluationen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gebildet worden war, mit grundsätzlichen Fragen der Inhalte politischer Bildung, der Professionalität der Akteure, der Praxisforschung, der Validierung des nicht-formalen und informellen Lernens, der Ausgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit u.a. auseinander.

Die bis dato erzielten Ergebnisse beider Gruppen wurden in der Mitgliederversammlung am 07.11.2006 in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn vorgetragen und beraten.

Die Struktur-AG, in der in erster Linie der Vorstand und die Geschäftsführung vertreten waren, rekapitulierte zunächst die Leistungen, die der bap für seine Mitglieder zu erbringen in der Lage ist. Der Vorsitzende trug dann im Folgenden die Schlussfolgerungen der Gruppe vor. Da die Bemühungen um Förderung für eine hauptamtliche Geschäftsstelle bislang ergebnislos blieben, wurde zunächst zur Verteilung der Arbeit auf mehr Schultern an eine Erweiterung des Vorstands von drei auf fünf Personen gedacht. Die Überlegungen zu einer Vereinsgründung wurden als spätere Option vertagt, hingegen der Vorschlag unterbreitet, das bisher in inhaltlichen Fragen geltende Einstimmigkeitsprinzip des bap durch eine Quorumsregelung abzulösen. Außerdem soll die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesausschusses intensiviert werden.

Die Anregungen der Arbeitsgruppe „Grundsatzfragen“ des bap ergänzen diese Überlegungen. So wurden die Herausgabe eines Jahrbuchs der politischen Bildung vorgeschlagen, das unter wechselnden thematischen Schwerpunkten ein Schaufenster politischer Bildung öffnen solle, und die Stiftung eines Preises zur politischen Bildung oder politischen Kultur. Weitere Diskussionsschwerpunkte der Gruppe bildeten die Auseinandersetzung mit der Profession politische Bildung und die Verbesserung der Praxisforschung.

Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt bildete das Referat von Dr. Susanne Kraft, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung, über „Qualifikationsrahmen und Qualifikationsstandards für Weiterbildner/-innen“, das von den bap-Mitgliedern intensiv diskutiert wurde.

Ergänzt wurden die Beratungen in beiden Mitgliederversammlungen durch die Berichte der Vertreter/-innen der kooperierenden Ministerien und Behörden über bildungs- und förderungspolitische Entwicklungen ihrer Ressorts, Informationen aus den Mitgliedsorganisationen und über Außenvertretungen sowie die Planung der vom bap herausgegebenen Zeitschrift „Praxis Politische Bildung“.

Am Ende der Novembersitzung verabschiedete sich die langjährige Geschäftsführerin des bap, Mechthild Merfeld, wegen ihres bevorstehenden Ruhestands von den Mitgliedern des Bundesausschusses.

## GEMINI

Die Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie einige Tutor/-innen der Mitgliedsverbände des bap, die im Programm Politische Bildung des Kinder- und Jugendplans des Bundes gefördert werden, arbeiten in der GEMINI zusammen. Es sind dies

- die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (aksb)
- der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB)
- der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AuL)
- der Deutsche Volkshochschul-Verband (DVV)
- die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung und
- der Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum

Die GEMINI tagte 2006 in Bonn, Wuppertal und Berlin insgesamt vier Mal.

Die wichtigsten Beratungsgegenstände waren

- die Begleitung und Auswertung des gemeinsamen Projekts „Politik und Partizipation in der Ganztagschule“, das von Dr. Helle Becker geleitet, von der Stiftung Deutsche Jugendmarke gefördert und mit der Tagung am 13./14.11.2006 in Bonn zum vorläufigen Abschluss gebracht wurde,
- die Erarbeitung und Abstimmung eines Konzepts zur gemeinsamen Mitwirkung der GEMINI-Verbände am neuen „Beteiligungsprojekt“, das von 2007-2009 unter der Federführung des BMFSFJ, der bpb und des DBJR durchgeführt werden soll,
- die Auseinandersetzung mit dem Nachfolgeprogramm von entimon „Vielfalt, Toleranz, Demokratie“ und anderen jugendpolitischen Entwicklungen auf Bundesebene und im Bereich der bilateralen und europäischen Zusammenarbeit,
- die Berichte der von der GEMINI/bap benannten Vertreter/-innen in Gremien auf Bundes-, bilateraler oder europäischer Ebene,
- die Erarbeitung einer gemeinsamen Position zu den Anforderungen der neuen ANBestP, die bislang für End-

empfänger von KJP-Mitteln hinsichtlich der Beleglisten nicht geltend gemacht werden, strukturell aber auch der Festbetragsförderung des Kinder- und Jugendplans des Bundes nicht kongruent sind,

- die Vor- und Nachbereitung der Sitzungen der programmspezifischen Arbeitsgruppe.

Am 06. November 2006 führte die GEMINI ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, in Berlin über allgemeine jugendpolitische Fragen, die Weiterentwicklung des Kinder- und Jugendplans des Bundes, eine wirkungsvollere öffentliche Darstellung der Leistungen der vom BMFSFJ geförderten Jugendarbeit und Jugendbildung und Fragen der Beteiligung von Trägern an der Gestaltung von Programmen und politischen Schwerpunktsetzungen.

## Programmspezifische Arbeitsgruppe im BMFSFJ

Die Programmspezifische Arbeitsgruppe setzt sich aus den GEMINI-Verbänden und dem zuständigen Fachreferat (Ref. 521) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammen. Sie wird vom BMFSFJ einberufen und dient gemäß den KJP-Richtlinien der kontinuierlichen Zusammenarbeit bei der Gestaltung und Weiterentwicklung einzelner Programme, der Erörterung programmübergreifender Fragen und der zeit- und sachgerechten Durchführung der KJP-Richtlinien.

In den beiden Sitzungen im Februar und August in Bonn und Berlin wurden die auch in der GEMINI erörterten Fragen und Probleme behandelt, wie die Entwicklung der KJP-Förderung, die Bewirtschaftungsaufgaben für Zuwendungen durch den BRH, die neuen ANBestP, die für 2006 gesetzten inhaltlichen Schwerpunkte des BMFSFJ im Jugendbereich, das neue „Beteiligungsprojekt“ in Nachfolge von „Projekt P“, das geplante Nachfolgeprogramm von „Jugend für Toleranz und Demokratie“ sowie die Nichtberücksichtigung der von der GEMINI für die Mitwirkung im Bundesjugendkuratorium vorgeschlagenen Vertreter/-innen der politischen Jugendbildung.

## Programmübergreifende Arbeitsgruppe im BMFSFJ

Die Programmübergreifende Arbeitsgruppe hat gemäß dem Kinder- und Jugendplan des Bundes die Aufgabe, den KJP weiterzuentwickeln und ggf. bei Anhörung durch das BMFSFJ Position zur Frage der Förderungsfähigkeit von Zuwendungsempfängern zu beziehen. Sie setzt sich aus leitenden Mitarbeiter/-innen des Ministeriums und aus Vertreter/-innen der Programmspezifischen Arbeitsgruppe zu-

sammen. Die politische Bildung wird durch Theo W. Länge (BAK Arbeit und Leben) vertreten.

Nach der Regierungsbildung fand erst eine Sitzung der PÜAG I am 23.05.2006 statt. Die bisherige Formation II der Arbeitsgruppe wurde abgeschafft. Es wurde noch nicht offenkundig, ob die Beratungen der Vorjahre wieder aufgegriffen werden.

---

## Kooperationen und Mitgliedschaften in Gremien

---

- Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ): Mitgliederversammlung und Vorstand, Fachausschuss Jugend, Bildung, Beruf: Boris Brokmeier
- Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien in Nordrhein-Westfalen (ABA): Jutta Richter u. Dr. Eberhard Pies
- Beirat der Internationalen Jugendbegegnungsstätte (IJBS) der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung: Ulrich Ballhausen (vom bap benannt)
- Beirat des Deutsch-Französischen Jugendwerks: Mechthild Merfeld, ordentliches Mitglied (für bap)
- Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik: Britta Duckwitz
- Deutsche Gesellschaft für wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium e.V. (DGWF): Ingeborg Pistohl
- Deutscher Begleitausschuss des Europäischen Jahrs der Demokratieerziehung (EYCE): Mechthild Merfeld (für bap)
- Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE): Mitgliederversammlung und Verwaltungsrat: Dr. Paul Ciupke  
Statistikprojekt: Bernd Vaupel
- Deutsch-Polnischer Jugendrat: Dr. Hannelore Chiout (für bap)
- Europäischer Verband für Erwachsenenbildung (EAEA): Dr. Hannelore Chiout
- Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe (HdJ):  
Stellv. Vorsitzende, Geschäftsführender Ausschuss und MV: Mechthild Merfeld  
MV: Sabine Mertin (Kassenprüferin) und Elke Buntrock
- Internationaler Jugendaustausch- und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland (IJAB): Mechthild Merfeld
- Pressenetzwerk für Jugendthemen (PNJ): Ingeborg Pistohl
- Konzertierte Aktion Weiterbildung (KAW): Mechthild Merfeld
- Netzwerk Europäische Bewegung: Mechthild Merfeld
- Runder Tisch der Bundeszentrale für politische Bildung: Mechthild Merfeld und direkt berufene Mitglieder aus dem AdB
- VBLU-Mitgliederversammlung: Sabine Mertin

---

## Gender Mainstreaming

---

Sitzungen der Steuerungsgruppe: 24.04.2006 in Berlin  
16.10.2006 in Berlin

Die April-Sitzung wurde zur Präsentation der Gender-Broschüre des AdB genutzt. Etwa 20 Fachkräfte aus der Jugend- und Bildungsarbeit nahmen an der Veranstaltung teil, die u.a. ein Podiumsgespräch mit Mitgliedern der Steuerungsgruppe beinhaltete.

Die Herbstsitzung widmete sich den Perspektiven von Gender Mainstreaming im Verband. Neben einer Bestandsaufnahme der bisherigen Aktivitäten in den Kommissionen wurden weitere Schritte diskutiert. Mit den Absolvent/-innen aus dem AdB des überverbandlichen Projekts „Gender-Qualifizierung für die Bildungsarbeit (GeQuaB)“ soll im kommenden Jahr ein Workshop zur gendergerechten Bildungsarbeit im Verband stattfinden. Das Modellprojekt ist beim Forschungsinstitut Arbeit Bildung Partizipation e.V., Institut an der Ruhr-Universität Bochum, angesiedelt mit den Partnern AdB, Arbeit und Leben, Deutscher Volkshochschul-Verband und ver.di.





# Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die von der Mitgliederversammlung im Dezember 2005 beschlossene und von Vorstand und Geschäftsstelle des AdB operationalisierte Jahresplanung für 2006 wurde in allen Bereichen der Verbandsarbeit mit einigen Änderungen umgesetzt und erfolgreich realisiert.

Entscheidende Voraussetzung dafür war die Fortsetzung der Förderung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten als einem der bundeszentralen Träger und Teil der bundeszentralen Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das BMFSFJ gewährte die vertraglich vereinbarte Projektförderung aus dem KJP für die Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des AdB. Die Mitglieder trugen ihr Teil mit den nach Umsatz gestaffelten Mitgliedsbeiträgen bei. So konnten wieder einige zusätzliche Vorhaben, wie z.B. das Qualitätssicherungsprojekt in der Jugendbildung, fortgesetzt, ein Intranetprojekt im Programm Jugendbildung etabliert und die für die Erfüllung der Aufgaben erforderliche Personalkapazität in der Geschäftsstelle beibehalten werden.

Die geänderte Projektförderung für die Jugendbildung aus Mitteln des KJP, die der AdB im Zentralstellenverfahren weiterleitet und die sich seit 2005 aus Personalkostenförderung, Honorarkostenzuschüssen und Seminarförderung zusammensetzt, hat sich mittlerweile eingespielt, obwohl sie mit erheblichem zusätzlichem Verwaltungsaufwand sowohl beim AdB wie bei den Mitgliedseinrichtungen verbunden ist. Wegen der Reduzierung des Förderbetrags konnten auch einige Einrichtungen bedauerlicherweise die Stellenförderung nicht mehr in Anspruch nehmen, weil sie den gewachsenen Anteil der Eigenleistung nicht mehr zusichern konnten. Dennoch wurde vom Verband und seinen Mitgliedern begrüßt, dass die zwischen dem BMFSFJ und den Trägern der politischen Jugendbildung gefundene Lösung überhaupt eine Fortsetzung der Personalkostenförderung ermöglicht.

Zur Erleichterung der komplizierter gewordenen Antragstellung und Abrechnung der KJP-Mittel für die Mitgliedseinrichtungen wurden mehrfach in Veranstaltungen der Jugendbildungsreferent/-innen Informations- und Beratungseinheiten eingeschoben und den Verwaltungsmitarbeiter/-innen der Mitgliedseinrichtungen Unterstützung angeboten. Auch die Projektförderung im Rahmen des Sonderprogramms entimon blieb sehr verwaltungsaufwendig. Dennoch funktionierte das Zentralstellenverfahren in

beiden Fällen letztlich gut; die Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsamt und der gsub verlief erfreulich.

Auch die bilateralen und internationalen Fachkräfte- und Hospitationsprogramme des AdB wurden seitens des BMFSFJ und des BVA weiter unterstützt. Allerdings machen sich hier ebenfalls zunehmend finanzielle Einschränkungen bemerkbar und es steigt der Verwaltungsaufwand.

Die inhaltliche Kooperation mit dem BMFSFJ gestaltete sich dank vieler Gespräche auf verschiedenen Ebenen – vor allem in der Programmspezifischen Arbeitsgruppe mit dem zuständigen Fachreferat – vertrauensvoll und in gutem Einvernehmen.

Die Gespräche des Runden Tisches haben sich weiter positiv auf die Zusammenarbeit zwischen der Bundeszentrale für politische Bildung und den von ihr geförderten freien Trägern der politischen Bildung ausgewirkt. So wurde beispielsweise durch die Zusammenarbeit in einer Arbeitsgruppe ein vereinfachtes Verfahren der Selbstevaluation vorbereitet, das im Jahr 2007 erprobt und in Zukunft jährlich durchgeführt werden wird.

In Einzelfragen gibt es dennoch weiterhin unterschiedliche Beurteilungen – z.B. in der Einschätzung von Sonderprogrammen und Eigenaktivitäten der staatlichen Stellen oder bei der konkreten Ausgestaltung der Zusammenarbeit.

Dessen ungeachtet tragen die Bedingungen auf der Bundesebene zur Stabilität der Verbandsarbeit bei und versetzen den AdB weiterhin in die Lage, durch seine bundesweite Vernetzung und Kooperation, seine Fachdiskussionen, durch Planung, Steuerung und Evaluation der Bildungsarbeit, Beratung und Qualifizierung der Fachkräfte seiner Mitgliedseinrichtungen und durch seine internationalen Aktivitäten seinen Beitrag zur Weiterentwicklung von Theorie und Praxis der politischen Bildungsarbeit zu leisten und sich auch im europäischen Kontext zunehmend zu Wort zu melden.

Die Auswirkungen der Finanzprobleme der Bundesländer auf die Lage und Perspektiven der Mitgliedseinrichtungen des AdB bereiten demgegenüber weiter größte Sorgen. Fast überall setzt sich der Trend fort, bestehende Leistungsgesetze und andere Fördergrundlagen für außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung weiter zum Schlechteren für die freien Träger zu revidieren, Anforderungen zu erhö-

hen und Zuwendungen einzuschränken. Ohne eine ausreichende Grundsicherung der Bildungsstätten und Bildungswerke sind aber die qualifizierte Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und sein Überleben infrage gestellt. Auf der Basis punktueller Projektförderungen kann er nicht erhalten werden. Der AdB wird deshalb erneut und verstärkt die Frage der öffentlichen Verantwortung für die politische Bildung und die politische Kultur auf seine Tagesordnung setzen und sich für die Umkehrung der negativen Tendenzen einsetzen.

Beiträge:

Boris Brokmeier  
Dr. Hannelore Chiout  
Mechthild Merfeld  
Ingeborg Pistohl  
Peter Ogrzall

Berlin, Mai 2007

# Anhang 1

Anschriftenverzeichnis der Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten . . . . .	34
Der Vorstand . . . . .	46
Redaktionsbeirat der „Außerschulischen Bildung“ . . . . .	46
Die Fachkommissionen . . . . .	47
Steuerungsgruppe Gender Mainstreaming . . . . .	49
Jugendbildungsreferentinnen und Jugendbildungsreferenten . . . . .	49
Die Geschäftsstelle . . . . .	50

# Anschriftenverzeichnis

## der Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V. Stand: 20. November 2006

### Baden-Württemberg

**Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e.V.**  
Peter Wald  
Im Wengertacker 11, 72138 Kirchentellinsfurt  
Telefon: 07121-600261, Fax: 07121-601662  
asgpolbi@aol.com  
www.asgpolbi.de

**Institut für politische Bildung  
Baden-Württemberg e.V. – Studienhaus Wiesneck –**  
Dr. Dieter von Schrötter  
Wiesneckstraße 6, 79256 Buchenbach b. Freiburg  
Telefon: 07661-98750, Fax: 07661-987599  
dvs@wiesneck.de  
www.wiesneck.de

**Internationales Forum Burg Liebenzell**  
Manfred Hübscher  
Postfach 1228, 75375 Bad Liebenzell  
Telefon: 07052-9245-0, Fax: 07052-924518  
Info@InternationalesForum.de  
www.InternationalesForum.de

**Landesakademie für Jugendbildung**  
**Jugendbildungsstätte Johannes Kepler**  
Knut-Alexander Hirnschall  
Malersbuckel 8-10, 71263 Weil der Stadt  
Telefon: 07033-5269-0, Fax: 07033-5269-100  
info@Jugendbildung.org  
www.Jugendbildung.org

### Bayern

**Akademie Frankenwarte**  
**Gesellschaft für Politische Bildung e.V.**  
Georg Rosenthal  
Leutfresserweg 81-83, 97082 Würzburg  
Postfach 55 80, 97005 Würzburg  
Telefon: 0931-804640, Fax: 0931-8046477  
info@frankenwarte.de  
www.frankenwarte.de

„Der Heiligenhof“  
**Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk e.V.**  
Werner Gustav Binder  
Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen  
Telefon: 0971-7147-0, Fax: 0971-7147-47  
studienleiter@heiligenhof.de  
www.heiligenhof.de

**Europäische Akademie Bayern e.V.**  
Michael Jörger  
Hirtenstraße 16, 80335 München  
Telefon: 089-549141-0, Fax: 089-549141-9  
info@europaeische-akademie.de  
www.europaeische-akademie.de

**Franken-Akademie Schloss Schney e.V.**  
**Geschäftsstelle:** Walter Engelhardt  
Friedrich-Puchta-Straße 15, 95444 Bayreuth  
Telefon: 0921-23066, Fax: 0921-83930  
faschney@t-online.de  
www.franken-akademie.de  
**Bildungsstätte:** Schloss Schney, Lichtenfels  
Schlossplatz 8, 96215 Lichtenfels  
Telefon: 09571-9750-0, Fax: 09571-9750-25

**Georg-von-Vollmar-Akademie**  
Hedda Jungfer  
Am Aspensteinbichl 9, 82431 Kochel am See  
Telefon: 08851-780, Fax: 08851-7823  
Verwaltungssitz: Landwehrstraße 37/1, 80336 München  
Telefon: 089-595223, Fax: 089-5503849  
vollmar@fes.de  
www.vollmar-akademie.de

**Hanns-Seidel-Stiftung e.V.**  
Helmuth Stock  
Lazarettstraße 33, 80636 München  
Telefon: 089-1258-231, Fax: 089-1258-338  
stock@hss.de  
www.hanns-seidel-stiftung.de  
**Bildungszentrum Wildbad Kreuth  
der Hanns-Seidel-Stiftung**  
83708 Wildbad Kreuth  
Telefon: 08029-170, Fax: 08029-1734

**Bildungszentrum Kloster Banz  
der Hanns-Seidel-Stiftung**  
96231 Bad Staffelstein  
Telefon: 09573-3370, Telefax: 09573-33733

**Haus Buchenried** der Münchner Volkshochschule\*)  
Michael Schanz  
Assenbucherstr. 45, 82335 Berg-Leoni  
Telefon: 08151-9620-0, Fax: 08151-9620-10  
info@buchenried.de  
www.buchenried.de

**Institut für Jugendarbeit**  
Albert Fußmann  
Germeringer Straße 30, 82131 Gauting  
Telefon: 089-893233-0, Fax: 089-893233-77  
info@institutgauting.de  
www.institutgauting.de

**Jugendgästehaus Dachau – Pädagogischer Bereich**  
Barbara Thimm  
Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau  
Telefon: 08131-61771-2, Fax: 08131-61771-9  
thimm@jgh-dachau.de

**Kritische Akademie Inzell**  
Wilfried Heß  
Salinenweg 45, 83334 Inzell/Obb.  
Telefon: 08665-980-200, Fax: 08665-980-555  
hess@Kritische-Akademie.de  
www.Kritische-Akademie.de

**SAMBACHSHOF**  
vhs-Bildungszentrum  
Ulrich Rümenapp  
97631 Bad Königshofen  
Telefon: 09761-771, Fax: 09761-6147  
info@sambachshof.de  
www.sambachshof.de

## Berlin

**Anne Frank Zentrum**  
Thomas Heppener  
Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin  
Telefon: 030-2888656-00, Fax: 030-2888656-01  
Heppener@annefrank.de  
www.annefrank.de

**Europäische Akademie Berlin e.V.**  
Prof. Dr. Eckart D. Stratenschulte  
Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin (Grunewald)  
Telefon: 030-895951-0, Fax: 030-895951-95  
eab@eab-berlin.de  
www.eab-berlin.de

**Jugendbildungsstätte Kaubstraße e.V.  
c/o Alte Feuerwache e.V.**  
Peter Ogrzall  
Axel-Springer-Str. 40/41, 10969 Berlin  
Telefon: 030-25399211, Fax: 030-2514335  
peterogrzall@alte-feuerwache.de  
www.Alte-Feuerwache.de

**Jugendbildungsstätte**  
Kaubstr. 9-10, 10713 Berlin  
Telefon: 030-8619359, Fax: 030-8616249  
info@kaubstrasse.de  
www.kaubstrasse.de

**Ost-West-Europäisches FrauenNetzwerk OWEN e.V.**  
Dr. Marina Grasse  
Anklamer Str. 38, 10115 Berlin  
Telefon: 030-2808541, -283225-1, Fax: 030-283225-2  
mail@owen-berlin.de  
www.owen-frauennetzwerk.de

**Seminar-Forum in Berlin**  
**Begegnungs- und Bildungsstätte für Gesellschaft und  
Politik** Gemeinnützige GmbH  
Blandine Lutz  
Franz-Mett-Str. 3-9, 10319 Berlin  
Telefon: 030-510986-46, Fax: 030-510986-57  
seminar-forum-berlin@t-online.de  
www.seminar-forum-inberlin.com

**Sozialpädagogische Fortbildungsstätte  
Jagdschloß Glienicke**  
Rosy Peisker  
Königstr. 36 B, 14109 Berlin  
Telefon: 030-48481-0, -309, Fax: 030-48481-313  
Rosy.Peisker@fobiglienicke.verwalt-berlin.de  
www.senbjs.berlin.de/fobiglienicke

**wannseeFORUM/Wannseeheim für Jugendarbeit e.V.**  
Gabriele Naundorf  
Hohenzollernstraße 14, 14109 Berlin  
Telefon: 030-806800, Fax: 030-8068088  
wsf@wannseeforum.de  
www.wannseeforum.de

## Brandenburg

**Bildung – Begegnung – Zeitgeschehen Bernau e.V.**  
**Verein für politische Bildung und Kommunikation**  
Dr. Birgit Schädlich  
Breitscheidstraße 41, 16321 Bernau  
Telefon: 03338-763270, Fax: 01212-6-229237628  
bbz-bernaue@web.de  
www.bbz-bernaue.de

HochDrei e.V.

**Bilden und Begegnen in Brandenburg**

Birgit Weidemann

Büroadresse: Schulstr. 9, 14482 Potsdam

Telefon: 0331-5813-244, Fax: 0331-5813-223

info@hochdrei.org, www.hochdrei.org

**Seminar- und Gästehaus Am Bassin**

Brandenburger Str. 37, 14467 Potsdam

**Seminar- und Gästehaus Hochland**

Gutenbergstr. 78, 14467 Potsdam

Kontakt für beide Häuser:

Telefon: 0331-5813-222 od. 27008-35,

Fax: 0331-5813-223 od. 27008-36

info@hochdrei.org, www.hochland.de

**Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.**

**Haus der außerschulischen Jugendbildung**

Thomas Gill

Freienwalder Allee 8-10,

16356 Werneuchen OT Werftpfuhl

Telefon: 033398-899911, Fax: 033398-899913

info@kurt-loewenstein.de, gill@kurt-loewenstein.de

www.kurt-loewenstein.de

**Jugendbildungszentrum Blossin e.V.\*)**

Ralph Meisel

Waldweg 10, 15754 Blossin

Telefon: 033767-75-0, Fax: 033767-75-100

r.meisel@blossin.de

www.blossin.de

**Villa Fohrde**

**Bildungs- und Kulturhaus e.V.**

Werner Bövingloh

August-Bebel-Straße 42, 14798 Havelsee OT Fohrde

Telefon: 033834-50282, Fax: 033834-51879

villa-fohrde@gmx.de

www.villa-fohrde.de

## Bremen

**Jugendbildungsstätte Bremen**

**LidiceHaus gGmbH**

Andrea Müller

Auf dem Hohen Ufer 118/122, 28759 Bremen

Telefon: 0421-69272-0, Dw.: -13, Fax: 0421-69272-16

lidice@jugendinfo.de

www.lidicehaus.de

**Wirtschafts- und Sozialakademie der**

**Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH**

Geschäftsstelle: Dölvesstr. 8, 28207 Bremen

Telefon: 0421-44999-45, Fax: 0421-44999-30

t.jahns@wisoak.de

www.wisoak.de

**Bildungs- und Freizeitstätte**

**der Wirtschafts- und Sozialakademie**

**der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH**

Gudrun Afken

Zum Rosenteich 26, 26160 Bad Zwischenahn

Telefon: 04403-9240, Fax: 04403-58895

bildungsstaette@wisoak.de

www.bildungsstaette-badzwischenahn.de

## Hamburg

**Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e.V. Hamburg**

– **Haus Rissen Hamburg** –

Dr. Peter Robejsek

Rissener Landstraße 193, 22559 Hamburg

Telefon: 040-81907-0, Fax: 040-81907-59

mail@hausrissen.org

www.hausrissen.org

## Hessen

**Bildungsstätte Alte Schule Anspach e.V.**

Dr. Ruth Schneider

Schulstraße 3, 61267 Neu-Anspach (Taunus)

Telefon: 06081-44968-72, Fax: 06081-960083

ruth.schneider@basa.de

info@basa.de

www.basa.de

**Hessische Heimvolkshochschule Burg Fürsteneck**

Günter Schmuck

Am Schlossgarten 3, 36132 Eiterfeld

Telefon: 06672-9202-0, Fax: 06672-920230

Bildung@burg-fuersteneck.de

www.burg-fuersteneck.de

## Mecklenburg-Vorpommern

**Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur**

**in Mecklenburg-Vorpommern e.V.**

Dr. Wolfgang Donner

Geschäftsstelle: Mecklenburgstraße 59, 19053 Schwerin

Telefon: 0385-555709-0, Fax: 0385-555709-13

wolfgangdonner@t-online.de

sekretariat@akademie-schwerin.de

**Politische Memoriale e.V.**

Prof. Dr. Matthias Pfüller

Severinstraße 6, 19053 Schwerin

Telefon: 0385-758731-1/2, Fax: 0385-758731-3

info@polmem-mv.de

www.polmem-mv.de

## Niedersachsen

### ABC Bildungs- und Tagungszentrum

Ina Meier  
Bauernreihe 1, 21706 Drochtersen-Hüll  
Telefon: 04775-529, Fax: 04775-695  
abc-huell@t-online.de  
www.abc-huell.de

### Bewegungsakademie e.V.

Rasmus Grobe  
Artilleriestr. 6, 27283 Verden  
Telefon: 04231-957-595, Fax: 04231-957-400  
grobe@bewegungsakademie.de  
www.bewegungsakademie.de

### Bildungshaus Zeppelin

– Heimvolkshochschule Goslar e.V. –  
Inge-Marie Lins  
Zeppelinstraße 7, 38640 Goslar  
Telefon: 05321-3411-0, Fax: 05321-3411-50  
info@bildungshaus-zeppelin.de  
www.bildungshaus-zeppelin.de

### Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Görde e.V.

Wolfgang Pauls  
21369 Nahrendorf-Breese  
Telefon: 05855-545, Fax: 05855-390  
wolfgangpauls@gmx.net

### Europahaus Aurich

Anna Alberts  
Von-Jhering-Straße 33, 26603 Aurich/Ostfr.  
Telefon: 04941-9527-0, Fax: 04941-952727  
info@europahaus-aurich.de  
www.europahaus-aurich.de

### Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e.V. Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen

Bodo Fröhlich  
Klosterweg 4, 29549 Bad Bevensen  
Telefon: 05821-955-0, Fax: 05821-955-299  
bodo.froehlich@gsi-bevensen.de  
www.gsi-bevensen.org

### Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e.V.

Dr. Thomas Südbeck  
Spillmannsweg 30, 26871 Papenburg  
Telefon: 04961-9788-0, Fax: 04961-9788-44  
info@hoeb.de  
www.hoeb.de

### Internationales Haus Sonnenberg Sonnenberg-Kreis e.V.

Reimund Berger  
Clausthaler Straße 11, 37444 St. Andreasberg/Harz  
Telefon: 05582-944-0, Fax: 05582-944-100, 05322-3620  
info@sonnenberg-international.de  
www.sonnenberg-international.de

### Jugendbildungsstätte Emlichheim

Maria Boulahlib  
Am Grenzlandheim 1-5, 49824 Emlichheim  
Postfach 1220, 49821 Emlichheim  
Telefon: 05943-93910, Fax: 05943-1019  
kontakt@bildungsstaette.com, www.bildungsstaette.com

### Jugendbildungsstätte Juist Theodor Wuppermann e.V.

Jörg Bohn  
Flugplatzstraße 31, 26571 Nordseeheilbad Juist  
Telefon: 04935-213, Fax: 04935-1292  
bohn@jubi-juist.de, www.jubi-juist.de

### Jugendhof Steinkimmen e.V.

Am Jugendhof 35, 27777 Ganderkesee  
Telefon: 04222-4080, Fax: 04222-40839  
gad@jugendhof-steinkimmen.de  
www.jugendhofsteinkimmen.de

### Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt Bundesgeschäftsstelle

Angela Halberstadt  
Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover  
Telefon: 0511-53014-22, Fax: 0511-53014-44  
a.halberstadt@kircheundgesellschaft.de  
www.kda-ekd.de

### Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring e.V.

Wolfgang Borchardt  
Rauschenwasser 78, 37120 Bovenden-Eddigehausen  
Telefon: 05594-9506-0, Fax: 05594-9506-50  
info@mariaspring.de  
www.mariaspring.de

### Ostheim e.V.

#### Jugendbildungsstätte und Tagungsheim

Ralph Ullrich Winkler  
Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont  
Telefon: 05281-9361-0, Fax: 05281-9361-11  
info@ostheim-pyrmont.de  
www.ostheim-pyrmont.de

### Politische Bildungsstätte Helmstedt e.V.

Dr. Heinrich Heiter  
Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt  
Telefon: 05351-5851-0, Fax: 05351-5851-30  
info@pbh-hvhs.de  
www.pbh-hvhs.de

Tagungshaus Bredbeck  
Bildungsstätte des Landkreises Osterholz  
Frank Bobran  
An der Wassermühle 30, 27711 Osterholz-Scharmbeck  
Telefon: 04791-9618-0, Fax: 04791-961813  
info@bredbeck.de, www.bredbeck.de

## Nordrhein-Westfalen

**Akademie Biggese**  
– Seminar für Staatsbürgerkunde e.V. –  
Jochen Voß  
Ewiger Straße 7-9, 57439 Attendorn  
Telefon: 02722-709-0, Fax: 02722-709453  
info@akademie-biggesee.de  
www.akademie-biggesee.de

**AKE Bildungswerk**  
Arbeitskreis entwicklungspolitisches Bildungswerk e.V.  
Gerhart Schöll  
Südfeldstr. 4, 32602 Vlotho  
Telefon: 05733-95737 u. 95738, Fax: 05733-18154  
info@ake-bildungswerk.de  
www.ake-bildungswerk.de

**aktuelles forum nrw e.V.**  
Jutta Richter  
Hohenstauferallee 1-5, 45888 Gelsenkirchen  
Telefon: 0209-15510-0, Fax: 0209-15510-29  
j.richter@aktuelles-forum.de  
www.aktuelles-forum.de

**Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK)**  
Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.  
Dr. Eberhard Pies  
Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter  
Telefon: 02223-730, Fax: 02223-73111 oder 73601  
info@azk.de bzw. StiftungCSP@azk.de  
www.azk.de

**Auslandsgesellschaft Nordrhein-Westfalen e.V.**  
Peter I. Sowa  
Steinstr. 48, 44147 Dortmund  
Postfach 103334, 44033 Dortmund  
Telefon: 0231-83800-0, -25/-17, Fax: 0231-83800-28, -56  
sowa@agnrw.de  
www.auslandsgesellschaft.de

**Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e.V.**  
Dr. Paul Ciupke  
Kronprinzenstraße 15, 45128 Essen  
Telefon: 0201-227982 u. 228937, Fax: 0201-235505  
buero@hu-bildungswerk.de  
paul.ciupke@hu-bildungswerk.de  
www.hu-bildungswerk.de

**Bildungswerk des Instituts für angewandte Kommunikationsforschung in der außerschulischen Bildung e.V.**  
Dr. Hendrik Otten  
Poppelsdorfer Allee 92, 53115 Bonn  
Telefon: 0228-636460, Fax: 0228-694848  
info@ikab.de  
www.ikab.de

**Bildungswerk Stenden**  
Reiner Wiedenbrück  
Neue Gesellschaft Niederrhein e.V.  
St.-Huberter-Straße 11, 47647 Kerken-Stenden  
Telefon: 02833-575-0, Fax: 02833-575-19  
Reiner.Wiedenbrueck@Bildungswerk-Stenden.de  
www.Bildungswerk-Stenden.de

**dbb akademie Bonn**  
Anke Weigend  
Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn  
Telefon: 0228-81931-20, Fax: 0228-81931-06  
a.weigend@dbbakademie.de  
www.dbbakademie.de

**dbb akademie Berlin – Büro im dbb forum berlin**  
Behrenstr. 23/24, 10117 Berlin  
Telefon: 030-408165-44, Fax: 030-408165-10

**dbb akademie Königswinter**  
– Büro im dbb forum Siebengebirge  
An der Herrenwiese 14, 53639 Königswinter (Oberpleis)  
Telefon: 02244-882-0, Fax: 02244-882-205  
info@dbb-forum-siebengebirge.de

**Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e.V.**  
Hanns Christhard Eichhorst  
Weberstr. 118, 53113 Bonn  
Telefon: 0228-949301-0, -23, Fax: 0228-949301-28  
eichhorst@europaeische-akademie-nrw.de  
www.europaeische-akademie-nrw.de

**Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.**  
Dr. Theo Mechtenberg  
Südfeldstraße 2-4, 32602 Vlotho  
Telefon: 05733-9138-0, Fax: 05733-913847  
info@gesw.de  
www.gesw.de

**Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e.V.**  
Dorothee Rieche-Wagner  
Dottendorfer Str. 86, 53129 Bonn  
Telefon: 0228-9239810, Fax: 0228-690385  
guez.dokumente@gmx.net  
www.guez-dokumente.org

**Bildungsstätte: Deutsch-Französisches Schülerheim (Bayern)**  
Halbinselstraße 74, 88142 Wasserburg am Bodensee  
Telefon: 08382-89895, Fax: 08382-89895



**Gustav-Stresemann-Institut e.V.**

Dr. Klaus Dieter Leister  
 Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn  
 Telefon: 0228-8107-0, Fax: 0228-8107-198  
 falk@gsi-bonn.de (Büro Direktor Dr. Leister)  
 www.gsi-bonn.de

**Heimvolkshochschule Adam-Stegerwald-Haus  
 Christlich-soziale Bildungsstätte der Jakob-Kaiser-  
 Stiftung e.V.**

Richard Blömer  
 Hauptstr. 487/Jakob-Kaiser-Straße, 53639 Königswinter  
 Telefon: 02223-706-0, Fax: 02223-70645  
 jakob-kaiser-stiftung@t-online.de  
 www.jakobkaiser.de

**Heimvolkshochschule Alte Molkerei Frille**

Regina Rauw  
 Mitteldorf 1, 32469 Petershagen  
 Telefon: 05702-9771, Fax: 05702-2295  
 rauw@hvhs-frille.de  
 www.hvhs-frille.de

**Heimvolkshochschule Haus Neuland**

Friedel Uthe  
 Postfach 11 03 43, 33663 Bielefeld  
 Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld  
 Telefon: 05205-9126-0, Fax: 05205-9126-99  
 info@haus-neuland.de  
 www.haus-neuland.de

**Informations- und Bildungszentrum  
 Schloss Gimborn e.V.**

Klaus-Ulrich Nieder  
 Schloßstr. 10, 51709 Marienheide  
 Telefon: 02264-40433-0, Fax: 02264-3713  
 nieder@ibz-gimborn.de  
 www.ibz-gimborn.de

**Internationales Bildungs- und Begegnungswerk gGmbH**

Elke Wegener  
 Thomasstraße 1, 44135 Dortmund  
 Telefon: 0231-952096-0, Fax: 0231-521233  
 info@ibb-d.de  
 www.ibb-d.de

**Jugendbildungsstätte Welper e.V.**

Ulla Rothe  
 Rathenaustraße 59 a, 45527 Hattingen  
 Telefon: 02324-9464-0, Dw.: -59, Fax: 02324-946494  
 rothe@jubi-welper.de  
 www.jubi-welper.de

**Jugendhof Vlotho**

Heidrun Kaiser  
 Oeynhausener Straße 1, 32602 Vlotho  
 Telefon: 05733-923-0, Dw.: -320, Fax: 05733-10564  
 heidrun.kaiser@lwl.org  
 www.jugendhofvlotho.de

**Karl-Arnold-Stiftung e.V.**

Ulrike Steimann  
 Hauptstr. 487, 53639 Königswinter  
 Telefon: 02223-70060, Fax: 02223-700699  
 info@Karl-Arnold-Stiftung.de  
 www.Karl-Arnold-Stiftung.de

**Salvador-Allende-Haus****Bildungsstätte Sozialistisches Bildungszentrum Haard e.V.**

Jörg Kranke  
 Haardgrenzweg 77, 45739 Oer-Erkenschwick  
 Telefon: 02368-69065-0, Fax: 02368-69065-3  
 joerg.kranke@allende-haus.de  
 www.Allende-Haus.de

**Stätte der Begegnung e.V.****– Selbsthilfewerk für politische Bildung –**

Heide Blunk  
 Oeynhausener Straße 5, 32602 Vlotho  
 Telefon: 05733-9129-0, Fax: 05733-912915  
 info@staette.de  
 www.staette.de

**ver.di-Institut für Bildung, Medien und Kunst**

Karl-Wolfgang Seithümmer  
 Teutoburger-Wald-Straße 105, 32791 Lage-Hörste  
 Telefon: 05232-983-0, Fax: 05232-983-462  
 kalle.seithuemmer@verdi.de  
 www.imk.verdi.de

**Rheinland-Pfalz****PfalzAkademie – Bezirksverband Pfalz**

Martin Kaiser  
 Franz-Hartmann-Str. 9, 67466 Lambrecht  
 Telefon: 06325-1800-0, Fax: 06325-1800-26  
 m.kaiser@pfalzakademie.bv-pfalz.de  
 www.pfalzakademie.de

**Europa-Haus Marienberg**

Burkhardt Siebert  
 Postfach 12 04, 56464 Bad Marienberg  
 Europastraße 1, 56470 Bad Marienberg  
 Telefon: 02661-6400, Fax: 02661-640100  
 ehm@europa-haus-marienberg.de  
 www.europa-haus-marienberg.de

## Saarland

Siehe unter „Überregionale Einrichtungen“:

- Elisabeth-Selbert-Forum Saarland der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Villa Lessing - Liberale Stiftung Saar, Saarbrücken, der Friedrich-Naumann-Stiftung
- Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd der Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste
- Bildungswerk Saarbrücken der Konrad-Adenauer-Stiftung

## Sachsen

### Begegnungszentrum im Dreieck e.V.

Frank Rischer  
Zittauer Str. 17, 02747 Großhennersdorf  
Telefon: 035873-413-0, Fax: 035873-41319  
internationales@bigchicken.org  
begegnung@bigchicken.org  
www.bigchicken.org

### Haus Steinstraße e.V.

Verein für Bildung, Kultur und Kontakte  
Dr. Alexander Brock  
Steinstr. 18, 04275 Leipzig  
Telefon: 0341-3913219, Fax: 0341-3010098  
info@haus-steinstrasse.de  
www.haus-steinstrasse.de

### Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.

Dr. Christoph Meyer  
Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden  
Telefon: 0351-804022-0, Fax: 0351-804022-2  
meyer@wehnerwerk.de  
www.wehnerwerk.de

## Sachsen-Anhalt

### Jugendbildungsstätte des PARITÄTISCHEN Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Reinhard Löffler  
Kastanienallee 32, 39398 Peseckendorf  
Telefon: 039408-90-30, Fax: 039408-90-444  
jugendbildungsstaette@t-online.de  
www.Jugend-LSA.de/jugendbildungsstaette

### philoSOPHIA e.V.

philosophisch-kulturelle Jugendvereinigung  
Markus Schirmer  
Heidestr. 29, 06773 Rotta OT Gniest  
Telefon: 034921-60323, Fax: 034921-60324  
philobuero@philopage.de  
www.philopage.de

## Schleswig-Holstein

### Gustav-Heinemann-Bildungsstätte

Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e.V.  
Friedrich Büßen  
Schweizer Straße 58, 23714 Bad Malente  
Telefon: 04523-88097-0, Fax: 04523-88097-28  
info@heinemann-bildungsstaette.de  
www.heinemann-bildungsstaette.de

### Hermann-Ehlers-Akademie

Dr. Christian Zöllner  
Gurlittstraße 3, 24106 Kiel  
Telefon: 0431-3892-0, Fax: 0431-389238  
info@hermann-ehlers.de  
www.hermann-ehlers.de

### Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Hartmut Piekatz  
24972 Quern  
Telefon: 04632-8480-0, Fax: 04632-848030  
ehlers@scheersberg.de  
www.scheersberg.de

### Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis

Segeberg e.V. (VJKA) – Jugendbildungsstätte „Mühle“  
Dieter Fiesinger  
An der Trave 1/3, 23795 Bad Segeberg  
Telefon: 04551-95910, Fax: 04551-959115  
fiesinger.dieter@vjka.de  
www.vjka.de

## Thüringen

### Bildungswerk BLITZ e.V.

#### Jugendbildungsstätte Hütten

Andreas Kosmalla  
Herschorfer Str. 19, 07387 Krölpa/Hütten  
Telefon: 03647-414771, Fax: 03647-418936  
kosmalla@bildungswerk-blitz.de  
www.jugendbildungsstaette-huetten.de

#### Sitz des Vereins Bildungswerk BLITZ e.V.

Zeitgrund 6, 07646 Stadtroda  
Telefon: 036428-517-0, Fax: 036428-517-27  
www.bildungswerk-blitz.de

### Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Ulrich Ballhausen  
Jenaer Straße 2/4, 99425 Weimar  
Telefon: 03643-827-0, Fax: 03643-827-111  
kontakt@ejbweimar.de  
www.ejbweimar.de

## Mitgliedsorganisationen mit Bildungsstätten und/oder Bildungswerken in mehreren Bundesländern

### Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.

#### AWO Akademie Helene Simon

Otto C. Meyer  
Oppelner Straße 130, 53119 Bonn  
Telefon: 0228-6685-0 u.-140, Fax: 0228-6685-211  
Mey@awobu.awo.org  
www.awo.org  
mit der Einrichtung  
Haus Humboldtstein  
53424 Remagen-Rolandseck  
Telefon: 02228-9320, Fax: 02228-932100

### Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

#### Politische Akademie

Reinhard Weil  
Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Postanschrift: 53170 Bonn  
Telefon: 0228-883-319, Fax: 0228-883-695  
Reinhard.Weil@fes.de  
www.fes.de/APB-Bonn

mit der Einrichtung:

#### Kurt-Schumacher-Akademie der FES

Dr. Helmut Mörchen  
Willy-Brandt-Straße 19, 53902 Bad Münstereifel  
Telefon: 02253-9212-0, Fax: 02253-8091  
Helmut.Moerchen@fes.de muenstereifel@fes.de  
www.kurt-schumacher-akademie.de

#### Tagungszentren. Regionale Bildungsbüros und zentrale Projekte der FES:

#### Akademie für Management und Politik

Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Postanschrift: 53170 Bonn  
Telefon: 0228-883-327, Fax: 0228-883-695  
APBMail@fes.de  
www.fes.de/mup

#### JournalistenAkademie

Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Postanschrift: 53170 Bonn  
Telefon: 0228-883-325/6, Fax: 0228-883-695  
apbmail@fes.de  
www.fes.de

#### OnlineAkademie

Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Postanschrift: 53170 Bonn  
Telefon: 0228-883-218  
Peter.Hurrelbrink@fes.de www.fes-online-akademie.de  
www.argumente-gegen-rechtsextremismus.de

#### Berliner Akademiegespräche/Interkultureller Dialog

Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin  
Telefon: 030-26935-912/3, Fax: 030-26935-952  
www.fes.de/BerlinerAkademiegespraeche

#### Akademiegespräche Bonn

Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Postanschrift: 53170 Bonn  
Telefon: 0228-883-305, Fax: 0228-883-695  
www.bildungsforum21.de www.grundwerteforum21.de  
www.netzwerk-politische-bildung.de

#### BayernForum/FES

Prielmayerstraße 3, Elisenhof, 80335 München  
Telefon: 089-5155524-0, Fax: 089-5155524-4  
bayernforum@fes.de  
www.bayernforum.de

#### Fritz-Erler-Forum Stuttgart

Werastr. 24, 70182 Stuttgart  
Telefon: 0711-248394-3, Fax: 0711-248394-50  
HEDIGERE@fes.de

#### Julius-Leber-Forum

Büro für die Bundesländer Bremen,  
Hamburg und Schleswig-Holstein  
Rathausmarkt 5, 20095 Hamburg  
Telefon: 040-325874-20, Fax: 040-325874-30  
hamburg@fes.de  
www.julius-leber-forum.de

#### Regionalbüro Regensburg/FES

Richard-Wagner-Str. 5, 93055 Regensburg  
Telefon: 0941-794759, Fax 0941-795613  
Regensburg@fes.de  
www.fes.de/Regensburg

#### Abteilung Gesellschaftspolitische Information der Friedrich-Ebert-Stiftung

Hausanschrift: Godesberger Allee 149, 53175 Bonn  
Postanschrift: 53170 Bonn  
Telefon: 0228-883-316, Fax: 0228-883-491  
GPI-Info@fes.de  
www.fes.de/GPI-NRW/ www.fes.de/gpi/

**Regionalbüro Mainz, Hessen, Rheinland-Pfalz  
Elisabeth-Selbert-Forum Saarland**  
Große Bleiche 18-20, 55116 Mainz  
Telefon: 06131-96067-0, Fax: 06131-96067-66  
mainz@fes.de  
www.fes.de/Mainz/

**Landesbüro Niedersachsen**  
Rathenaustraße 16 A, 30159 Hannover  
Telefon: 0511-306-622, Fax: 0511-306-133  
hannover@fes.de  
www.fes.de/Hannover/

#### Abteilung Dialog Ostdeutschland

**Landesbüro Berlin**  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin  
Telefon: 030-26935-835, Fax: 030-26935-859  
lbbmail@fes.de  
www.fes.de/Berlin/

**Forum Berlin**  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin  
Telefon: 030-26935-827, Fax: 030-26935-857  
forumberlin@fes.de/forum  
www.fes.de/forumberlin

**Forum Politik und Gesellschaft**  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin  
Telefon: 030-26935-831/2, Fax: 030-26935-858  
Katja.Meyer@fes.de  
www.fes.de/dialogostdeutschland

**Landesbüro Brandenburg**  
Hermann-Elfleinstr. 30/31, 14467 Potsdam  
Telefon: 0331-292555, Fax: 0331-2803356  
potsdam@fes.de  
www.fes.de/potsdam/

**Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern**  
Wismarsche Str. 170, 19053 Schwerin  
Telefon: 0385-512-596/789, Fax: 0385-512-595  
Erik.Gurgsdies@fes.de  
www.fes.de/Schwerin/

**Landesbüro Sachsen-Anhalt**  
Geißlerstr. 1, 39104 Magdeburg  
Telefon: 0391-56876-0, Fax: 0391-56876-15  
MDBMail@fes.de  
www.fes.de/Magdeburg/

**Landesbüro Thüringen**  
Nonnengasse 11, 99084 Erfurt  
Telefon: 0361-59802-0, Fax: 0361-59802-10  
ERFMail@fes.de  
www.fes.de/Erfurt/

**Büro Dresden**  
Königstr. 6, 01097 Dresden  
Telefon: 0351-804680-3, Fax: 0351-804680-5  
DRNMail@fes.de  
www.fes.de/Dresden/

**Büro Leipzig**  
Burgstr. 25, 04109 Leipzig  
Telefon: 0341-960-2160/2431, Fax: 0341-960-5091  
lpzmail@fes.de  
www.fes.de/Leipzig/

**Büro Chemnitz**  
Bahnhofstr. 24, 09111 Chemnitz  
Telefon: 0371-67594-7, Fax: 0371-67594-9  
CMZMail@fes.de  
www.fes.de/Chemnitz/

## Friedrich-Naumann-Stiftung

**Regionalprogramm  
Theodor-Heuss-Akademie**  
Michael Roick  
Theodor-Heuss-Str. 26, 51645 Gummersbach  
Postanschrift: Postfach 340129, 51623 Gummersbach  
Telefon: 02261-3002-116, Fax: 0226-/300221  
Michael.Roick@fnst.org  
www.fnst.org

mit den Einrichtungen:

**Friedrich-Naumann-Stiftung**  
Waldhaus Jakob  
Eichhornstraße 84, 78464 Konstanz  
Telefon: 07531-8100-66, Fax: 07531-67496  
nagel@fnst.mhs.compuserve.com  
www.fnst.de/bildung/jakob

**Friedrich-Naumann-Stiftung**  
Büro Berlin-Brandenburg – Hauptstadtbüro  
Reinhardtstr. 14-16, 10117 Berlin  
Telefon: 030-2887784-0, Fax: 030-2887784-9  
wolfgang.schweiger@fnst.org  
www.fnst.org

**Theodor-Heuss-Akademie**  
Theodor-Heuss-Straße 26, 51645 Gummersbach  
Postadresse: Postfach 340129, 51623 Gummersbach  
Telefon: 02261-3002-0, Fax: 02261-300221  
theodor-heuss-akademie@t-online.de

Mit der FNSt zusammenarbeitende liberale Landesstiftungen:

#### **Baden-Württemberg**

##### **Reinhold-Maier-Stiftung**

Eichhornstraße 84, 78464 Konstanz  
Telefon: 07531-810066, Fax: 07531-67496

#### **Bayern**

##### **Thomas-Dehler-Stiftung**

Agnesstraße 47, 80798 München  
Telefon: 089-183184, Fax: 089-180255

#### **Brandenburg**

##### **Karl-Hamann-Stiftung**

Alleestraße 12, 14469 Potsdam  
Telefon: 0331-2801016, Fax: 0331-2801017

#### **Bremen**

##### **Liberale Gesellschaft**

Gesellschaft für liberale Politik von 1965 e.V.  
Louis-Seegelken-Straße 90, 28717 Bremen  
Telefon: 0421-630864, Fax: 0421-6367757

#### **Hamburg**

##### **Dr.-Emilie-Kiep-Altenloh-Stiftung**

Ost-West-Straße 63, 20457 Hamburg  
Telefon und Fax: 040-37518150

#### **Hessen**

##### **Karl-Hermann-Flach-Stiftung**

Marktplatz 13, 65103 Wiesbaden  
Telefon: 0611-999310, Fax: 0611-9990699

#### **Mecklenburg-Vorpommern**

##### **Arno-Esch-Stiftung**

Breite Straße 11, 17139 Malchin  
Telefon: 03994-632302, Fax: 03994-632303

#### **Niedersachsen**

##### **Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung**

Walter-Giesecking-Straße 22, 30159 Hannover  
Telefon: 0511-2807122, Fax: 0511-2807125

#### **Nordrhein-Westfalen**

##### **Wolfgang-Döring-Stiftung**

Theodor-Heuss-Str. 26/1, 51645 Gummersbach  
Telefon: 02261-67038, Fax: 02261-63602

#### **Saarland**

##### **Villa Lessing**

Liberale Stiftung Saar e.V.  
Lessingstraße 10, 66121 Saarbrücken  
Telefon: 0681-96708-0, Fax: 0681-9670825

#### **Sachsen**

##### **Wilhelm-Külz-Stiftung**

Wasastraße 2, 01219 Dresden  
Telefon und Fax: 0351-4717850

#### **Sachsen-Anhalt**

##### **Erhard-Hübner-Stiftung**

Am Steintor 6, 06112 Halle  
Telefon und Fax: 0345-2026747

## **Heinrich-Böll-Stiftung e.V.**

#### **Heinrich-Böll-Stiftung e.V.**

##### **Hackesche Höfe**

Bettina Hermann  
Rosenthaler Straße 40/41, 10178 Berlin  
Telefon: 030-28534-0, -248, Fax: 030-28534-109  
hermann@boell.de info@boell.de  
www.boell.de

#### **Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg**

##### **Werkstatt für politische Bildung e.V.**

Inka Thunecke  
Charlottenstr. 30, 14467 Potsdam  
Telefon: 0331-2800786, Fax: 0331-292092  
thunecke@boell-brandenburg.de  
www.boell-brandenburg.de

## **Internationale Jugendgemeinschaftsdienste ijgd-Bundesverein e.V.**

#### **Adressen der ijgd-Vereine und -Geschäftsstellen:**

##### **ijgd-Bundesgeschäftsstelle**

Zuständig für ijgd-Bundesverein e.V.  
Jürgen Wittmer  
Kasernenstr. 48, 53111 Bonn  
Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29  
ijgd@ijgd.de www.ijgd.de

##### **ijgd-Landesgeschäftsstelle Mitte-Süd**

Zuständig für ijgd-Landesvereine Nordrhein-Westfalen e.V.;  
Rheinland-Pfalz/Saarland e.V.; Baden-Württemberg e.V.;  
Hessen e.V.; Süddeutschland e.V.  
Kasernenstr. 48, 53111 Bonn  
Telefon: 0228-22800-0, Fax: 0228-22800-29

##### **ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-West**

Zuständig für ijgd-Landesvereine Niedersachsen e.V.;  
Hamburg/Schleswig-Holstein e.V.  
Katharinenstr. 13, 31135 Hildesheim  
Telefon: 05121-20661-30, Fax: 05121-20661-45

**ijgd-Landesgeschäftsstelle Sachsen-Anhalt**  
Zuständig für ijgd-Landesvereine Sachsen-Anhalt e.V.;  
Thüringen e.V.  
Voigtei 38, 38820 Halberstadt  
Telefon: 03941-5652-0, Fax: 03941-5652-52

**ijgd-Landesgeschäftsstelle Berlin**  
Zuständig für ijgd-Landesvereine Berlin e.V.; Sachsen e.V.  
Glogauerstr. 21, 10999 Berlin  
Telefon: 030-6120313-21, Fax: 030-6120313-38  
pr.berlin@ijgd.de

**ijgd-Geschäftsstelle Potsdam**  
Zuständig für ijgd-Landesverein Brandenburg e.V.  
Lindenstr. 28/29, 14467 Potsdam  
Telefon: 0331-293523, Fax: 0331-2804044

**ijgd-Landesgeschäftsstelle Nord-Ost**  
Zuständig für ijgd-Landesverein Mecklenburg-Vorpommern  
Am Schilde 4, 23966 Wismar  
Telefon: 03841-226-773, Fax: 03841-226-941

## **Internationaler Bund (IB) – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.**

**Zentrale Geschäftsführung:**  
**Ressort Bildung und Soziale Arbeit**  
Petra Tabakovic  
Valentin-Senger-Str. 5, 60389 Frankfurt am Main  
Telefon: 069-94545-0, Fax: 069-94545-280  
Telefondurchwahl von Frau Tabakovic: 069-94545-184  
petra.tabakovic@internationaler-bund.de  
www.internationaler-bund.de

**Internationaler Bund – Hauptstadtbüro**  
Hannoversche Str. 19A, 10115 Berlin  
Telefon: 030-214096-0, Fax: 030-214096-22  
Hauptstadtbuero-Berlin@internationaler-bund.de

Einrichtungen:

**IB-Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungs-  
stätte Hadamar (Hessen)**  
Mönchberg 8, 65589 Hadamar  
Telefon: 06433-93017-6, Fax: 06433-93017-7  
michael.statzner@internationaler-bund.de

**IB-Bildungszentrum Bernau (Brandenburg)**  
Fritz-Heckert-Str. 1, 16321 Bernau  
Telefon: 03338-7045911, Fax: 03338-754948

**IB-Internationales Jugendgästehaus (Thüringen)**  
Am Herrenberge 3, 07745 Jena  
Telefon: 03641-6872-30, Fax: 03641-6872-02  
jugendgaestehaus.jena@internationaler-bund.de

**IB-Bildungswerk Mönchengladbach (NRW)**  
Stapper Weg 4 b, 41199 Mönchengladbach  
Telefon: 02166-185173, Fax: 02166-187775  
ulrich.wester@internationaler-bund.de

**IB-Jugendwerkstatt Schwarzenbek (Schleswig-Holstein)**  
Allensteiner Str. 40, 21493 Schwarzenbek  
Telefon: 04151-81418, Fax: 04151-891626

## **Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. – Bereich Politische Bildung**

**Abteilung Bildungswerke der Konrad-Adenauer-  
Stiftung e.V.**

Dr. Werner Blumenthal  
Postfach 13 31  
50387 Wesseling  
Telefon: 02236-707-4215, Fax: 02236-707-4347  
werner.blumenthal@kas.de  
www.kas.de

**Bildungszentrum Wendgräben  
der Konrad-Adenauer-Stiftung**  
Norbert Beckmann-Dierkes  
Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben  
Telefon: 039245-952-350, Fax: 039245-952-366  
norbert.beckmann@kas.de  
www.kas.de

**Bildungswerke der Konrad-Adenauer-Stiftung:  
Bildungswerk Berlin**  
Tiergartenstr. 35, 10785 Berlin  
Telefon: 030-26996-30

**Bildungswerk Bremen**  
Martinistr. 25, 28195 Bremen  
Telefon: 0421-1630090

**Bildungswerk Dortmund**  
Märkische Str. 111, 44141 Dortmund  
Telefon: 0231-1087777

**Bildungswerk Dresden**  
Königstr. 23, 01097 Dresden  
Telefon: 0351-5634610

**Bildungswerk Düsseldorf**  
Benrather Str. 11, 40213 Düsseldorf  
Telefon: 0211-83680560

**Bildungswerk Erfurt**  
Thomas-Müntzer-Str. 21 a, 99084 Erfurt  
Telefon: 0361-654910

**Bildungswerk Freiburg**  
Schusterstr. 34-36, 79098 Freiburg  
Telefon: 0761-33443

**Bildungswerk Hamburg**  
Warburgstr. 12, 20354 Hamburg  
Telefon: 040-21985080

**Bildungswerk Hannover**  
Leinstr. 8, 30159 Hannover  
Telefon: 0511-40080980

**Bildungswerk Mainz**  
Weißlilienengasse 5, 55116 Mainz  
Telefon: 06131-2016930

**Bildungswerk Oldenburg**  
Eichenstr. 99, 26131 Oldenburg  
Telefon: 0441-593466

**Bildungswerk Potsdam**  
Rudolf-Breitscheid-Str. 64, 14482 Potsdam  
Telefon: 0331-7488760

**Bildungswerk Saarbrücken**  
Neumarkt 11, 66117 Saarbrücken  
Telefon: 0681-9279880

**Bildungswerk Schwerin**  
Arsenalstr. 10, 19053 Schwerin  
Telefon: 0385-5557050

**Bildungswerk Stuttgart**  
Lange Str. 18 a, 70174 Stuttgart  
Telefon: 0711-8703093

**Bildungswerk Wiesbaden**  
Bahnhofstr. 38, 65185 Wiesbaden  
Telefon: 0611-1575980

## OUTWARD BOUND

**Deutsche Gesellschaft für Europäische Erziehung (DGEE) e.V.**  
Geschäftsstelle:  
Berghausstr. 1, 87645 Schwangau  
Telefon: 08362-9822-0, Fax: 08362-982222  
info@outwardbound.de  
www.outwardbound.de

Mit den Einrichtungen:

**OUTWARD BOUND Schwangau**  
Jürgen Henseleit  
Berghausstr. 1, 87645 Schwangau  
Telefon: 08362-9822-0, Fax: 08362-982222  
jus.henseleit@outwardbound.de

**OUTWARD BOUND Baad/Kleinwalsertal**  
87569 Mittelberg-Baad,  
Telefon: 08329-5042, Fax: 08329-504221

**OUTWARD BOUND Königsburg**  
24354 Bohnert/Kosel  
Telefon: 04355-268, Fax: 04355-769

**OUTWARD BOUND Schloß Kröchlendorff**  
Dorfstraße 22, 17291 Kröchlendorff  
Telefon: 039856-609-0, Fax: 039856-60944

**OUTWARD BOUND Schweriner See**  
Wiligrader Str. 14, 19069 Lübstorf  
Telefon: 03867-6120-0, Fax: 03867-612012

**OUTWARD BOUND Schweriner See**  
Haus Gallentin  
Dorfstraße 41, 23996 Gallentin  
Telefon und Fax: 038423-50245

## Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband e.V.

Uwe Wepler  
Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main  
Telefon: 069-6706-271, Fax: 069-6706203  
Karin.Stellmacher@paritaet.org  
www.bildungswerk.paritaet.org

## Persönliches Mitglied des AdB:

**Herbert Scheffler**  
1, Rue Sidi Zitouni, TN 4180 Houmt Souk/Djerba, Tunesien  
Telefon und Fax: (00 216 75) 650 003  
hh.scheff@gnet.tn  
und: Backesgasse 7, 53498 Bad Breisig

---

\*) assoziierte Mitgliedseinrichtungen

## Mitglieder des Vorstands

<b>Vorsitzender:</b> Peter Ogrzall	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
<b>Stellv. Vorsitzende:</b> Ulrike Steimann	Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter
Anna Alberts	Europahaus Aurich
Ulrich Ballhausen	Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar – EJBW
Norbert Beckmann-Dierkes	Bildungszentrum Wendgräben der KAS
Dr. Eberhard Pies	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Jutta Richter	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Petra Tabakovic	Internationaler Bund (IB)

## Mitglieder des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“

### Herausgeber im Auftrag des Vorstands

Dr. Paul Ciupke

Ulrike Steimann

### Vertreter/-innen der Kommissionen:

Wolfgang Pauls	Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik
Gertrud Gandenberger	Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit
Almut Hoffmann	Kommission Mädchen- und Frauenbildung
Sonja Schweizer	Kommission Erwachsenenbildung
Ulrich Wester	Kommission Verwaltung und Finanzen

### Redaktion:

Ingeborg Pistohl, AdB



## Mitglieder der Fachkommissionen

### ● Kommission Jugendbildung, kulturelle Bildung und Medienpädagogik

**Vorsitzende:** Petra Tabakovic Internationaler Bund, Frankfurt  
**Stellv. Vorsitzender:** Dr. Reiner Hartel BST Alte Schule Anspach, Neu-Anspach

#### Mitglieder:

Peter Ausländer	Jugendhof Vlotho
Ulrich Ballhausen	EJBW, Weimar
Alexander Darányi	Historisch-Ökologische Bildungsstätte, Papenburg
Bettina Dettendorfer	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werneuchen
Alexandra Hepp	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Nadya Homsy	AKE-Bildungswerk, Vlotho
Oliver Krauß	Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter
Anja Krückels	IJGD-Hildesheim
Andrea Müller	Jugendbildungsstätte Bremen – Lidice-Haus
Wolfgang Pauls	Kinder- und Jugendzentrum, Nahrendorf-Breese
Michael Rauscher	wannseeFORUM, Berlin
Bernd Stegmann	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho

### ● Kommission Erwachsenenbildung

**Vorsitzender:** Prof. Dr. Matthias Pfüller Politische Memoriale, Schwerin  
**Stellv. Vorsitzende:** Hedda Jungfer Georg-von-Vollmar-Akademie, München

#### Mitglieder:

Dr. Edda Hanisch	Adam-Stegerwald-Haus/Jakob-Kaiser-Stiftung, Königswinter
Heinz Hirsch	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur, Schwerin
Dr. Barbara Hopmann	Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter
Eckhard Kohle	Auslandsgesellschaft NRW, Dortmund
Harald Meves	Stätte der Begegnung, Vlotho
Dr. Christoph Meyer	Herbert-Wehner-Bildungswerk, Dresden
Fenna Paproth	HVHS Alte Molkerei Frille, Petershagen
Dr. Josef Schiffer	dbb akademie, Bonn
Andreas Schüßler	AKE-Bildungswerk, Vlotho
Sonja Schweizer	Bildungswerk Stenden, Kerken
Marianne Stietenroth	Ländliche HVHS Mariaspring, Bovenden

### ● Kommission Mädchen- und Frauenbildung

**Sprecherin:** Ulrike Seinen-Schatz Europahaus Aurich  
**Stellv. Sprecherin:** Dr. Hildegard Schymroch Stätte der Begegnung, Vlotho

#### Mitglieder:

Marion Büchter	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Sabine Cimbollek	IJGD-Nord, Hildesheim
Britta Duckwitz	Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
Sabine Haupt-Scherer	Jugendhof Vlotho
Almut Hoffmann	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Daniela Kaniak	Bildungshaus Zeppelin, Goslar
Anette Klasing (beurlaubt)	Jugendbildungsstätte Bremen – Lidice-Haus
Sibylle Meyer	IKAB-Bildungswerk, Bonn
Birgit Weidemann	HochDrei, Potsdam

### ● Kommission für Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Vorsitzende: Jutta Richter	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Stellv. Vorsitzender: Kalle Puls-Janssen	Europahaus Aurich
<b>Mitglieder:</b>	
Markus Birzer	Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur, Schwerin
Gertrud Gandenberger	Internationales Forum Burg Liebenzell, Bad Liebenzell
Raana Gräsele	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Hirschfelde
Klaus Hamann	Franken-Akademie Schloß Schney, Bayreuth
Hans-Dieter Hartmann	Ländliche HVHS Mariaspring, Bovenden
Ines Matschewski	wannseeFORUM, Berlin
Dorle Mesch	Stätte der Begegnung, Vlotho
Ahmed Musa Ali	AKE-Bildungswerk, Vlotho
Hugo Rübesamen	Politische Memoriale, Schwerin
Gerhart Schöll	Jugendhof Vlotho
Mary-Ann Siara-Decker	dbb akademie, Bonn
Ute Siebler	IJGD, Bonn
Michael Statzner	Internationaler Bund, Hadamar
Ulrike Steimann	Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter
Gabriele Wiemeyer	Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen, Europ. Bildungs- u. Tagungshaus Bad Bevensen
Dr. Zbigniew Wilkiewicz	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Katrin Zirkel	EJBW, Weimar

### ● Kommission Verwaltung und Finanzen

Vorsitzende: Anna Alberts	Europahaus Aurich
Stellv. Vorsitzender: Bernd Vaupel	Jugendhof Vlotho
<b>Mitglieder:</b>	
Rüdiger Abstoß	Bildungshaus Zeppelin, Goslar
Birgit Ackermeier	Gesamteuropäisches Studienwerk, Vlotho
Gudrun Afken	Bildungs- und Freizeitstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie, Bad Zwi- schenahn
Jürgen Clausius	Karl-Arnold-Stiftung, Königswinter
Michael Gwosdz	Gesellschaft für Politik und Wirtschaft – Haus Rissen, Hamburg
Friedhelm Jostmeier	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Susanne Kramer-Druzycka	Europa-Haus Marienberg, Bad Marienberg
Jörg Kranke	Salvador-Allende-Haus, Oer-Erkenschwick
Blandine Lutz	Seminar-Forum in Berlin
Klaus-Ulrich Nieder	IBZ Schloß Gimborn, Marienheide
Georg Rosenthal	Akademie Frankenwarte, Würzburg
Ina Roßmeisl	EJBW, Weimar
Reiner Schindler	Stätte der Begegnung, Vlotho
Jochen Voß	Akademie Biggeseesee, Attendorn
Ulrich Wester	Internationaler Bund – IB, Mönchengladbach
Reiner Wiedenbrück	Bildungswerk Stenden, Kerken
Sabine Wolf	Georg-von-Vollmar-Akademie, München

### ● Steuerungsgruppe Gender Mainstreaming

Susanne Blome	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Michael Drogand-Strud	HVHS Alte Molkerei Frille, Petershagen
Raana Gräse	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Hirschfelde
Sabine Haupt-Scherer	Jugendhof Vlotho
Alexandra Hepp	Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter
Friedhelm Jostmeier	Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho
Harald Meves	Stätte der Begegnung, Vlotho
Peter Ogrzall	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Fenna Paproth	HVHS Alte Molkerei Frille
Michael Rauscher	wannseeFORUM, Berlin
Jutta Richter	aktuelles forum nrw, Gelsenkirchen
Gerhart Schöll	Jugendhof Vlotho
Birgit Weidemann	HochDrei, Potsdam
Sabine Wolf	Georg-von-Vollmar-Akademie, München
Claudia Lutze	Expertin, Berlin
Boris Brokmeier	AdB, Berlin
Dr. Hannelore Chiout	AdB, Berlin

## Jugendbildungsreferent/-innen und pädagogische Mitarbeiter/-innen im Programm Politische Jugendbildung im AdB im Rahmen des KJP

### ● Projektgruppe „Modelle politischer Jugendbildung mit neuen Medien“

Benjamin Gilde	wannseeFORUM, Berlin
Robert Handrow	Haus Steinstraße, Leipzig
Frank Hasenbein	ABC Bildungs- und Tagungszentrum, Drochtersen
Frank Hofmann	Jugendbildungsstätte Hütten, Krölpa
Tobias Lobstädt	aktuelles forum NRW, Gelsenkirchen
Johanna Schwarz	Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Werftpfuhl

### ● Projektgruppe „Demokratische Partizipation junger Menschen“

Susanne Blome	Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
Michael Drogand-Strud	HVHS Alte Molkerei Frille, Petershagen
Andreas Kleinert	Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg, Potsdam
Mechthild Möller	Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland, Papenburg
Carsten Passin	philoSOPHIA, Rotta OT Gniest
Johannes Schröder	Stätte der Begegnung, Vlotho
Ulrike Seinen-Schatz	Europahaus Aurich
Andrea Stork	Internationales Haus Sonnenberg
Birgit Weidemann	HochDrei, Potsdam

### ● Projektgruppe „Respekt und Courage“

Anne Dwertmann	Jugendbildungsstätte Bremen – Lidice-Haus
Thomas Grimm	Gustav-Stresemann-Institut, Bonn
Ursula Grzeschke	Tagungshaus Bredbeck, Osterholz-Scharmbeck
Dr. Reiner Hartel	Bildungsstätte Alte Schule Anspach, Neu-Anspach
Nadya Homsy	AKE Bildungswerk Vlotho
Martin Karolczak	Jugendbildungsstätte „Mühle“, Bad Segeberg
Feri Kopan	Internationale Jugendgemeinschaftsdienste, Berlin
Ulla Rothe	Jugendbildungsstätte Welper, Hattingen
Stephan Schack	EJBW, Weimar
Susanne Schubert	Jugendhof Vlotho

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle

Mechthild Merfeld	Geschäftsführerin
Boris Brokmeier	Referent für Jugendbildung, stellv. Geschäftsführer
Elke Buntrock	Sachbearbeiterin im Bereich der Geschäftsführung
Dr. Hannelore Chiout	Referentin für internationale Aufgaben und Kommissionen
Larissa Döring	Sachbearbeiterin in den Bereichen internationale Aufgaben, Kommissionsarbeit, Jugend- und Fortbildung
Ivonne Jurisch (seit 20.02.2006)	Sachbearbeiterin im Referat für Öffentlichkeitsarbeit
Sabine Mertin	Referentin für Finanzen, Personal und Verwaltung
Ingeborg Pistohl	Referentin für Öffentlichkeitsarbeit
Birgit Schörling	Sachbearbeiterin im Finanzreferat/Zentralstellenaufgaben
Sema Ünal	Sachbearbeiterin im Finanzreferat
Elisabeth Weeber (bis 28.02.2006)	Sachbearbeiterin im Referat für Öffentlichkeitsarbeit

## Anhang 2

Stellungnahme: Politische Bildung in der demokratischen Gesellschaft . . . . .	52
Stellungnahme: Mit politischer Bildung den demographischen Wandel zukunfts-fähig gestalten . . . . .	56

# Politische Bildung in der demokratischen Gesellschaft

## Stellungnahme der Mitgliederversammlung des AdB vom 30. November 2006

### Demokratie ist kein Selbstläufer

Die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft ist kein Selbstläufer, kein unverlierbarer Besitz, nichts, was nur theoretisch gelernt werden kann, und mehr als eine Staatsform. Sie muss stets gesichert, fundiert, entwickelt und gestaltet werden. So wie jede Erkenntnis die Vermittlung und Verarbeitung von Informationen voraussetzt und alle Kompetenzen gelernt und eingeübt werden müssen, so müssen die für das öffentliche Leben und die Politik in einer Demokratie notwendigen Fähigkeiten auch gelernt und demokratisches Handeln eingeübt werden, und dies immer wieder neu, denn Demokratie ist ein unabgeschlossenes Projekt und ein sich kontinuierlich veränderndes Lernfeld.

Die eigenständige Auseinandersetzung mit Fragen, Problemen und strukturellen Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, das Wissen um politische Zusammenhänge und gesellschaftliche Werte, die Zuversicht in Teilhabemöglichkeiten und die Motivation und Fähigkeit, diese Möglichkeiten zu nutzen, sind Grundvoraussetzungen für eine demokratische und gerechte Gesellschaft und für die Qualität der politischen Kultur.

Einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung dieser demokratischen Kultur leistet die Politische Bildung. Sie stellt jene Fragen – nicht fertigen Antworten – in den Mittelpunkt, die für das friedliche Zusammenleben in einer Gesellschaft konstitutiv sind: die Frage nach der Verteilung der Macht und der Überwindung von Ungleichheit, nach der Freiheit des Einzelnen und den verbindenden Werten, nach dem gerechten Ausgleich der Interessen und den zukünftigen Entwicklungen der Gesellschaft. Politische Bildung zielt auf Kritikfähigkeit und Mündigkeit und ist Teil des Rechts auf Bildung eines/einer jeden Einzelnen in der Demokratie.

Die demokratische Kultur eines Landes ist zugleich auch ein wesentlicher Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Politische Bildung fördert diese Kultur, indem sie das Allgemeinwohl als kritische Begleiterin gesellschaftlicher Entwicklungen ins Spiel bringt und jene Kompetenzen vermittelt, die angesichts der Globalisierung von Märkten und Produktionsorten für eine nachhaltige Demokratie auch unter ökonomischen Aspekten notwendig sind.

### Politische Bildung als Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit

Die aktuelle Debatte um die Qualität des Bildungsstandortes Deutschland und über die Bedeutung der Ressource Bildung für den europäischen Wirtschaftsraum hat ein Randthema des gesellschaftlichen Diskurses zum Kernthema gemacht. Bildung ist in aller Munde, Bildung wird mehr denn je als zentrale Schlüsselkategorie für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft verstanden.

Bildung befähigt, die Vergangenheit zu verstehen, die Gegenwart zu gestalten und die Zukunft zu entwerfen; hierfür vermittelt sie Einblicke und Wissen, fördert Kompetenzen und Motivationen und schafft Lernräume und Lerngelegenheiten. Bildung ist ein lebenslanger und kontinuierlicher Prozess, der sich nicht allein auf das Lernen in den formalen Bildungsinstitutionen begrenzen lässt. Sie geschieht an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Institutionen, in unterschiedlichen Situationen und zu unterschiedlichen Zeiten. Neben dem formalen Lernen – in Schule, Hochschule und Berufsausbildung – schließt Bildung auch nichtformales und informelles Lernen ein. Die Erkenntnis, dass drei Viertel des nachhaltig Gelernten außerhalb der formalen Bildungsinstitutionen erworben werden, verweist darauf, dass diesem Lernen bei der Wissens- und Kompetenzvermittlung eine besondere Rolle zukommt.

Je komplexer die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Herausforderungen sich entwickeln, je größer die Wissensanforderungen an jeden Einzelnen sich darstellen und globale Problemlagen Lösungen erfordern, je stärker der Modernisierungs- und Veränderungsdruck zunimmt, um so dringender wird es, die Fähigkeit zu fördern, selbstbewusst, verantwortungsbewusst und differenziert entscheiden und handeln zu können. Zukunftsfähige und nachhaltige Bildung hat deshalb nicht allein die Aufgabe, Informationen und Kenntnisse zu vermitteln, sondern vor allem auch Fähigkeiten und Kompetenzen zu fördern, die ein tolerantes, weltoffenes, solidarisches und demokratisches Miteinander aller Menschen ermöglichen.

Wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des deutschen Bildungssystems sind die Träger und Institutionen

der Jugend- und Erwachsenenbildung, und ein Bereich davon ist das Lernfeld der Politischen Bildung. Außerschulische politische Bildung ist ein wesentlicher Teil der Weiterbildung, dessen besondere Bedeutung in den Erwachsenen- und Weiterbildungsgesetzen der Länder (bislang noch) ausdrücklich anerkannt wird. Zu den wichtigen Zusammenschlüssen von Trägern der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gehört der 1959 gegründete Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB), in dem sich ca. 170 Träger und Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen haben. Sie leisten mit ihren Bildungsangeboten einen substantziellen Beitrag zum Erhalt und zur (Weiter-)Entwicklung der Demokratie, der demokratischen Kultur und für die in ihr handelnden Bürgerinnen und Bürger.

## Auftrag und Selbstverständnis der Politischen Bildung

Der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung kommt bei der lebensweltorientierten Auseinandersetzung mit dem Politischen eine entscheidende Rolle zu: sie bietet Orte und Gelegenheiten für faire Diskussionen und Kontroversen, sie befähigt und ermuntert zu kritischem Urteil und kompetenter Einmischung und sie fördert und qualifiziert zivilgesellschaftliches Engagement.

Politische Bildung ist auch deshalb integraler und unverzichtbarer Bestandteil eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Bildungssystems, weil sie Position bezieht für die Verwirklichung des Verfassungsanspruchs auf Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Politische Bildung ist dabei nicht nur auf die traditionellen Politikfelder beschränkt, sondern sie bezieht alle Handlungsorte und -felder ein, in denen politische Entscheidungsprozesse stattfinden und Menschen ihre eigenen Angelegenheiten regeln. Sie ist mehr als politische Information, denn sie zielt auf selbstbewusstes und kompetentes Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung.

### Politische Bildung

- vermittelt demokratische Grundwerte;
- thematisiert und gestaltet die zentralen Schnitt- und Scharnierstellen zwischen dem Individuum und der Gesellschaft;
- übernimmt eine zentrale Transmissionsfunktion zwischen der Politik und dem politischen Alltagsbewusstsein der Menschen;
- greift zentrale Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung auf und regt zum Denken in überindividuellen und globalen Zusammenhängen an;
- thematisiert zentrale soziale, ökonomische und ökologische Bedingungen der Gesellschaft und entwickelt zukunftsfähige Modelle der Teilhabe und aktiven Mitgestaltung;

- fördert kritisches Denken und die Auseinandersetzung mit Einstellungen und Verhaltensweisen;
- bewahrt das Gedächtnis an die Opfer von Kriegen, Völkermorden und Diktaturen;
- vermittelt Erfahrungen und Kompetenzen zum Umgang mit kultureller Vielfalt;
- verschafft Durchblicke, indem sie komplexe Sachverhalte verstehbar macht und den Tendenzen zur populistischen Vereinfachung, zur Ausgrenzung, Diskriminierung und zum Fundamentalismus die Fähigkeit zur Analyse und zur Synthese entgegensetzt und so Raum für Information, Reflexion und Orientierung schafft;
- findet nicht nur dort statt, wo antidemokratische Tendenzen offen zu Tage treten, sondern ist auch dort, wo unterschiedliche Interessen aufeinander stoßen und die Lebens-, Entwicklungs- und Beteiligungsmöglichkeiten von Individuen und Gruppen beschnitten werden;
- bietet angesichts von Individualisierungs- und Segmentierungsprozessen Raum für soziale und politische Kommunikation;
- führt Menschen aus unterschiedlichen sozialen, politischen und kulturellen Milieus zusammen und ermöglicht Solidaritätserfahrungen durch Begegnung und Austausch;
- erreicht auf der Basis einer pluralen Trägerstruktur Menschen mit unterschiedlichsten Sozialisations- und Bildungserfahrungen;
- ist ein zentraler Bestandteil der politischen Sozialisation und basiert auf verbindlichen Qualitätsstandards.

## Was leistet Politische Bildung?

Die Bedeutung und Wirkung der Politischen Bildung für die Entwicklung einer demokratischen Kultur kommen insbesondere dann zur Geltung, wenn der Bildungsprozess nicht allein auf die Vermittlung von Wissensbeständen reduziert wird; als Wegbegleiter in die Moderne setzt Politische Bildung vor allem auf die mittelfristige und nachhaltige Entfaltung demokratischer Einstellungen und Kompetenzen.

### Politische Bildung ist wegweisend und zukunftsorientiert

Politische Bildung in der modernen Gesellschaft nimmt überall dort eine zentrale Aufgabe wahr, wo sich die Folgen umfassender sozialer, kultureller und politischer Umbrüche zeigen. Sie unterstützt Prozesse des Erkennens und Begreifens dieser Veränderungen und befähigt zu einer aktiven, kritisch-konstruktiven Einflussnahme. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Gestaltung von Zukunft.

### Politische Bildung ist bedarfs- und wirkungsorientiert

Politische Bildung außerhalb von formalen Bildungsinstitutionen verbindet die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit dem Auftrag der Politischen Bildung und den gesellschaftlichen Herausforderungen. Zielgruppenspe-

zifische Methoden und aktuelle Themen sind unter den Bedingungen des Bildungsmarktes unverzichtbare Grundlagen der Arbeit. Wissenschaftliche Studien belegen, dass Politische Bildung politisch-gesellschaftliches Engagement freisetzt, zum Überdenken eigener Einstellungen anregt, das Interesse an Politik nachhaltig steigert und selbst jene Menschen für politische Fragen sensibilisiert, die sich für unpolitisch halten.

#### **Politische Bildung ist differenziert und hat Konjunktur**

Politische Bildung in Deutschland wird vor allem von freien Trägern geleistet, die vom Staat gefördert werden. Die Vielfalt der Träger der Politischen Bildung gewährleistet in ihrer Gesamtheit ein differenziertes Angebot in Bezug auf Zielgruppen, Themen, erkenntnisleitende Fragestellungen und Methoden. Über 1.000 Träger und Einrichtungen der Politischen Bildung bieten jährlich ca. 140.000 Veranstaltungen an; mehr als 40% der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland melden einen Bedarf an Politischer Bildung an.

#### **Politische Bildung ist innovativ und aktuell**

Politische Bildung, insbesondere die politische Jugendbildung, nimmt eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung neuer Methoden und neuer Lernformen ein. Ihre Konzepte und pädagogischen Erfahrungen beeinflussen die Bildungspraxis in Schule, Hochschule und Berufsausbildung. Eigenmotiviertes, partizipatives und handlungsorientiertes Lernen bildet eine ideale Voraussetzung zur Entwicklung politischen Bewusstseins und gesellschaftlichen Engagements.

#### **Politische Bildung steht für Qualität und Effektivität**

Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung, Selbst- und Fremdevaluationen, Wirtschaftlichkeitsrechnungen und Wirkungsanalysen begleiten auch die Arbeit der Träger Politischer Bildung. Die bisherigen Evaluationen zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und die Ergebnisse der Teilnehmendenbefragung bestätigen die hohe Qualität der Arbeit und die Effektivität des Ressourceneinsatzes. Politische Bildnerinnen und Bildner planen und führen nicht nur Veranstaltungen durch, sondern sichern diese auch finanziell ab, indem sie die Mittel akquirieren und für das Marketing sorgen.

#### **Politische Bildung fördert Vernetzung und ganzheitliches Lernen**

Wer Zusammenhänge herstellt, benötigt und fördert Vernetzungen. Politische Bildung verbindet verschiedene Lebenswelten und vermittelt zwischen den Ebenen Privatheit und Öffentlichkeit, zwischen dem Alltag in Familie und Beruf, zwischen Individuum und Gesellschaft. Ganzheitliches und vernetztes Lernen erfordert tragfähige Kooperationsstrukturen und pädagogische Konzepte für das Lernen mit Kopf, Hand und Herz. Kooperation und Vernetzung sind wesentliche Elemente der Praxis politischer Bildungsarbeit.

## **Politische Bildung unter Druck**

Trotz der erfolgreichen Geschichte der Politischen Bildung scheint der bisherige gesellschaftliche Konsens über ihre Bedeutung und Funktion aktuell nicht mehr unumstritten zu sein. Wie andere zentrale Zusammenschlüsse von Trägern der Politischen Bildung auch beobachtet der AdB, dass

- unter dem Druck der öffentlichen Finanzmisere dieser Bereich der Bildung zunehmend zur Disposition gestellt wird;
- auf lokaler und regionaler Ebene Förderungen und Unterstützungen fast vollständig eingestellt werden;
- kurzfristige Projektförderungen zur Entstrukturierung der Trägerlandschaft führen und Politische Bildung in ihrem Kern zerstören;
- sich eine verstärkte Kommerzialisierung und Ökonomisierung im Bildungssektor durchsetzt;
- die zunehmende Fokussierung auf formale Bildungsinstitutionen und unmittelbar arbeitsmarktbezogene Bildungsangebote erfolgt und
- demokratische Bildung als notwendige Reaktion auf zwei Diktaturen in Deutschland mehr und mehr als inzwischen „realisiertes Projekt“ begriffen wird.

## **Konsequenzen und Forderungen**

Aus der Beurteilung der gegenwärtigen Situation ergeben sich für den AdB folgende Konsequenzen und Forderungen:

1. Politische Bildung ist unverzichtbarer Teil der Demokratie und des lebenslangen Lernens. Ihre institutionelle Grundsicherung muss garantiert werden.
2. Hinweise auf die Lage der öffentlichen Finanzen und der Verweis auf die Kompensation fehlender staatlicher Mittel durch andere Finanzierungsformen (Stiftungen, Teilnehmerbeiträge etc.) eröffnen keine akzeptablen Alternativen. Politische Bildung als Motor zur Entwicklung der demokratischen Kultur einer Gesellschaft darf nicht den Zufälligkeiten (und Fragwürdigkeiten) einer Mittelakquise auf einem Finanzierungs- und Drittmittelmarkt unterworfen werden.
3. Gegenwärtige Gefährdungen der Demokratie in Deutschland und aktuelle politische Herausforderungen erfordern mehr denn je die Unterstützung der Politischen Bildung durch die politischen Entscheidungsträger. Die Qualität Politischer Bildung muss erhalten und weiterentwickelt werden; die Anzahl der Teilnehmenden muss erhöht, neue Zielgruppen müssen gewonnen werden. Vor allem bildungsferne Menschen und Migrantinnen und Migranten müssen verstärkt in das Blickfeld Politischer Bildung rücken.



4. Die Politik muss sich wieder stärker an inhaltlichen Erfordernissen orientieren und durch die Förderung Politischer Bildung in die demokratische Zukunft investieren. Dies muss sich auch in den Jugend-, Erwachsenenbildungs- oder Weiterbildungsgesetzen der Bundesländer niederschlagen. Politische Bildung darf nicht durch den Hinweis auf die jeweils nächste Förderebene (Kommune, Land, Bund, Europa) blockiert, entkernt und finanziell ausgeblutet werden.
5. Während in Deutschland die staatlichen Finanzierungen und damit auch die gesellschaftliche Bedeutung der Politischen Bildung abnehmen, wachsen deren Bedeutung und Anerkennung im europäischen, vor allem auch ost-europäischen Raum. Die Erfahrungen und Kompetenzen der Politischen Bildung, so formuliert es die Evaluation der politischen Jugendbildung, die im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes der Bundesregierung stattfand, könnten eine vorbildliche Grundlage für die Entwicklung eines europäischen Konzeptes Politischer Bildung sein. Diese Vorbildfunktion kann Politische Bildung aber nur dann wahrnehmen, wenn ihre Qualität, Vielfalt und Quantität erhalten bleiben.
6. Politische Bildung ist auf Mittelfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegt. Dieses Ziel setzt aber voraus, dass ihre Existenz langfristig abgesichert wird. Deshalb braucht sie eine kontinuierliche finanzielle Förderung. Kurzfristige Maßnahmen, spektakuläre Events und politischer Aktionismus, die Politische Bildung dann in den Mittelpunkt stellen, wenn ihr wegen spektakulärer Vorfälle wieder eine Feuerwehrrolle zugewiesen wird, reichen dazu nicht aus und erfüllen allzu oft eine Alibifunktion.
7. Die Strukturen Politischer Bildung müssen gestärkt werden, um auch präventive Aufgaben erfüllen zu können. Demokratische Bildung und Erziehung zur Demokratie müssen wieder selbstverständlich zur öffentlich verantworteten Bildung im Rahmen formaler und nichtformaler Lernprozesse gehören.

*Beschluss der AdB-Mitgliederversammlung  
Bad Bevensen, 30.11.2006*

# Mit politischer Bildung den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten

## Stellungnahme zum AdB-Jahresthema 2007

Das Thema, das der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten zu seinem Jahresthema 2007 bestimmt hat, verweist auf eine Entwicklung, die sich schon seit Jahren abzeichnet, von Politik und Gesellschaft aber lange ignoriert wurde. Dass die Menschen in unserem Land immer älter werden und die Geburtenrate auf einen Stand gesunken ist, der das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Generationen aus der Balance bringt, ist seit langem bekannt, jedoch wurde bislang versäumt, sich den daraus resultierenden Herausforderungen zu stellen. Der demographische Wandel führt nicht nur zu einer Abnahme der Bevölkerungszahl in vielen europäischen Staaten, sondern auch zu einer Bevölkerungsstruktur, in der einer sinkenden Zahl junger Menschen steigende Zahlen älterer gegenüber stehen und immer weniger Junge für immer mehr Ältere sorgen müssen. Das überfordert die sozialen Sicherungssysteme, die noch auf einem „Generationenvertrag“ beruhen, dessen Voraussetzungen heute schon obsolet geworden sind. Von Arbeitslosigkeit sind die älteren Generationen in Deutschland in besonderem Maße betroffen. Aber auch viele junge, selbst gut ausgebildete Menschen haben Schwierigkeiten bei der Suche nach einem ihre Existenz sichernden Arbeitsplatz. Sie verlassen ihre Heimat, wenn sie bessere berufliche Perspektiven in anderen Regionen ihres Landes oder im Ausland sehen. Diese Abwanderungsbewegungen verringern die Einwohner-/innenzahlen in vor allem ländlichen Gebieten überproportional und führen zu einer Überalterung, die eine Anpassung der Infrastruktur von Gemeinden an veränderte Bedarfslagen erfordert. Kindergärten und Schulen müssen geschlossen, Alten- und Pflegeeinrichtungen ausgebaut, Wohnanlagen „zurückgebaut“ oder altersgerecht umgestaltet werden.

Auch wenn die Folgen des demographischen Wandels bereits allenthalben spür- und sichtbar sind, lässt sich das volle Ausmaß der damit einhergehenden Veränderungen in allen unseren Lebensbereichen noch nicht absehen. In der öffentlichen Diskussion bestimmen alarmistische Darstellungen von Horrorszenarien das Bild, die Beschwörung des „Kriegs der Generationen“ fördert Verunsicherung und Angst und schürt ein feindseliges Klima zwischen den Generationen.

Politische Bildung kann sozial- und familienpolitische Entscheidungen nicht ersetzen, ihre Voraussetzungen aber

klären und ihre Konsequenzen aufzeigen. Sie kann die Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft versachlichen und die Entwicklung von Vorstellungen zu ihrer Gestaltung anregen und begleiten. Politische Bildung kann die Probleme und Chancen des demographischen Wandels verdeutlichen und Foren organisieren, auf denen Möglichkeiten zur Bewältigung der neuen Herausforderungen erörtert und notwendige Veränderungen in der Organisation von Gesellschaft und im eigenen Lebensumfeld eingeleitet werden.

Politische Bildung muss die Auswirkungen des demographischen Wandels auf ihre eigene Praxis reflektieren und ihnen mit angemessenen Angeboten begegnen. Dazu gehören

- die Entwicklung generationenübergreifender Ansätze, die junge und alte Menschen zur Auseinandersetzung mit den sie gemeinsam betreffenden Fragen zusammenbringen,
- die stärkere Einbeziehung von Menschen aus Einwandererfamilien, deren Anteil vor allem an den jungen Generationen wächst,
- Angebote zur Förderung der Integrationsbereitschaft und
- die Ausweitung von Angeboten für ältere und alte Menschen, um ihre Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten zu fördern und sie für die Wahrnehmung ihrer eigenen Belange zu aktivieren.

Politische Bildung muss nicht zuletzt auch die eigenen Einrichtungen, ihre Ausstattung, ihre Organisations- und Arbeitsformen daraufhin prüfen, ob sie den Anforderungen künftiger Teilnehmer/-innengruppen noch entsprechen.

Älterwerden ist ein existenzieller lebenslanger Prozess, dem wir alle unterliegen. Alte Menschen nur als Kostenfaktor und Kinder vor allem als künftige Beitragszahler zu betrachten, ist zutiefst inhuman. Den demographischen Wandel zukunftsfähig zu gestalten, setzt voraus, die Potenziale der älteren und jungen Menschen zu entfalten und Chancengleichheit und Beteiligung für alle Generationen zu sichern. Diesem Ziel will der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten mit der Wahl seines Jahresthemas 2007 Geltung verschaffen.

*Bad Bevensen, 29. November 2006*



**Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)**

Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Telefon: 030-400 401 00, Fax: 030-400 401 22

E-Mail: [info@adb.de](mailto:info@adb.de),

Internet: [www.adb.de](http://www.adb.de)